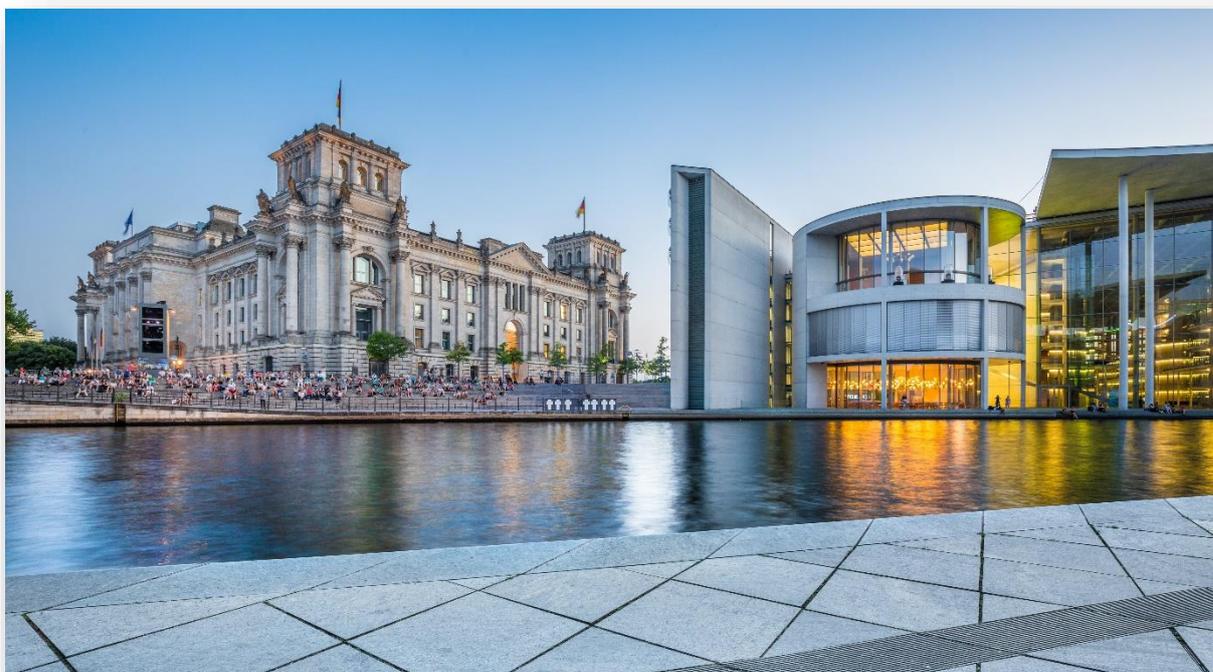


INGRID OVERBECK



## **Debatten und Agenda-Setzungen deutscher Politik zu Islam und MuslimInnen (2014-2015) – ein vitales Interesse?**

**Islam und Muslime als Gegenstand von Debatten im Deutschen Bundestag (2014 – 2015) und in den Grundsatzprogrammen der deutschen Parteien – eine Untersuchung zu Inhalten und Agendasetzungen.**

### **KÖLNER ISLAMWISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE**

**Herausgegeben von Katajun Amirpur, Sabine Damir-Geilsdorf, Béatrice Hendrich, Stephan Milich und Edwin Wieringa.**

**Editorische Mitarbeit: Michelle Gromek**

**Band 2**

**2021**

**@ 2021 Ingrid Overbeck**

**Kölner Islamwissenschaftliche Beiträge**

**Orientalisches Seminar**

**Universität zu Köln**

**Albertus-Magnus-Platz**

**50923 Köln**

**ISSN: 2750-3046**

**Erscheinungsort: Köln**

**Datum der Publikation: 26.11.2021**

**Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.**

Dieser Beitrag geht in wesentlichen Teilen zurück auf meine Masteraufgabe. An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei Prof. Dr. Katajun Amirpur bedanken, die meine Masterarbeit betreut und mit Prof. Dr. Handan Aksünger begutachtet hat. Sie hat nach einer persönlich schweren Phase meinen Blick wieder auf das wissenschaftliche Arbeiten gerichtet und mir den Weg für eine akademische Laufbahn geebnet. Dafür bin ich sehr dankbar, denn es bereichert mein Leben sehr.

Meinem Mann Ralf danke ich besonders für den starken emotionalen Rückhalt über die Dauer meines Studiums und den Start in eine neue berufliche Herausforderung.

Abb. auf dem Deckblatt: Parlamentarische Schauplätze: Deutscher Bundestag und Paul-Löbe-Haus (Abgeordnetenhaus), copyright: bluejayphoto

# Inhaltsverzeichnis

## Abstract

## Abkürzungsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	7
<b>2</b>	<b>Verhältnisdreieck: Staat/Gesellschaft/Religion</b>	10
2.1	Minderheit MuslimInnen in Deutschland	11
2.2	Wählerpotenzial MuslimInnen in Deutschland	12
2.3	Einstellungen zum Deutschsein, Islam und MuslimInnen in der Bevölkerung	12
<b>3</b>	<b>Politische Repräsentation</b>	19
3.1	Repräsentation durch politische Parteien	20
3.2	Religionspolitische Konzepte der Parteien in Deutschland ab 1945	25
3.2.1	Religionspolitisches Profil der CDU	26
3.2.2	Religionspolitisches Profil der CSU	30
3.2.3	Religionspolitisches Profil der SPD	33
3.2.4	Religionspolitisches Profil DIE LINKE	36
3.2.5	Religionspolitisches Profil BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	40
3.2.6	Zusammenfassung	43
3.3	Interessenvertretungen der MuslimInnen in Deutschland	45
3.4	Deutsche Islam Konferenz (DIK)	49
<b>4</b>	<b>Deutscher Bundestag als Ort der Legitimationsgenerierung</b>	55
4.1	Parlamentsdebatten 2014 und 2015 mit Bezug zum Islam und zu MuslimInnen	59
4.2	Politische Ereignisse in den Jahren 2014 und 2015	64
4.3	Auswertung der Parlamentsdebatten 2014 und 2015	67
4.3.1	Kategorie „Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus“	69
4.3.2	Kategorie „Ordnungsmodelle von Staat zum Islam“	69
4.3.3	Kategorien „Salafismus“ oder „Salafisten“	74
4.3.4	Öffnungsmuster „Religionsfreiheit“	75
4.3.5	Schließungsmuster „Frauenrechte“	75
4.3.6	Zusammenfassung	76
<b>5</b>	<b>Fazit und Ausblick</b>	78
	<b>Literaturverzeichnis</b>	85
	<b>Anhang</b>	91
	Methodik der empirischen Untersuchung	
	- Studiendesign und Datengrundlage	
	- Dokumentenanalyse als primäre Informationsquelle	
	- Induktive Kategorienbildung	
	Tabellenverzeichnis	97

## **Abstract**

Es ist Aufgabe der politischen Parteien und der Abgeordneten als Repräsentanten dazu beizutragen, dass auf Seiten der Bevölkerung das Verständnis für berechnigte Ansprüche von religiösen wie nichtreligiösen Minderheiten entsteht, aber auch die Fähigkeit wächst, über die Berechnigung solcher Ansprüche informiert zu streiten. Das aber erfordert eine öffentliche Debatte über eine integrierende Religionspolitik.

Ingrid Overbeck untersucht in diesem Beitrag die These:

„Die AkteurInnen deutscher Parteien im Bundestag nehmen in der parlamentarischen Begleitung des Dialogs zwischen Staat und muslimischen Gemeinschaften in den Jahren 2014 und 2015 weitgehend eine Zuschauerrolle ein.“

Thematisch verankert ist der vorliegende Beitrag im Bereich der Religionspolitik, im Besonderen zum parlamentarischen Umgang mit kultureller bzw. religiöser Pluralität. Dabei wird über die Heranziehung des politisch-rechtlichen Umgangs mit (vor allem durch Zuwanderung verursachter) religiöser Pluralisierung in dieser Untersuchung als Fallbeispiel präzisiert. Anhand einer detaillierten Nachzeichnung der Parlamentsdebatten und der Parteienprogramme in den Jahren 2014 und 2015 in diesem Bereich in Deutschland setzt sich dieser Beitrag zum Ziel, in einer auf Deutschland bezogenen Analyse den Umgang politischer Repräsentanten mit religiöser Pluralität zu überprüfen. Aufgezeigt werden die Spannungsfelder in den Debatten über „humanitäre Verpflichtungen und Sicherheitsinteressen“ sowie unter dem Label der Identitätspolitik zu fassende „Auseinandersetzungen um kulturelle Differenzen und nationale Identität“ bis hin zur Frage nach der „Kompatibilität von Ethnizität und Religion der Zuwanderer mit der Aufnahmegesellschaft“. Genau diese soll im Rahmen dieses Beitrages als Analysegegenstand im Zentrum stehen. Konkret ist der vorliegende Beitrag eine empirische Überprüfung. Dabei wird konkret der politische Umgang mit dem Islam als sich vor allem durch Zuwanderung in Deutschland etablierter und sich (gerade im Zusammenhang mit der 2015 stark gestiegenen Zuwanderung von Flüchtlingen) weiterhin etablierender Großreligion im Zentrum stehen. Damit geleistet sein könnte zugleich eine mögliche Vorarbeit für weitergehende vergleichende Forschungen, die sich detailliert und fokussiert auf diesen Bereich der staatlichen Identitätspolitik in international vergleichender Perspektive widmen.

## Abkürzungsverzeichnis

AABF	Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.
ADD	Allianz Deutscher Demokraten
AfD	Alternative für Deutschland
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament
BIM	Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung
BIG	Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit
BMI	Bundesministerium des Innern (BMI)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DIK	Deutsche Islam Konferenz
DIP	Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge des Bundestags
DITIB	Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.
IGBD	Islamische Gemeinschaft der Bosniaken
IGS	Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland e.V.
IRU	Islamischer Religionsunterricht
MidU	Muslims in der Union
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pegida	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SVR	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration
TKD	Türkische Gemeinde Deutschland
ZMaD	Zentralrat der Marokkaner in Deutschland
ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.

# 1 Einleitung

Die Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Cemile Giousouf, forderte in ihrem im Interview mit der Wochenzeitung „Das Parlament“ am 13. April 2015, die Debatte über den Islam neu auszurichten. „Wie wir über den Islam sprechen, geht komplett an den Realitäten unseres Landes vorbei. Wir reden häufig davon, dass irgendetwas gescheitert sei, weil der islamistische Extremismus die größte Sicherheitsgefahr ist. Aber diese Verbindung ist komplett falsch“.<sup>1</sup>

In diesem Beitrag wird das Spannungsverhältnis zwischen „the limits of the liberal state“<sup>2</sup> anhand „political action“ und des „doing politics“<sup>3</sup> zu Islam und MuslimInnen in den Debatten des Bundestags sowie in den Grundsatzprogrammen der Parteien aufgezeigt. Bundestagsdebatten werden zur Analyse herangezogen, sie sind institutionalisierte Diskurse und haben für die Demokratie eine besondere Bedeutung.<sup>4</sup>

Deutschland wird gegenwärtig durch einen Pluralismus diverser Weltanschauungen und Religionsgemeinschaften bestimmt. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Bestimmung des Verhältnisses von Staat, Religionen, Öffentlichkeit und Politik. Die Autorin geht folgenden zentralen Fragen in Bezug auf die Religion des Islam und MuslimInnen in Deutschland nach:

- Wie kann das Spannungsverhältnis zwischen der existenziellen Relevanz weltanschaulicher Gewissheiten religiöser Bürgerinnen und Bürger, in diesem Fall der MuslimInnen, und den Toleranzforderungen eines liberalen Staates gelöst werden?
- Wie wird die Angewiesenheit eines weltanschaulich neutralen Staates auf religiöse Lehren, in diesem Fall der Religion des Islam, seiner Bürger und Bürgerinnen eingeschätzt und welchen Einfluss nimmt das auf die Grundsatzprogramme der Parteien?

---

<sup>1</sup> Wochenzeitung „Das Parlament“, Ausgabe 13.04.2015.

<sup>2</sup> Vgl. Adamson, F. B./Triadafilopoulos, T./Zolberg, A. R.: *The Limits of the Liberal State: Migration, Identity and Belonging in Europe.*, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 2011, S. 843.

<sup>3</sup> Vgl. van Dijk, T. A.: *What is Political Discourse Analysis?* *Belgian Journal of Linguistics*, Vol. 11/1997, S. 11 – 52.

<sup>4</sup> Vgl. Burkhardt, A.: *Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation*, Tübingen, 2003, S. 289.

Das Spannungsverhältnis ist gekennzeichnet durch die Gegenüberstellung folgender, teils kontroverser Annahmen:

- Die Religion des Islam ist ein Hindernis auf dem Weg zu Objektivität und Neutralität und muss daher privatisiert werden.
- Öffentlich präsente und meinungsstarke muslimische Gemeinschaften sind ein zu schützendes Element einer vielfältigen Zivilgesellschaft.
- Religiöse Überzeugungen sind von sogenannten säkularen Überzeugungen abzugrenzen.
- MuslimInnen argumentieren im Rückgriff auf ihre religiösen Überzeugungen.
- Gesellschaftspolitische Äußerungen von MuslimInnen sind überwiegend von allgemeinen Überlegungen getragen.

Die aufgeworfenen Fragen insinuieren, dass das Verhältnis der Konzepte von Religion, Öffentlichkeit und Neutralität des Staates untereinander höchst umstritten ist. Das Beitrag untersucht, ob ausgrenzende und abgrenzende Stereotype und Vorurteile gegenüber der Minderheit der MuslimInnen in den Debattenbeiträgen verwendet, evtl. sogar instrumentalisiert werden. Dies könnte zur Folge haben, dass das Fundament der demokratischen Kultur, die Toleranz gegenüber Differenz und Pluralität, ausgehöhlt würde.

Auf Grundlage des vorliegenden Datenmaterials wurden Einstellungsmuster der Abgeordneten des Deutschen Bundestags zu religiöser Vielfalt, im Besonderen zur Religion des Islams und der MuslimInnen in Deutschland in den Jahren 2014 – 2015 zuverlässig beschrieben. Analysiert wurde auch, welche Anerkennung des Islams in Deutschland von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages signalisiert und welche Islambilder konstruiert wurden. Das „Doing Democracy/Politics“<sup>5</sup> wird herausgearbeitet und in Bezug zur demokratischen Rolle des Bundestags gesetzt.

---

<sup>5</sup> Vgl. van Dijk, T. A.: What is Political Discourse Analysis? in: *Belgian Journal of Linguistics*, Vol. 11/1997, 1997, pp. 18 – 20.

Die im Beitrag beschriebene Vielfalt der MuslimInnen macht deutlich, dass eine alleinige Zuschreibung über das Merkmal „Religion“ den mehrdimensionalen Identitäten und Lebenswelten nicht gerecht wird. Der Fokus dieses Beitrages ist aber vordringlich die Perspektive der politischen Wahrnehmung der MuslimInnen als AnhängerInnen einer Minderheitenreligion im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Fragen mit islamspezifischen Inhalten wie islamischer Religionsunterricht, muslimische Wohlfahrtspflege und die Beschneidung von Jungen, die als religiöse Bedürfnisse ausgehandelt werden müssen.

## 2 Verhältnisdreieck: Staat, Gesellschaft und Religion

In Deutschland steht die gesellschaftliche Position von Religion zur Debatte. Unklar ist, wie religiöse Pluralität politisch integriert werden kann in die Komplexität des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Religion. Die historische Trennung von Staat und Kirche und die damit verbundene Eindämmung kirchlicher Macht, die sich in der erzwungenen Übereignung von Kirchengütern an die säkulare Staatsgewalt 1803 manifestierte, wird als Säkularisierung bezeichnet. Andererseits „lebt“ der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann, er kann nur bestehen, „wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert“. Die institutionelle Trennung von Politik und Religion vollzieht sich in Deutschland als kooperatives, partnerschaftliches Modell. Der politische Einfluss organisierter Religion ist deutlich rückläufig. Empirisch gesehen haben religiöse Sichtweisen schon lange keine Legitimationskraft mehr. Religion ist zu einer nachrangigen Entscheidungsressource für das Alltagsleben geworden.

Jürgen Habermas diskutierte unter dem Titel „Glauben und Wissen“, ob wir es in einem liberalen Staat nicht mit einem unfairen Ausschluss von Religion aus der Öffentlichkeit zu tun haben. Er begründete diese Sichtweise damit, dass Gläubige „ihre Identität gleichsam in öffentliche und private Anteile“ spalten und ihre Argumente in eine säkulare Sprache übersetzen müssten, während sich die säkulare Seite allem Anschein nach einen Sinn für religiöse Sprachen bewahrt habe.

Für die Religionspolitik stellen sich folgende Fragen:

- Wer hat Angst vor Religion?
- Warum identifizieren so viele Menschen Religion mit Gewalt?
- Wo bleibt die Friedensmacht der Religionen?
- Ist die „Reformation des Glaubens“ von gestern oder ist sie etwas für morgen?

In Zeiten, in denen sich viele Menschen von Glück und Erfolg abgehängt fühlen, ihre Wut in Protestwahlen zum Ausdruck bringen und keine Hoffnung mehr auf eine bessere Zukunft haben, stellen sich für die Politik auch folgende Fragen: Können wir den Alltag in Deutschland gerechter machen? Gibt es Grenzen des Wachstums? Wer legt sie fest? Wie können sich MuslimInnen in diese gesellschaftliche Diskussion einbringen?

## 2.1 Minderheit MuslimInnen in Deutschland

MuslimInnen bilden nach den ChristInnen die nächstgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. MuslimInnen sind ein zahlenmäßig bedeutender Teil der Bevölkerung in Deutschland. Als größte Minderheitengruppe kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu. Da die deutschen Meldeämter und Statistiken MuslimInnen nicht nach ihrer Religionszugehörigkeit, sondern unter der Rubrik "Verschiedene" aufnehmen, beruhen Zahlenangaben über die Zahl ihrer Angehörigen in Deutschland nur auf Schätzungen. Prognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Zentralinstituts Islam-Archiv in Deutschland aus dem Jahr 2009 gehen von 4,25 Mio. MuslimInnen in der Bundesrepublik aus. Die Deutsche Islam Konferenz dagegen beziffert die Zahl der MuslimInnen in Deutschland auf 3,8 Mio. bis 4,3 Mio. Die Berliner Soziologin Prof. Dr. Naika Foroutan ging im Januar 2016 auf der Tagung „Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit in Deutschland und Europa“ in Osnabrück davon aus, dass sich diese Menge dank der Flüchtlingszahlen, zumindest zeitweise um bis zu einer Million Menschen erhöhen könnte. Dies entspricht ca. 5% der Gesamtbevölkerung Deutschlands.

MuslimInnen in Deutschland sind eine sehr heterogene Gruppe, nicht nur hinsichtlich der Glaubensrichtungen, sondern auch in Bezug auf ihre Herkunft. Die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weist 2,5 – 2,7 Mio. der in Deutschland lebenden MuslimInnen als türkeistämmig aus, gefolgt von ca. 500.000 – 600.000 aus südost-europäischen Ländern, ca. 290.000 – 370.000 aus dem Nahen Osten und ca. 260.000 – 300.000 aus Nordafrika.

Die Mehrheit von 74% der MuslimInnen in Deutschland ist sunnitisch, gefolgt von den Aleviten mit 13% und Schiiten mit einem Anteil von 7%. Daneben gibt es eine Gruppe der Ahmadiyya von ca. 2%. Vereinzelt gibt es mystische Gruppen und Orden, über die allerdings wenige Informationen vorliegen. Ab den 1960er Jahren kamen zahlreiche Aleviten im Rahmen der Gastarbeitermigration, später im Zuge der Familienzusammenführung nach Deutschland, in den 80er Jahren zunehmend kurdische Aleviten aufgrund des Kurdenkonflikts in der Türkei. Die Schiiten in Deutschland stammen überwiegend aus dem Iran und aus Afghanistan, kleinere Gruppen auch aus dem Irak, der Türkei und dem Libanon.

MuslimInnen leben vorwiegend in den alten Bundesländern, meist in Ballungsräumen. Ein Drittel der MuslimInnen lebt in Nordrhein-Westfalen, hier überwiegend im Ruhrgebiet. 53% der MuslimInnen sind Männer, hier wirkt die ehemalige Arbeitsmigration als Zuzugsgrund offenbar noch fort.

Die muslimische Bevölkerung in Deutschland ist überdurchschnittlich jung. Verschiedene empirische Studien zeigen eine deutliche Unterprivilegierung der MuslimInnen in Deutschland, insbesondere bei der Bildungsbeteiligung, dem Berufsstatus und den Einkommensindikatoren.

## **2.2 Wählerpotenzial MuslimInnen in Deutschland**

Jytte Klausen vermutet, dass es mehr als eine halbe Million muslimische WählerInnen in Deutschland gibt. Das Statistische Bundesamt schätzte die Wahlberechtigten unter den deutschen MuslimInnen im Jahr 2009 vorsichtig auf 750.000. Demgegenüber ging das Zentralinstitut Islam-Archiv noch im selben Jahr von etwa 1,1 Millionen muslimischen WählerInnen aus. Nimmt man diese Zahlen als Basiswert, dann machen deutsche MuslimInnen bei einer Gesamtmenge von 61,8 Mio. Wahlberechtigten (2013) in Deutschland nur 1,8 % aus. Dennoch nehmen deutsche Parteien muslimische Bevölkerungsanteile als nicht zu unterschätzende potenzielle WählerInnen wahr. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass bei Wahlen der jüngeren Vergangenheit, wenige Stimmanteile die Entscheidung über Erfolg, Koalitionen, Regierungsbildungen oder den Einzug in ein Parlament ausmachen konnten.

Auf der Webseite der Deutschen Islam Konferenz (DIK) schreibt die Politologin Jytte Klausen, „dass MuslimInnen im Durchschnitt stärker zu konservativen Haltungen als die Mehrheitsbevölkerung neigten. Zum Teil fänden muslimische Verbände bei Themen wie Abtreibung, den Rechten von Homosexuellen oder der Bioethik Gemeinsamkeiten mit anderen religiösen Vereinigungen und Lobbygruppen. Derzeit stünden jedoch sozio-ökonomische Themen im Vordergrund, sodass die Mehrheit der MuslimInnen im Allgemeinen für Mitte-Links-Parteien stimme.“

## **2.3 Studien zu Einstellungen zum Deutschsein, Islam und MuslimInnen in der Bevölkerung**

Lange galt, dass derjenige Deutsch ist, wer deutsche Vorfahren hatte. Selbst wenn man über andere Wege zum deutschen Pass gelangen konnte, ließ das denjenigen in den Augen vieler Deutscher noch lange nicht Teil des nationalen Kollektivs werden. Seit dem Jahr 2000 unterliegen diese Vorstellungen einem Wandel durch Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht. Das Staatsbürgerrecht wurde um Elemente des „ius soli“ erweitert, deutsche Staatsbürgerschaft wird nun unter bestimmten Bedingungen auch qua Geburtsort gewährt, nicht mehr nur qua Abstammung, „ius sanguinis.“

2014 ergab die repräsentative Studie "Deutschland postmigrantisch I",<sup>6</sup> dass sich die Kriterien des Deutschseins wandeln. Die Kriterien des Deutschseins der 8.200 Befragten sind offen und zugleich exklusiv. Die Fähigkeit, deutsch möglichst akzentfrei zu sprechen, ist das wichtigste Kriterium. Dieses enge Verständnis von „korrekter Sprache“ als nationalem Kriterium zeigt die fehlende Anerkennung der Realität eines Einwanderungslands, in der auch die Sprache durch die Veränderungen vielfältiger wird.

38% waren der Meinung, dass ein Mensch, der ein Kopftuch trägt, nicht Deutsch sein könne. Muslimisch und deutsch werden als Gegenkategorien wahrgenommen. Zur Einstellung gegenüber MuslimInnen zeigten sich in der Studie Vorurteile und Stereotypen, die Teilhabe verhindern:

„Die pauschalen und negativen Einstellungen, die die Studie gegenüber Musliminnen und Muslime festgestellt hat, bergen eine große Gefahr für das gute Miteinander in Deutschland. Genau aus solchen falschen wie einfachen Bildern versuchen gerade rechtspopulistische Parteien Kapital für ihre menschenfeindlichen Ziele zu schlagen. Deshalb müssen wir alle – auch und insbesondere die Politik – den falschen Bildern, den Vorurteilen und Stereotypen entschieden entgegentreten“.<sup>7</sup>

In der Studie ist die Haltung der nicht-muslimischen Befragten zu Beteiligungsrechten von MuslimInnen ambivalent. Die abstrakte Anerkennung ist hoch, aber wenn es konkret wird in Fragen der Beschneidung von Jungen, des Tragens des Kopftuchs von Lehrerinnen fehlt überwiegend die Bereitschaft zur Gewährung von Partizipationsrechten. Diese Bereitschaft nimmt weiter ab, je relevanter die nationale Verbundenheit des Befragten ist.

Die Vorstellung, das nationale Wir sei eine homogene, über Jahrhunderte bestehende Entität, die die "Anderen" dabei nicht oder nicht in solchen Massen verkraften könne, teilen Pegida-, AfD-Anhänger sowie Angehörige der politischen Mitte. 53% der Befragten einer "Mitte"-Studie stimmten 2014 der Aussage ganz oder teilweise zu, dass Deutschland "in einem gefährlichen Maß überfremdet" sei.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), „Deutschland postmigrantisch I“, <https://www.bim.hu-berlin.de/de/publikationen/2014/deutschland-postmigrantisch%2%A0i-gesellschaft,-religion,-identitaet>, Zugriff am 07.11.16.

<sup>7</sup> Aydan Özoguz, Kuratoriumsvorsitzende des BIM und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Bundeskanzleramt.

<sup>8</sup> Vgl. Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig, 2014, S. 32.

Dieses Narrativ geht von der Existenz von Ur-Völkern aus, von einem angeblich organischen Zustand. Jede Rede von den homogenen Deutschen, verkennt jedoch die lange Migrationsgeschichte des Gebietes, das heute Bundesrepublik Deutschland heißt.

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Religionsmonitor: Sonderauswertung Islam“ aus dem Jahr 2015 kam u. a. zu folgenden Ergebnissen:

- Die deutsche Mehrheitsbevölkerung lehnt Muslime und den Islam zunehmend ab.
- Über die Hälfte der Bevölkerung nimmt den Islam als Bedrohung wahr.
- Ein noch höherer Anteil ist der Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt.

Diese Ablehnung des Islams hat in den Jahren 2014 und 2015 deutlich zugenommen. Das bei der Bevölkerungsmehrheit vorherrschende Negativbild des Islams überträgt sich bei einem beträchtlichen Anteil auch auf das Bild der Muslime. Fast jeder zweite fühlt sich durch Muslime wie ein Fremder im eigenen Land. Ein Überfremdungsgefühl ist auch dort bei rund 40 % der Bevölkerung verbreitet, wo kaum MuslimInnen leben und die Bevölkerung somit so gut wie nie mit MuslimInnen in Berührung kommt. Das trifft beispielsweise auf viele ostdeutsche Regionen zu. Ein Viertel der Bevölkerung fordert, dass die Einwanderung von MuslimInnen untersagt werden sollte.<sup>9</sup>

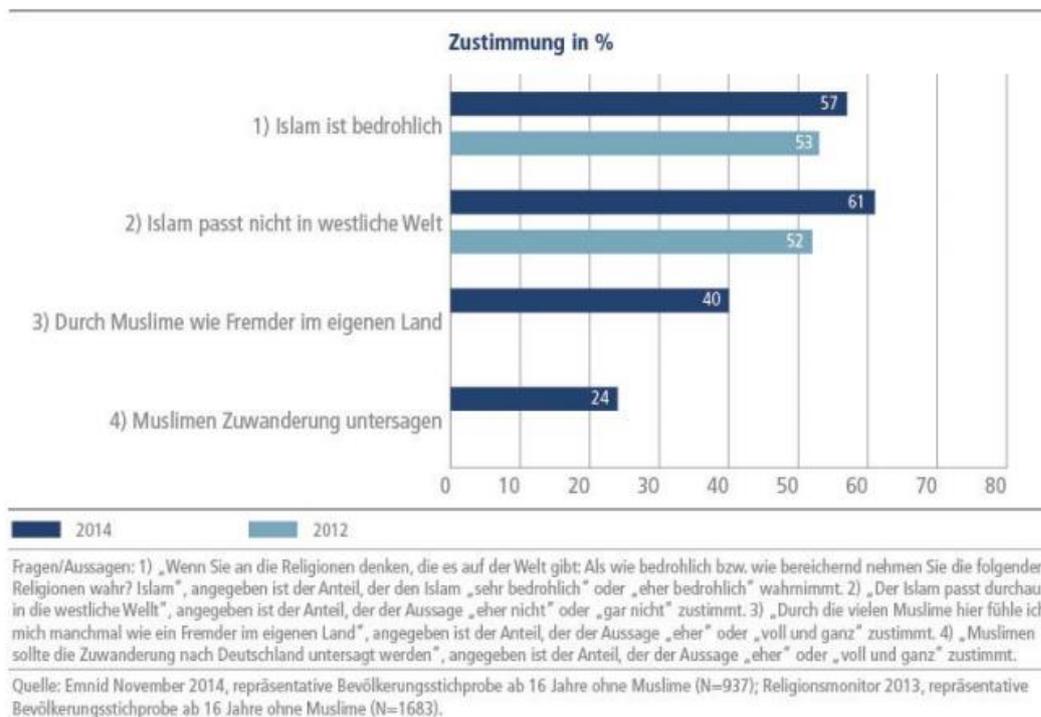
Diese Entwicklungen bieten Nährboden für rechtspopulistische Parteien, deren Programm meist auch eine politische Agenda gegen MuslimInnen enthält. Die Ablehnung des Islams ist besonders in den Regionen Deutschlands stark ausgeprägt, wo kaum MuslimInnen leben, wie beispielsweise in Sachsen. In Nordrhein-Westfalen, wo ein Drittel aller MuslimInnen in Deutschland zuhause ist, wird der Islam hingegen als weniger bedrohlich empfunden. Auch hier ist jedoch der Anteil, der dem Islam abspricht, in die westliche Welt zu passen, ähnlich hoch wie im übrigen Deutschland. Wenn MuslimInnen im Wohnumfeld der Befragten leben und im Alltag erfahren wird, dass keine reale Gefahr von ihnen ausgeht, fällt das Bedrohungsempfinden geringer aus. Die Ablehnung des Islams bleibt jedoch bestehen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die kleine Minderheit der radikalen Islamisten, die bereits seit geraumer Zeit im Fokus der Öffentlichkeit steht, das Bild der 4 Millionen MuslimInnen in Deutschland prägt. Es ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine bedenkliche

---

<sup>9</sup> Vgl. Religionsmonitor Bertelsmann Stiftung. Die Sonderauswertung zum Thema Islam in Deutschland basiert auf den Daten des Religionsmonitors und auf einer Umfrage in 2014 des Emnid Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Entwicklung, wenn MuslimInnen unter Generalverdacht geraten und dadurch ausgegrenzt werden.

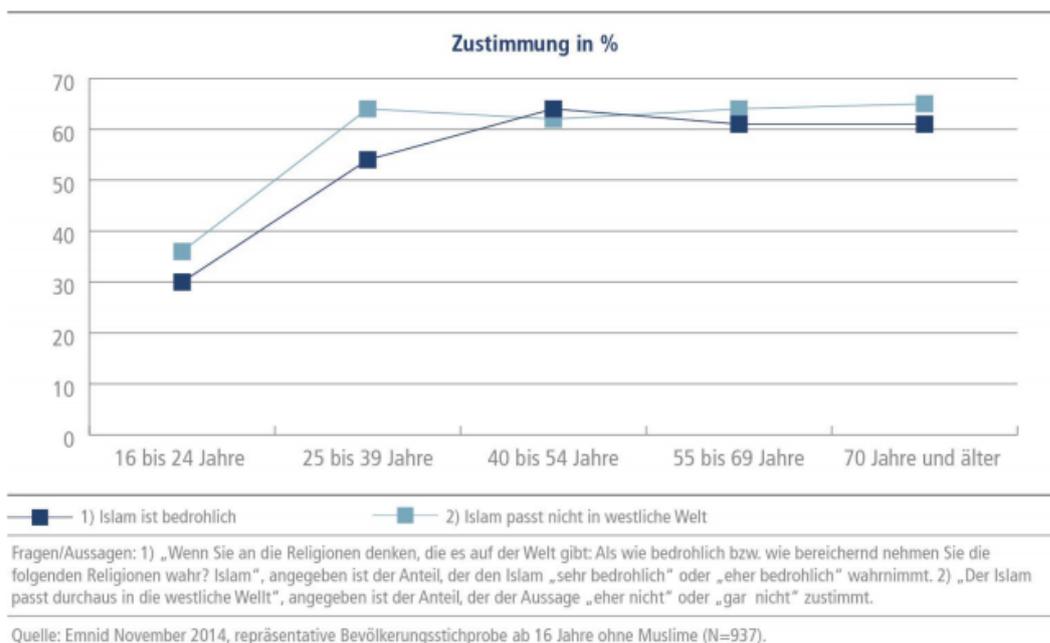
Das Emnid-Institut hat 2014 eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe erhoben mit folgenden Fragen/Aussagen zum Islam. Abbildung 1 veranschaulicht die Veränderungen von 2012 zu 2014.



Differenzierte Analysen zum Zusammenhang zwischen dem Islambild und sozioökonomischen Faktoren zeigen: Weder die politische Orientierung noch das Bildungsniveau üben einen nennenswerten Einfluss auf das Islambild aus. Es zeigt sich, dass sich Deutsche, die sich dem politischen Mitte-Links-Milieu zuordnen, ein etwas positiveres Islambild haben, der Unterschied ist jedoch gering. Auch der üblicherweise bei Fremdenfeindlichkeit dämpfende Einfluss der Bildung fällt im Bereich der Islamfeindlichkeit deutlich geringer aus. Lediglich bei Hochschulabsolventen sinkt die Islamfeindlichkeit etwas ab, jedoch auch hier sagt jede(r) Zweite, der Islam sei bedrohlich, und 40% sind der Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Dies weist darauf hin, dass es sich bei Islamfeindlichkeit um einen „salonfähigen“ gesellschaftlichen Trend handelt. Und das, obwohl die große Mehrheit für religiöse Vielfalt grundsätzlich aufgeschlossen ist. Der Islam wird aus der gesellschaftlichen Toleranz ausgeschlossen. Diejenigen, die den Islam trotz prinzipieller Offenheit für religiöse Vielfalt ablehnen, unterstellen dem Islam eine mangelnde Toleranz und rechtfertigen damit die

Ausgrenzung des Islams. Deutlich positiver ist das Islambild unter Jüngeren im Alter von 16 bis 25 Jahren. Bei dieser Altersgruppe ist sowohl das Bedrohungsempfinden als auch die Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt, deutlich niedriger ausgeprägt.<sup>10</sup> Das lässt die Prognose zu, dass in jüngeren Generationen der Anteil zunehmen wird derjenigen, die mit MuslimInnen aufwachsen und MuslimInnen deshalb eher als zu Deutschland zugehörig empfinden. Ein Untersuchungsansatz wäre die Frage, ob sich das Islambild wieder zum Negativen entwickelt, wenn der enge Kontakt zu MuslimInnen in Schule und Ausbildung wegfällt, da die Islamfeindlichkeit in der Altersgruppe bei den 25- bis 40-Jährigen wieder deutlich ansteigt.

Abbildung 2 zeigt die Wahrnehmung des Islams als Bedrohung in unterschiedlichen Altersgruppen.



Weitere Unterschiede zeigen sich in der Abhängigkeit von der Lebenszufriedenheit und von der Offenheit gegenüber religiösen Menschen im Allgemeinen. Befragte, die religiösen Menschen unabhängig von deren Religionszugehörigkeit im Allgemeinen misstrauen, sind auch dem Islam gegenüber negativer eingestellt. Bei solchen, die religiösen Menschen voll und ganz vertrauen, überwiegt der Anteil, der den Islam als bereichernd empfindet. Befragte, die mit ihrem Leben zufrieden sind, haben kein positiveres Islambild als der Durchschnitt. Bei Unzufriedenen ist Islamfeindlichkeit deutlich häufiger verbreitet. Dieses Ergebnis weist darauf

<sup>10</sup> Ergänzende Studie des Emnid-Instituts zum Religionsmonitor 2013, November 2014.

hin, dass weniger die tatsächliche, sondern eher die empfundene Lebenssituation auf die Wahrnehmung des Islams einwirkt.

Eine höhere Anzahl Personen als bei der angeführten vertiefenden Emnid-Umfrage für den Religionsmonitor befragte der „Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)“<sup>11</sup> für sein Integrationsbarometer 2014. Bei dieser Erhebung wurde der Satz "Der Islam ist ein Teil Deutschlands" von den 5.660 Befragten mehrheitlich verneint. 53 Prozent der Teilnehmer ohne und 44 Prozent mit Migrationshintergrund antworteten: "eher nicht" oder "gar nicht" (siehe Abbildung 3).

Zustimmung zur Aussage, dass der Islam ein Teil Deutschlands ist

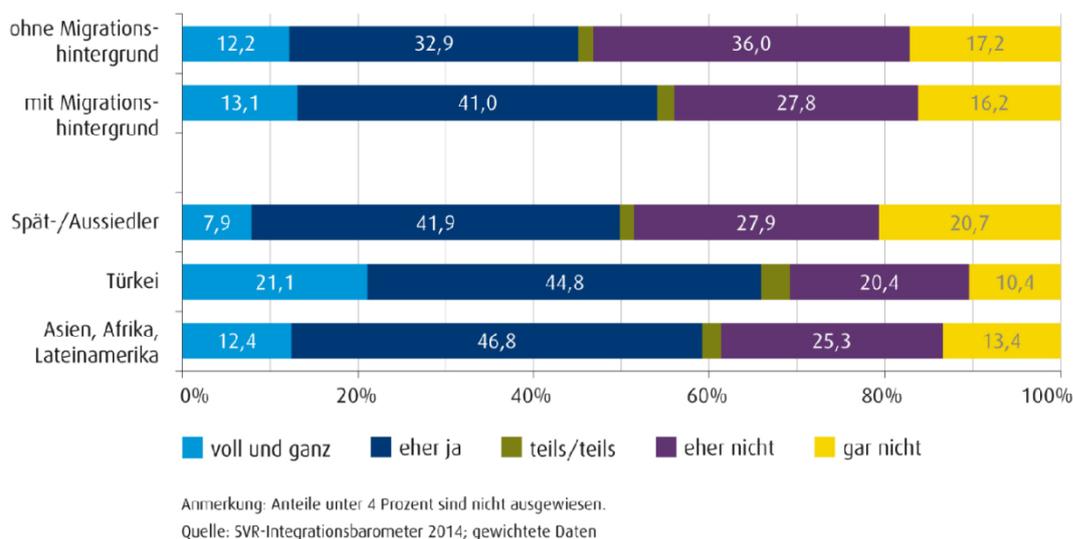


Abb.: Zustimmung zur Aussage, dass der Islam ein Teil von Deutschland ist<sup>12</sup>

Die Autoren der Studie weisen darauf hin, dass die ablehnende Haltung gegenüber dem Islam in Deutschland deutlich stärker sei als in Frankreich, den Niederlanden oder Dänemark.

Allerdings fragten die vorliegenden Studien bislang eher nach der Passung des Islam in Gesellschaften, welche nach vorherrschender Meinung christlich-jüdisch geprägt sind. Eine demokratische säkular-orientierte Gesellschaft ist jedoch weniger durch Entscheidungen über

<sup>11</sup> Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) wurde 2008 von acht deutschen Stiftungen als unabhängiges, wissenschaftliches Expertengremium für die Bereiche Migration und Integration ins Leben gerufen. Seine Aufgaben sind u. a. Bestandsaufnahmen und Entwicklungsanalysen sowie kritische Politikbegleitung.

<sup>12</sup> Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2014, gewichtete Daten.

die Passung ganzer Religionen als vielmehr durch die Anerkennung von Differenz geprägt. Die Meinungen zur Anerkennung des Islam als eine Religionsgemeinschaft wurden in den Umfragen, wie auch im öffentlichen Diskurs, kaum beachtet.

Die Studie „ZuGleich (Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit)“ der Universität Bielefeld befragte insgesamt 2.006 Personen zwischen November 2013 und Januar 2014 zur Integration und zum Zusammenleben verschiedener Gesellschaftsgruppen in Deutschland. Dies beinhaltete auch Meinungen und Ansichten zu muslimischen BürgerInnen und ihrer Glaubensrichtung. Unter anderem wurde die folgende Aussage zur Bewertung vorgelegt: "Der Islam sollte als Religionsgemeinschaft genauso anerkannt werden wie die evangelische oder katholische Kirche."<sup>13</sup>

"Der Islam sollte als Religionsgemeinschaft genauso anerkannt werden wie die evangelische oder katholische Kirche."

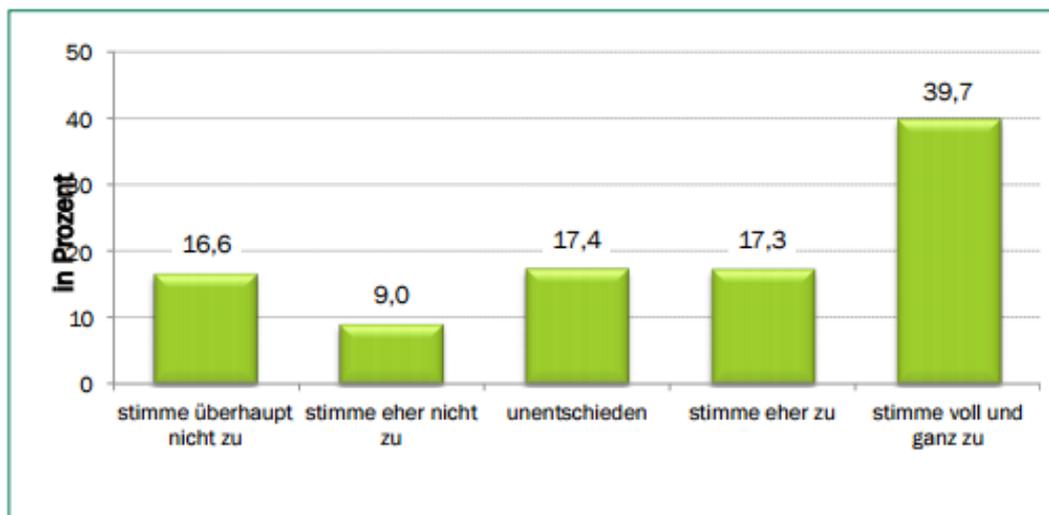


Abb.: Anerkennung und Gleichwertigkeit des Islams als Religionsgemeinschaft, November 2013 – Januar 2014<sup>14</sup>

Demnach befürwortet eine deutliche Mehrheit der befragten BürgerInnen (57 %) in Deutschland die gleichwertige Anerkennung des Islam. Jede(r) Vierte (25,6 %) lehnt dies hingegen ab und ist der Meinung, der Islam könne, beziehungsweise dürfe nicht gleichberechtigt neben der katholischen wie evangelischen Kirche in Deutschland bestehen.

<sup>13</sup> Vgl. Studie „ZuGleich (Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit)“ der Universität Bielefeld, November 2013 – Januar 2014, <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich.html>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>14</sup> Ebd.

17,4 Prozent der Befragten entziehen sich der klaren Positionierung zur Anerkennung und sind unentschieden. Dabei spielte die Geschlechtsgruppenzugehörigkeit der Befragten keine Rolle. Abgesehen von alternativen christlichen Glaubensgemeinschaften sprachen sich die Angehörigen der verschiedenen Religionsgemeinschaften in der Mehrheit für die Anerkennung des Islam aus. Insbesondere Gläubige anderer Konfessionen wie Juden oder Anhänger fernöstlicher Glaubensgemeinschaften wiesen eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung auf. Doch auch die Angehörigen der evangelischen und katholischen Kirche und konfessionslose Befragte befürworteten mehrheitlich die gleichberechtigte Stellung des Islam.<sup>15</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ergebnisse der diskutierten Studien davon abhängen, wie die Fragestellung zum Islam lautet. So kehren sich die Verhältnisse zur Einstellung zum Islam in Deutschland um, wenn nicht nach der Zugehörigkeit des Islams zur deutschen Gesellschaft gefragt wird, die die überwiegende Mehrheit als „christlich-jüdisch geprägt“ einschätzt, sondern nach der Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft. Die Wahrnehmung des Islams und der Muslime in der Bevölkerung in Deutschland legt nahe, dass die Vertreter der politischen Parteien dies auch in den Parlamentsdebatten entsprechend zum Ausdruck bringen.

### **3 Politische Repräsentation**

Im Mittelalter wurde „Repräsentation“ ein politischer Begriff. Im Zuge der Französischen Revolution erlangte er dann seine Institutionalisierung als „every man’s right to have a say in what happens to him“.<sup>16</sup>

Repräsentierte können sowohl Einzelpersonen, Gruppen oder die Gemeinschaft als Ganzes sein.<sup>17</sup> Von Repräsentanten gibt es nach David Budde drei unterschiedliche Rollenvorstellungen:

- Repräsentant als mandatiertes Vertreter individueller oder allgemeiner Interessen,
- Repräsentant als Abbild der Repräsentierten, der bestimmte Merkmale und Lebensumstände mit ihnen teilt,

---

<sup>15</sup> Vgl. Studie „ZuGleich (Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit)“ der Universität Bielefeld, November 2013 – Januar 2014, <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich.html>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>16</sup> Pitkin, Hanna: The concept of representation, University of California Press, 1967, Berkeley, S. 3.

<sup>17</sup> Vgl. Budde, David: Formen der Repräsentation und ihre Legitimation. Die voraussetzungsvolle Anerkennung von Repräsentanten in der Politik, Working Paper Freie Universität Berlin, 2013, S. 28.

- Repräsentant als Integrationsfigur, der die Gemeinschaft als Einheit verkörpert.<sup>18</sup>

Politische Repräsentation ist dort gegeben, „wo Akteure im Namen von Personen sprechen und handeln, die diese dazu autorisiert haben“,<sup>19</sup> was die institutionalisierte Form der Interessenvertretung durch Abgeordnete in Parlamenten beschreibt.

Die zunehmende Vielfalt in der deutschen Gesellschaft stellt für politische Akteure in den Parteien auch die Frage nach der politischen Repräsentanz dieser Vielfalt. Im Hinblick auf die klassische politische Repräsentation von MuslimInnen auf Bundesebene, also im Bundestag und Bundesrat, verweist Andreas Wüst darauf, dass eine klare Unterrepräsentation festzustellen ist. Dies ist auch darin begründet, dass die Mehrheit der MuslimInnen in Deutschland eine ausländische Staatsangehörigkeit hat. Wüst betont die Wichtigkeit der „Acting For“-Repräsentation der muslimischen Minderheit sowohl für die Mehrheitsgesellschaft als auch für Minderheiten, eine Interessenrepräsentation unabhängig vom persönlichen Hintergrund des Abgeordneten.<sup>20</sup>

### **3.1 Repräsentation durch politische Parteien**

Parteien kommt bei der „Vorformung des politischen Willens des Volkes“<sup>21</sup> entscheidende Bedeutung zu. Parteien haben die Aufgabe, ihre politischen Programme den Wählern zu unterbreiten, durch Regierungsbildung politische Verantwortung zu übernehmen und ihre politischen Entscheidungen öffentlich zu vermitteln. Parteien wollen politische Mehrheiten durch Mandate in Wahlen gewinnen, das unterscheidet sie von anderen politischen AkteurInnen. Sie stellen Personen zur Wahl, die als politisches Personal in Staatsämter gewählt werden können. Daher sind Parteien in der Gesellschaft durch mehrdimensionale Organisationen mehrfach vernetzt: auf der einen Seite kommen aus ihren Reihen InhaberInnen öffentlicher Ämter, auf der anderen Seite sind sie eine von einer Parteileitung geführte überregionale Organisation, sie sind aber auch ein lokaler oder regionaler Zusammenschluss von MitgliederInnen.<sup>22</sup> Parteien setzen sich aus staatlichen und gesellschaftlichen Organisationsbereichen zusammen, wodurch sie gleichzeitig Gesellschaft und Staatlichkeit

---

<sup>18</sup> a.a.O.: S. 34.

<sup>19</sup> a.a.O.: S. 7.

<sup>20</sup> Vgl. Wüst, Andreas: Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Zuwanderung und Integration, 2006, Wiesbaden, S. 232.

<sup>21</sup> Vgl. Kremser, Holger/Leisner, Anna: Verfassungsrecht III Staatsorganisationsrecht, München, Beck-Verlag, 1999, S. 157.

<sup>22</sup> Vgl. Wiesendahl, Elmar: Parteien, Frankfurt a. M., 2006, S. 10 – 13.

verkörpern.<sup>23</sup> Parteien werden sich dem mittelfristigen Wandel zur Vielfalt und zum Pluralismus in Deutschland zuwenden müssen: von einer Gesellschaft der sozialmoralischen Milieus und prägenden Großgruppen hin zu einer pluralisierten, weltanschaulich und religiös vielfältigen Gesellschaft.

Das Modell der repräsentativen Demokratie geht von einer Verankerung der Parteien in der Gesellschaft aus, d. h. Parteien stehen in ständigem Kommunikationsprozess mit ihren potentiellen WählerInnen, die Parteienforschung bezeichnet diese Verbindung von Parteien zu ihrer Basis als „Linkage“. Die Autorin untersucht in diesem Beitrag, welche Rolle die Religion des Islams und die Muslime für die Parteien als Momente des „Linkage“ spielen.

Der Theorie der beiden Politikwissenschaftler (1967) Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan zufolge entwickelten sich die europäischen Parteiensysteme im ausgehenden 19. Jahrhundert anhand vier grundsätzlicher Konfliktlinien. Diese Konfliktlinien seien dauerhaft und spiegeln Interessen- oder Wertekonflikte verschiedener organisierter sozialer Gruppen wider:

- Kapital versus Arbeit,
- Kirche versus Staat,
- Stadt versus Land,
- Zentrum versus Peripherie.<sup>24</sup>

Die Organisationen dieser sozialen Gruppen bauten Verbindungen zu bestimmten politischen Entscheidungsträgern auf, wobei aus diesen Verbindungen langfristig die politischen Parteien hervorgingen.

Lange Zeit galt die Theorie der Konfliktlinien als die wichtigste Theorie von nationalen Parteiensystemen. Aufgrund von zahlreichen gesellschaftlichen Umbrüchen hat sie jedoch in den letzten beiden Jahrzehnten an Bedeutung verloren.

Der gegenwärtige Zustand der bundesdeutschen Parteien ist gekennzeichnet durch anhaltende Mitgliederverluste, die vor allem die beiden großen Parteien betrifft. Durch die Auflösung der

---

<sup>23</sup> a. a. O., S. 13.

<sup>24</sup> Vgl. Lipset, Seymour Martin/Rokan, Stein: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, Introduction, 1967, New York/London, S. 8.

traditionellen Parteibindungen in den letzten Jahren haben sich die Grenzen der „Theorie der Konfliktlinien“ gezeigt. Diese Theorie hat keine ausreichenden Erklärungsansätze für die geringer werdenden Parteibindungen sowie für die Phänomene des Nichtwählens und der Protestwahl. In der folgenden Abbildung 2 ist die Entwicklung der Parteimitgliedschaften 1980 – 2013 dargestellt.

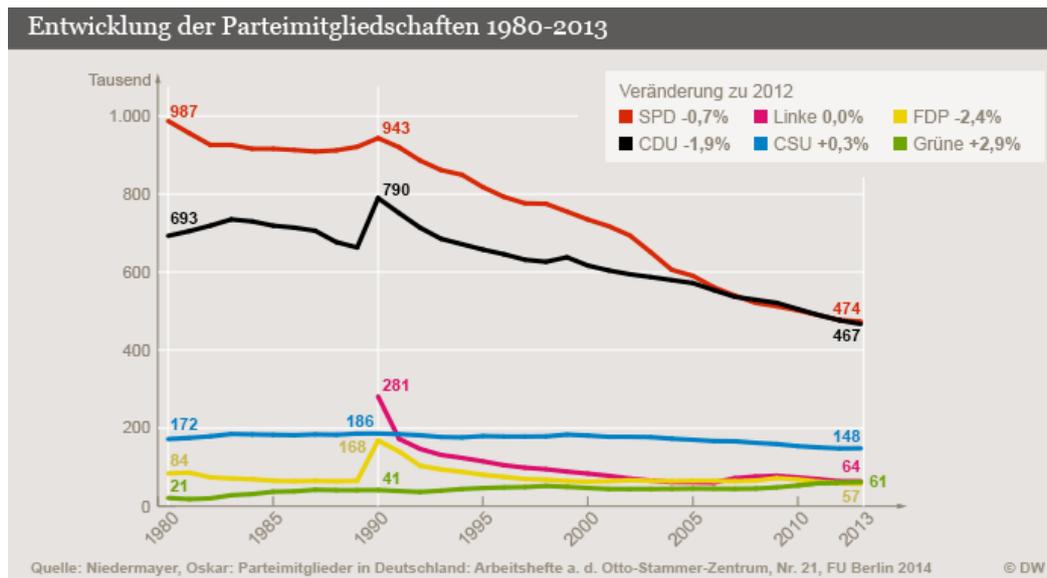


Abb.: Entwicklung der Parteimitgliedschaften 1980 - 2013<sup>25</sup>

Hinzu kommt eine zunehmende Überalterung in den Parteien, was zu einer Gefährdung der Repräsentationsfunktion und einer Entfremdung von der Basis der Gesellschaft führt. Die zunehmende Überalterung von Parteimitgliedern führt dazu, dass jüngere Generationen in den Parteien nicht verhältnismäßig repräsentiert sind. Daraus resultiert die Frage, ob die Parteien noch die Fähigkeit haben, ihrer „Funktion als Repräsentanten der gesellschaftlichen Basis“<sup>26</sup> gerecht zu werden.

In der folgenden Abbildung 3 ist das Durchschnittsalter der Parteimitglieder der Parteien, Stand 2016, dargestellt.

<sup>25</sup> Quelle Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland, FU Berlin 2014.

<sup>26</sup> Vgl. Kleinert, Hubert: Abstieg der Parteiendemokratie, in: APuZ B35/36 2007, S. 3 – 11.

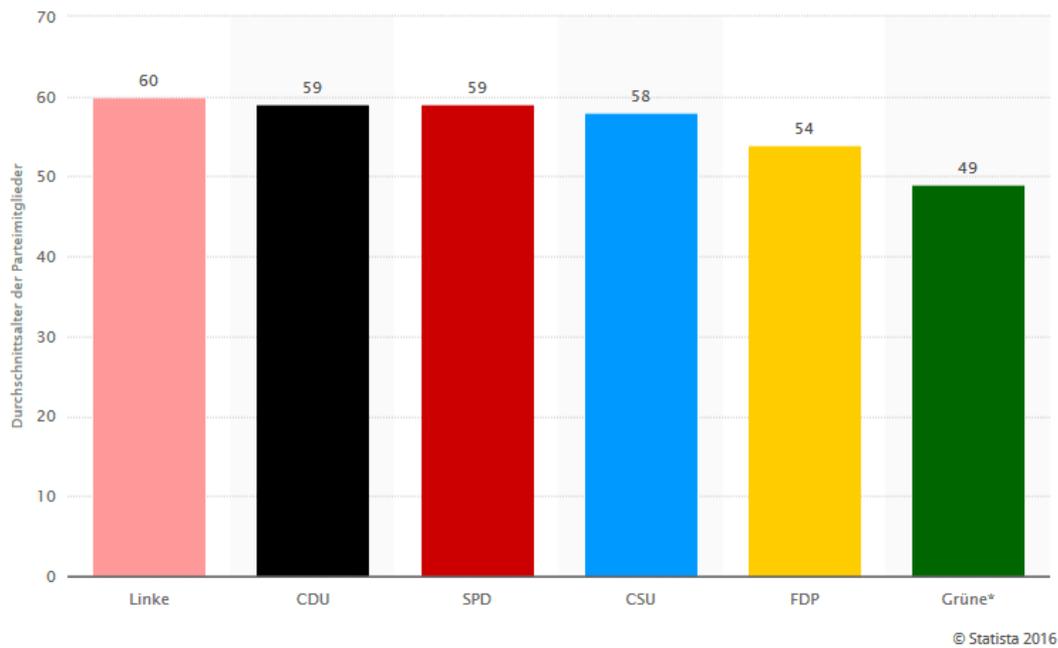


Abb.: Durchschnittsalter der Parteimitglieder<sup>27</sup>

Zu untersuchen ist die Frage der politischen Partizipation von MuslimInnen in Deutschland und die Rolle der deutschen Parteien in diesem Prozess. Lange Zeit war in Deutschland das Paradoxon einer Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland. Dies hat sich offiziell erst durch den Satz der Bundeskanzlerin Merkel am 02.06.2015 geändert: "Wir sind im Grunde schon ein Einwanderungsland." Obwohl Deutschland seit Jahren nach den USA statistisch gesehen das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt ist, taten sich CDU und CSU seit den 1980er Jahren schwer mit dem Begriff Einwanderungsland. Bereits 1991 wurde die Diskussion in der CDU von Heiner Geißler<sup>28</sup> angestoßen, in unregelmäßigen Abständen haben sich seither verschiedenste Unionspolitiker von Edmund Stoiber über Volker Bouffier bis zuletzt Thomas de Maizière dazu geäußert, in die eine oder andere Richtung, gefolgt von einer innerparteilichen Debatte. Kanzlerin Merkel hatte eine Festlegung bis zum Juni 2015 vermieden.

Interessenberücksichtigung und politische Teilhabe der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland könnten gleichsam ein "Türöffner" für Integration in die deutsche Gesellschaft sein.<sup>29</sup> Parteien als mögliche Träger und politische Gestalter des Islamintegrationsprozesses in

<sup>27</sup> Quelle Statistisches Bundesamt, Durchschnittsalter der Parteimitglieder, 2016.

<sup>28</sup> Vgl. DIE ZEIT, <http://www.zeit.de/1991/46/was-heisst-hier-multi-kulti>, Zugriff am 05.11.16.

<sup>29</sup> Vgl. Bosse, Daniel/Vior, Eduardo, 2005: Politische Partizipation von Migranten mit muslimischen Hintergrund in Deutschland: Entwicklung und Probleme, Magdeburg, Institut für Politikwissenschaften. S. 4.

Deutschland blieben in wissenschaftlichen Untersuchungen bislang weitgehend unberücksichtigt.

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über das Parteiensystem Deutschlands von 1945 bis 2014.

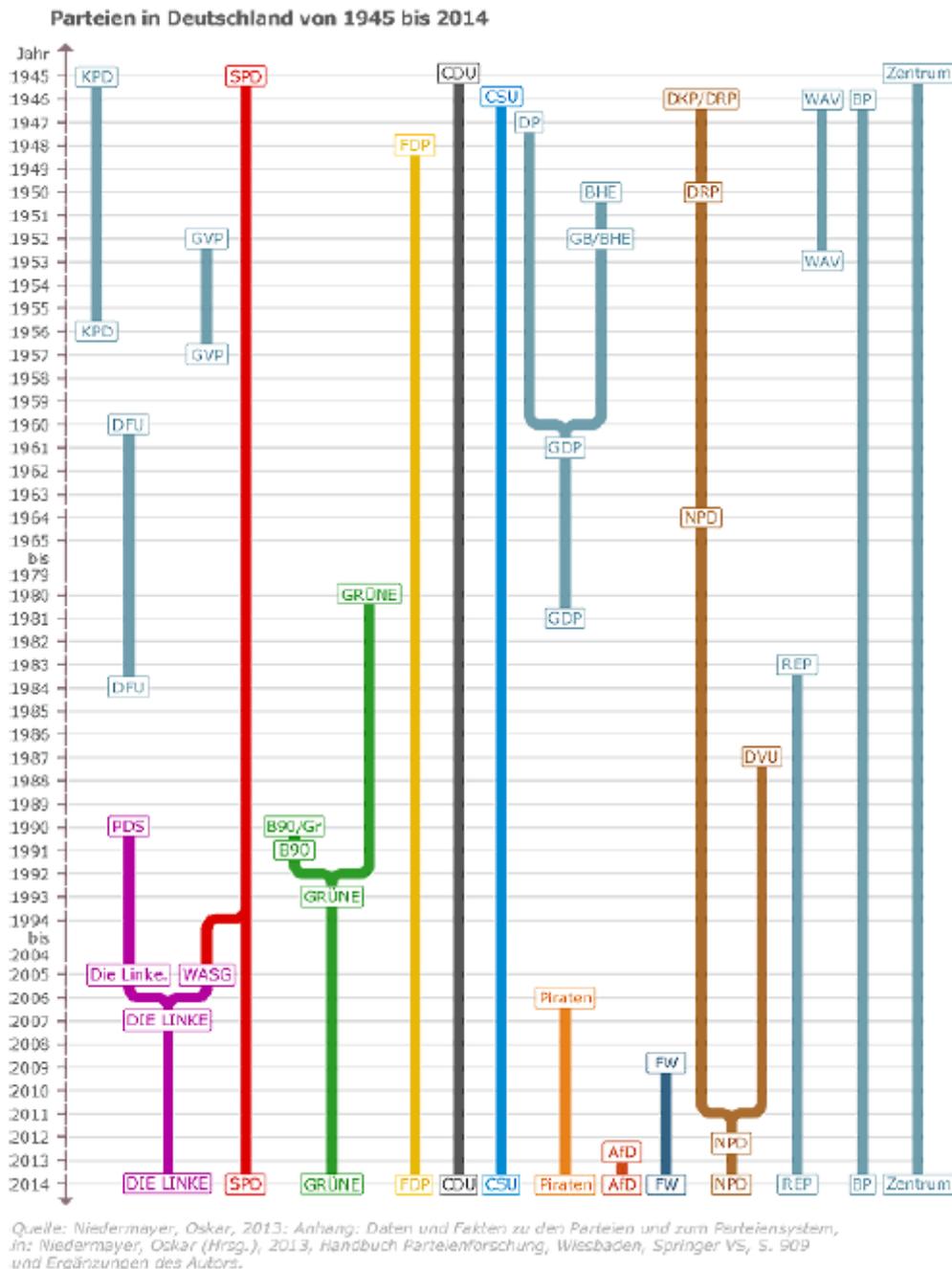


Abb.: Parteiensystem in Deutschland von 1945 bis 2014<sup>30</sup>

<sup>30</sup> Quelle: Bundeszentrale für Politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/138661/entwicklung-des-parteiensystems>, Zugriff am 06.11.16.

### 3.2 Religionspolitische Konzepte der Parteien in Deutschland ab 1945

Seit Beginn der deutschen Parteiengeschichte haben sich drei Hauptströmungen entwickelt, die sich bis in die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland erhalten haben. Im Parteiensystem sind nach wie vor Sozialisten, Liberale, und Konservative/Christdemokraten als gesellschaftliche Strömungen erkennbar.<sup>31</sup> Aus den drei Hauptströmungen entwickelten Lucardie und Wasner zwölf Partei- bzw. Subfamilien. In den Parteinamen wird die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteifamilie offensichtlich. Die in dieser Arbeit untersuchten Parteien werden von Lucardie und Wasner folgenden Parteifamilien zugeordnet: CDU/CSU der christdemokratischen, SPD der sozialdemokratischen, Bündnis90/Die Grünen der ökologischen, DIE LINKE der sozialistischen Parteifamilie.<sup>32</sup>

Die Einstellungen der Parteien zu Staat und Religion präzisieren ihre programmatisch-ideologische Orientierung. Religionspolitische Konzepte der Parteien sind Reflexionen der Sozialstruktur der Gesellschaft und interpretieren die vorhandenen Konflikte. In deutlich abgeschwächter Form gilt nach dem Zweiten Weltkrieg die These, dass das Wahlverhalten bestimmt wird durch zwei zentrale Konfliktlinien: die sozio-ökonomische und die religiös-konfessionelle Konfliktlinie.<sup>33</sup> Dies steht im Widerspruch zur jüngeren These von der individualisierten Wahlentscheidung des rationalen Wählers.

Für diesen Beitrag wurden die Parteien CDU, CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE untersucht, weil sie im Deutschen Bundestag in den Jahren 2014 und 2015 vertreten waren und daher dem verfassungsmäßigen Auftrag, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken, erfüllen könnten.<sup>34</sup>

„Religionspolitik“ der Parteien wird in der vorliegenden Arbeit als umfassender Begriff verwendet in Anlehnung an die Definition nach Willems:

„Religionspolitik umfasst alle jene politischen Prozesse und Entscheidungen, in denen die religiöse Praxis von Individuen einschließlich ihrer kollektiven Ausdrucksformen sowie der öffentliche Status, die Stellung und Funktion von

---

<sup>31</sup> Vgl. Lösche, Peter: Geschichte und Entwicklung in Deutschland, in: Informationen zur politischen Bildung 292, bpb, 3. Quartal 2006, Parteiensysteme der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 24.

<sup>32</sup> Vgl. Lucardie, Paul/Wasner, Barbara: Parteien am Rande des Parteiensystems: Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden, 2008, S. 2.

<sup>33</sup> Vgl. Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud: Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen, S. 12.

<sup>34</sup> Vgl. Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG.

religiösen Symbolen, religiösen Praktiken und Religionsgemeinschaften in politischen Gemeinwesen geregelt werden.“<sup>35</sup>

### **3.2.1 Religionspolitisches Profil der Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)**

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es für die bürgerlichen Parteien einen Neuanfang. Die CDU und CSU vereinnahmten die Partei „Katholisches Zentrum“. Die Bezeichnung „Union“ wurde bewusst gewählt, weil man die Protestanten mitvertreten wollte, um so eine breite konservativ-liberal-soziale Sammlungspartei zu sein. Adenauer hat die CDU bewusst als christliche Partei definiert, Politik sollte aber nicht theologisch begründet werden.<sup>36</sup> In der CSU setzte sich Josef Müller mit seiner Idee einer interkonfessionellen Volkspartei durch.<sup>37</sup>

Im Regierungsprogramm der CDU/CSU für 2013 – 2017 wurde die „christliche Prägung unseres Landes“ herausgestellt, verbunden mit der Aufforderung zum „Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung“.<sup>38</sup> Die christliche Prägung zeigt sich für die Unionsparteien vor allem im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, da viele Leistungen nur durch kirchliche Mittel und sich ehrenamtlich engagierende Kirchenmitglieder möglich seien. Die Vielfalt der Religionen wird vor allem durch die Erwähnung des Wiedererstarkens jüdischen Lebens in Deutschland hervorgehoben. Zu den MuslimInnen wurde wie folgt formuliert: „Den vielfältigen Beiträgen muslimischer Vereine und Verbände zu unserem Gemeinwesen – etwa zur Integration muslimischer Zuwanderer und ihrer Nachkommen in unsere Gesellschaft, wie auch zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen – gilt unsere Wertschätzung und Unterstützung. In diesem Sinne wollen wir die deutsche Islamkonferenz fortsetzen.“<sup>39</sup>

Am 12.01.2015 wurde, im Rahmen des Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu in Berlin, durch die Bundesvorsitzende der CDU, Angela Merkel, die Bedeutung des Islams für Deutschland wie folgt beschrieben:

---

35 Willems, Ulrich: Religionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1999, in: Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1945 – 1999, Opladen, 2001, S. 137.

36 Vgl. Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1965, S. 53.

37 Vgl. Schlemmer, Thomas: Bis an den Rand der Spaltung – Die Flügelkämpfe in der CSU 1945 – 1949, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden, 2007, S. 60 – 72.

38 Vgl. CDU Regierungsprogramm 2013 – 2017, <https://www.cdu.de/.../regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf>, Zugriff am 08.11.16.

39 CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013, S. 68,

<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf>, Zugriff am 26.06.16.

„Der frühere Bundespräsident Wulff hat gesagt, der Islam gehört zu Deutschland. Das ist so. Dieser Meinung bin ich auch.“<sup>40</sup>

Hierzu gab es Widerspruch vom Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder als auch vom sächsischen Ministerpräsident Stanislaw Tillich: „Der Islam gehört nicht zu Sachsen.“<sup>41</sup>

Zur Veranschaulichung der programmatischen Umsetzung des Verhältnisses zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit und Sicherheit“, das 112 Seiten umfasst, soll die untenstehende Tabelle 1 dienen:

<b>Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit und Sicherheit“ 2007</b>		
Rang	Thema	Anzahl
1	Religion in Verbindung mit –gemeinschaft, -freiheit, -unterricht	12
2	Kirche, Kirchen	11
3	Islam, islamisch, Islamismus	9

Tabelle 1: Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CDU<sup>42</sup>

Ein eigenes Kapitel „Kirchen, Religions- und Weltanschauungen“ gab es im Gegensatz zu den Grundsatzprogrammen der CDU aus den Jahren 1994 und 1978 nicht.

Auf der CDU-Homepage ist die Kurzfassung des Grundsatzprogramms zum Gesellschaftsbild wie folgt zusammengefasst:

„Leistungs- und Verantwortungs-bereitschaft, Anerkennung der verbindlichen kulturellen Grundlagen, der Werte, die unserer Geschichte entstammen und in unser Grundgesetz eingegangen sind, bilden unsere politische Kultur. Sie ist geprägt von den Gemeinsamkeiten der europäischen und den Besonderheiten der deutschen Geschichte mit ihren föderalen und konfessionellen Traditionen. Dieses gemeinsam

<sup>40</sup> Nachrichtenagentur reuters, <http://de.reuters.com/article/deutschland-islam-merkel-idDEKBN0KL1BX20150112>, Zugriff am 13.05.2016.

<sup>41</sup> Vgl. Tagesschau, <https://www.tagesschau.de/inland/tillich-islam-101.htm>, Sendung am 25.01.2015, Zugriff am 08.11.16.

<sup>42</sup> Vgl. CDU-Grundsatzprogramm „Freiheit und Sicherheit“ 2007, <https://www.cdu.de/grundsatzprogramm>, Zugriff am 08.11.16

bildet den Boden einer Leitkultur in Deutschland. Das Bekenntnis zur Leitkultur und die Identifikation damit ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Integration.“<sup>43</sup>

Das geltende Parteiprogramm verwendet den Begriff „Leitkultur“, die auf der europäischen und deutschen Geschichte aufbaue. Die Frage ist, ob die benannte Leitkultur den Islam einschließt. Eine Ergänzung des Parteiprogramms der CDU in dem Sinne, dass auch islamische Werte zur „Leitkultur“ in Deutschland gehören, gab es zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit noch nicht.

Im Dezember 2015 veröffentlichten Parteitagbeschluss "Zusammenhalt stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten" positioniert sich die CDU-Zentrale gegenüber MuslimInnen wie folgt:

„Muslime sind Teil Deutschlands. Die bei uns lebenden Muslime sind heute ein Teil Deutschlands. Dazu gehört inzwischen auch ein Islam, der auf der Basis unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung gelebt wird.“<sup>44</sup>

Die CDU ist ferner für die Fortsetzung der Deutschen Islam-Konferenz, "um das Verhältnis von Staat und Religion für den Islam zu gestalten". In dem Positionspapier spricht sie sich zudem für die Religionsfreiheit aus und wendet sich gegen die in letzter Zeit stark ansteigende Islamfeindlichkeit: „Die Freiheit der Religionsausübung der Muslime in unserem Land muss gegen antimuslimische Tendenzen auch in Zukunft nachdrücklich verteidigt werden.“

Die CDU-Bundeszentrale richtete im Jahr 2010 ein "Netzwerk Integration" ein, das seit 2014 von der muslimischen Bundestagsabgeordneten Cemile Giousouf geleitet wird. Neben Fragen der Migrations- und Integrationspolitik setzt das Netzwerk auch einen Schwerpunkt auf das Thema "Islam in Deutschland". Cemile Giousouf, forderte am 10.04.2015, die Debatte über den Islam neu auszurichten.

„Wie wir über den Islam sprechen, geht komplett an den Realitäten unseres Landes vorbei. Wir reden häufig davon, dass irgendetwas gescheitert sei, weil der islamistische Extremismus die größte Sicherheitsgefahr ist. Aber diese Verbindung ist komplett falsch.“

---

<sup>43</sup> CDU-Grundsatzprogramm „Freiheit und Sicherheit“ 2007, <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/080215-grundsatzprogramm-kurzfassung.pdf?file=1>, Zugriff am 16.05.2016

<sup>44</sup> CDU-Parteitagbeschluss Dezember 2015, [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/beschluss-kommission-gesellschaft\\_0.pdf?file=1](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/beschluss-kommission-gesellschaft_0.pdf?file=1), Zugriff am 16.05.2016

Vielmehr habe es Deutschland geschafft, über Jahrzehnte unterschiedliche Gruppen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf friedliche Art zu integrieren. Auch die muslimische Community sei sehr heterogen, die Debatte konzentriere sich jedoch immer nur auf Randgruppen. „Wir müssen vielmehr über die große Mehrheit sprechen – ohne die Probleme des Extremismus zu relativieren.“<sup>45</sup>

Dazu gehöre auch, dass die Muslime „sich noch stärker mit dem Problem des Extremismus auseinandersetzen, Konzepte entwickeln und proaktiv auf aktuelle Fragen reagieren. Sie können nicht so tun, als hätten diese Fragen nichts mit dem Islam zu tun“. Langfristig sei es auch wichtig, dass Imame, die in Deutschland Religion vermitteln, auch Deutsch sprechen und „dass nicht die Türkei mit am Tisch sitzt, wenn über muslimisches Leben in Deutschland verhandelt wird“.<sup>46</sup>

Im Juni 2015 kamen 30 CDU-Mitglieder zusammen, um sich Gedanken über das Thema Islam im Kontext der CDU zu machen. Im Zuge von Arbeitstreffen hatte sich herausgestellt, dass in der Union keine Plattform existiert, die politische Arbeit mit MuslimInnen macht. Bei einer internen Sitzung wurde daher die Initiative „Muslime in der Union (MidU) 2016 ins Leben gerufen.

- MidU versteht sich als eine Plattform für konservative Muslime in der CDU, die in ihrem Glauben keinen Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung sehen, sondern die Basis dafür, dass Menschen unterschiedlicher Überzeugungen einen festen Platz in unserem Land haben.
- MidU möchte die Meinung konservativer Muslime bei gesamtgesellschaftlichen Debatten einbringen und so zu einer gemeinsamen Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft beitragen.<sup>47</sup>

MidU will Positionspapiere erarbeiten und durch konstruktive Beiträge neue Impulse setzen, die zu mehr Begegnungen zwischen der muslimischen Zivilgesellschaft und der CDU beitragen. In seinen Reden betonte Cihan Sügür (Sprecher der MidU), dass es seit 60 Jahren muslimisches Leben in Deutschland gebe, aber der Islam in den letzten Jahren vermehrt als Problem dargestellt werde. Ein „herrschaftsfreier Diskurs“, wie ihn der Soziologe und

---

<sup>45</sup> Interview der Wochenzeitung „Das Parlament“, Ausgabe 10.04.2015, [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw16\\_interview\\_cemile\\_giousouf/368018](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw16_interview_cemile_giousouf/368018), Zugriff am 06.11.16.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Vgl. MidU, <http://www.muslimeinderunion.de>, Zugriff am 06.11.16.

Philosoph Jürgen Habermas fordere, sei so nicht möglich. Mit den „Muslimen in der Union“ wolle man zwischen der muslimischen Basis und der Mehrheitsgesellschaft vermitteln. Den konservativen MuslimInnen könne man so eine neue Perspektive auf die CDU aufzeigen und ihnen diese als politische Heimat vorstellen. In der nahen Zukunft müsse man gegen Widerstände von MuslimInnen und konservativen CDU-Mitgliedern arbeiten und denen die eigenen Ideen erklären.<sup>48</sup>

Unterstützung erhoffen sich die „Muslime in der Union“ dabei von Peter Tauber. Der CDU-Generalsekretär wünschte der Gründungsversammlung in Köln ein gutes Gelingen. Zu ihrer Gründungsversammlung lud „MidU“ unter anderem Vertreter des „Zentralrats der Muslime“ sowie von „DITIB“ (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) und „ATIB“ (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.) ein.<sup>49</sup>

### 3.2.2 Religionspolitisches Profil der CSU

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich Josef Müller bei der Gründung der CSU mit seiner Idee einer interkonfessionellen Volkspartei durch.<sup>50</sup> Die CSU formuliert ihre Wertorientierung im aktuellen Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 wie folgt:

„Die christlichen Werte geben der CSU Orientierung für die politische Gestaltung und die Motivation zum Einsatz für die Schöpfung, für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit. Die CSU geht vom christlichen Menschenbild und von der christlichen Wertordnung aus.“<sup>51</sup>

Die CSU ist seit vielen Jahren regierende Partei in Bayern, bei der Landtagswahl 2013 konnte sie wieder die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag stellen. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die CSU in Bayern ein Ergebnis von knapp 50%, damit lag der Anteil der CSU am Unions-Sieg bei 7,6 %. Dieses gute Ergebnis rechtfertigt die Präsenz der CSU als politische Vertretung Bayerns. Der typische CSU-Wähler ist älter, lebt häufiger auf dem Land und weist

---

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Vgl. taz, Ausgabe vom 03.07.2016, <http://www.taz.de/!5315424>, Zugriff am 06.11.16.

<sup>50</sup> Vgl. Schlemmer, Thomas: Bis an den Rand der Spaltung – Die Flügelkämpfe in der CSU 1945 – 1949, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden, 2007, S. 60 – 72.

<sup>51</sup> CSU-Grundsatzprogramm „Freiheit für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“ 2007, S. 179, [https://www.google.de/search?q=Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe\\_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA](https://www.google.de/search?q=Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA), Zugriff am 06.11.16.

eine größere Nähe zur Kirche auf als der Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>52</sup> Für die CSU ergibt sich keine Notwendigkeit, eine Änderung ihrer religionspolitischen Einstellungen vorzunehmen.

Zur Veranschaulichung der programmatischen Umsetzung des Verhältnisses zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CSU „Freiheit für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“ dient die untenstehenden Tabelle 2:

<b>Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CSU „Freiheit für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“, 2007</b>		
Rang	Thema	Prozentsatz
1	Religion in Verbindung mit –gemeinschaft, -freiheit, -unterricht	15
2	Kirche, Kirchen	9
3	Islam, islamisch, Islamismus, islamistisch	5

53

Tabelle 2: Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CSU<sup>54</sup>

2010 definiert CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt die deutsche Leitkultur als „das Christentum mit seinen jüdischen Wurzeln, geprägt von Antike, Humanismus und Aufklärung.“<sup>55</sup> Im Parteiprogramm der CSU (2007) taucht der Begriff „Leitkultur“ nur einmal auf. Die Bedeutung hängt für die CSU stark mit dem Bekenntnis zur deutschen Kulturnation zusammen. „Ihre Sprache, Geschichte, Traditionen und die christlich-abendländischen Werte bilden die deutsche Leitkultur“.<sup>56</sup>

2015 distanzierte sich die CSU von den Worten der Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzenden Merkel über die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer betonte als Reaktion darauf, dass für seine Partei vor allem

<sup>52</sup> Vgl. Sebaldt, Martin: Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU), in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 2. Aufl., 2013, Bonn, S. 222-232.

<sup>53</sup> CSU-Grundsatzprogramm „Freiheit für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“ 2007, [https://www.google.de/search?q=Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe\\_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA](https://www.google.de/search?q=Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA), Zugriff am 06.11.16.

<sup>54</sup> Quelle: Grundsatzprogramm 2007 der CSU: Freiheit für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten, S. 179, [https://www.google.de/search?q=Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe\\_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA](https://www.google.de/search?q=Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA), Zugriff am 06.11.16.

<sup>55</sup> Bayernkurier, Ausgabe 14.10.2015, <https://www.bayernkurier.de/inland/6650-grenzen-setzen>, Zugriff am 11.11.16.

<sup>56</sup> Vgl. CSU-Parteiprogramm 2007, [www.csu.de/common/migrated/csucontent/grundsatzprogramm.pdf](http://www.csu.de/common/migrated/csucontent/grundsatzprogramm.pdf), Zugriff am 08.11.16.

das "C" Orientierung und Verpflichtung sei. "Die Orientierung an den Werten des Christentums ist das geistige und kulturelle Fundament für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft". Basis von Weltoffenheit und Toleranz seien die christlich geprägte Tradition und Werteordnung. "Die deutsche Sprache, unsere kulturelle Identität und unsere christlich-abendländischen Werte bilden zusammen die deutsche Leitkultur." Einwanderer hätten sich daran zu orientieren.<sup>57</sup> Auch der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) stellte sich gegen die Worte der Kanzlerin. Muslime gehörten zwar zu unserer Gesellschaft, aber dass der Islam zu Deutschland gehöre, könne er nirgends erkennen. Der Islam ist kein prägendes, konstitutives Element der Identität unseres Landes".<sup>58</sup> Friedrich hatte sich bereits 2011 ähnlich geäußert, als der damalige Bundespräsident Christian Wulff gesagt hatte, der Islam gehöre zu Deutschland.

Im Juli 2015 wurde auf Initiative des CSU-Parteitag im Dezember 2014 der Arbeitskreis „Migration und Integration“ gegründet, der eine aktive Gesellschaftspolitik betreiben, Vorurteile abbauen und mehr Menschen mit Migrationsgeschichte an das politische Leben in Bayern heranführen soll. Der Arbeitskreis erarbeitet Positionspapiere auch zum Thema „Islam“.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Parteien CDU und CSU in ihrer Programmatik bis 2015 kaum auf die zunehmende religiöse Pluralität der Gesellschaft und auf Muslime in Deutschland reagieren. Religiöse Pluralität und Islamintegration sind nicht wirkstark für das Verständnis der Parteien vom Verhältnis zwischen Staat und Religion bzw. Politik und Religion, so dass sich die in ihren Gründungsintentionen festgelegte Interkonfessionalität weiterhin auf christliche und jüdische Religionen beschränkt.

Religionspolitik ist in den Grundsatzprogrammen von CDU und CSU von Bedeutung, das zeigen die Analysen (siehe Tabellen 1 und 2) mit den aufgeführten Fundstellen. Religionspolitische Themen treten stärker in den Wahlprogrammen in den Fokus, wenn aktuell auftretende Konfliktfälle Religion in den Fokus parteipolitischen Interesses rücken.

Das Kooperationsmodell wird von CDU und CSU nicht in Frage gestellt, die aufgrund der zunehmenden Pluralität anstehenden Reformen der Beziehungen zwischen Staat und Religion wurden bisher nicht auf die politische Agenda gesetzt.

---

<sup>57</sup> Die Zeit, Ausgabe 14.01.2015, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/islam-debatte-csu-cdu-merkel>, Zugriff am 06.11.16

<sup>58</sup> a.a.O.

### 3.2.3 Religionspolitisches Profil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Im „Erfurter Programm“ von 1891, Punkt 5, hatte die SPD ihr laizistisches Verständnis des Neutralitätsprinzips formuliert:

„Religion ist Privatsache und alle Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken sollen abgeschafft werden. Religiöse Gemeinschaften werden als private Vereinigungen angesehen.“<sup>59</sup>

Diese Formulierung wurde durch eine konziliantere im „Godesberger Programm“ ersetzt:

„Die SPD achtet den besonderen Auftrag der Kirchen und ihre Eigenständigkeit und bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.“<sup>60</sup>

Die im „Godesberger Programm“ 1959 zum Ausdruck gebrachte geänderte Einstellung, die die Akzeptanz von Religion im öffentlichen Raum beinhaltet, jedoch die Privilegierung bestimmter Religionen ausschließt, ist noch heute charakteristisch für das pluralistische Verständnis in der SPD zum Verhältnis von Staat und Religion. Helmut Schmidt hatte als Kanzler betont, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nicht beanspruchen könnten, „geistige Führung“ zu übernehmen. Die Sozialdemokraten forderten zum Teil sogar die Kirchen auf, in ihrem Wächteramt selber den Demokratisierungsprozess in der Gesellschaft zu fördern.<sup>61</sup> Die aktuellere Position aus dem Jahr 2000 ist: Die SPD hat sich von älteren ganzheitlichen Traditionen gelöst und anerkannt, dass „intermediäre Institutionen“ nötig sind, die sich zwischen den Staat und die bürgerliche Wirtschaftsgesellschaft schieben.<sup>62</sup> Auch innerhalb der Partei wird die zunehmende Bedeutung anderer Religionen als dem Christentum wahrgenommen.

---

<sup>59</sup> SPD „Erfurter Programm“, <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>, Zugriff am 26.06.16.

<sup>60</sup> SPD „Godesberger Programm“, [https://www3.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger\\_programm.pdf](https://www3.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger_programm.pdf), Zugriff am 26.06.16.

<sup>61</sup> Vgl. Fiebig, Udo: Die Rolle der Großkirchen in der Bundesrepublik Deutschland in sozialdemokratischer Sicht, in: Albertz: Die Rolle der Großkirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Neu-Isenburg, 1983, S. 197 – 199.

<sup>62</sup> Vgl. Grebing, Helga (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Essen, 2000, S. 1110.

Wolfgang Thierse äußerte sich wie folgt:

„Die SPD begreift sich als eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen und sich in der Verwirklichung sozialdemokratischer Reformpolitik verbunden wissen.“<sup>63</sup>

Zur Veranschaulichung der programmatischen Umsetzung des Verhältnisses zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der SPD „Hamburger Programm“ dient untenstehende Tabelle 3:

<b>Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der SPD „Hamburger Programm“ 2007</b>		
Rang	Thema	Anzahl
1	Religion in Verbindung mit –gemeinschaft, -freiheit, -unterricht	8
2	Kirche, Kirchen	7
3	Islam, islamisch, Islamismus, islamistisch, Muslime	2

Tabelle 3: Religionen, Kirche und Muslime als Begriffe im aktuellen Grundsatzprogramm der SPD<sup>64</sup>

Die gesellschaftlichen Änderungen in Bezug auf die Vielfalt der Religionen und insbesondere in Bezug auf die muslimischen Bürger fanden bei der SPD in folgenden Aktivitäten ihren Niederschlag:

Als erste Partei hat die SPD im Mai 2011 das Ziel formuliert, in ihren Führungsgremien eine Migrantenquote von 15% einzuführen, d. h. in jedem Führungsgremium der Partei soll mindestens eine Person mit Migrationshintergrund als Vollmitglied oder kooptiertes Mitglied vertreten sein. Die Landesverbände sollen dem Beispiel folgen.<sup>65</sup> Der Bundesvorstand nahm Kenan Kolat, Bundesvorstand der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Integration und Migration der SPD als kooptiertes Mitglied auf, er hat damit Rederecht, aber kein Stimmrecht. Der Vorstoß der Parteiführung kann auch als Reaktion

<sup>63</sup> Thierse, Wolfgang, zitiert nach Hering, Rainer: Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht? Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Bremen, 2011, S. 258.

<sup>64</sup> SPD-Grundsatzprogramm „Hamburger Programm“ 2007, <https://www.Grundsatzprogramm+SPD+Hamburger+Programm&ie=utf-8&oe=utf-8&>, Zugriff am 06.11.16.

<sup>65</sup> Vgl. DER SPIEGEL, Ausgabe 09.05.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-gabriel-drueckt-migrantenquote-durch-a-761572.html>, Zugriff am 08.11.16.

auf die Einstellung des Parteiausschlussverfahrens der SPD gegen den ehemaligen Finanzsenator und Ex-Bundesbankvorstand Theo Sarrazin gesehen werden, der mit seinen radikalen Thesen zur Integration von MuslimInnen eine heftige Debatte in der Partei ausgelöst hatte.

Anja Strieder, Sprecherin des SPD-Parteivorstands, erklärte, dass auch Muslime, die sich als SozialdemokratInnen verstünden, natürlich und selbstverständlich zur SPD gehörten. Im Februar 2014 hätten sich daher muslimische SPD-MitgliederInnen mit Unterstützung des Parteivorstands zu einem „Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ zusammengeschlossen. Der Arbeitskreis wird von Lydia Nofal, Tuba Işık, Selma Yıldız-İlkhan, Atila Ülger und Mohamed Ibrahim geleitet. Er setzt sich unter anderem zum Ziel, sich "für die Belange der Musliminnen und Muslime in Deutschland einzusetzen", ihnen eine Stimme zu geben, der "Muslimisierung" allgemeiner gesellschaftlicher und sozialpolitischer Probleme" entgegenzutreten und der Islamfeindlichkeit sowie antimuslimischem Rassismus entgegenzuwirken.<sup>66</sup>

Wie die Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Kerstin Griese, der Huffington Post mitteilte, habe die Partei folgenden Beschluss gefasst: "Wir sehen den Islam als friedliche Religion, die Teil unseres Landes und unserer Gesellschaft ist." Ferner weist Griese auf folgende Position der Fraktion hin, die unter dem Eindruck der Vorfälle in Paris im November 2015 beschlossen wurde:

"Insbesondere nach den brutalen Anschlägen in Paris [...] gibt es in der Bevölkerung große Sorgen und Verunsicherungen. Nun gilt es umso mehr, zusammenzustehen und sich von diesen menschenverachtenden Verbrechen nicht einschüchtern zu lassen. Dazu gehört auch, Islamfeindlichkeit in unserer Gesellschaft nicht zuzulassen."<sup>67</sup>

Griese beschreibt das Verhältnis zum Islam und MuslimInnen wie folgt: "dass wir uns nicht in einem Kampf zwischen Religionen und säkularer Gesellschaft und schon gar nicht in einer Auseinandersetzung zwischen dem Islam und dem Christentum befinden." Die allermeisten der vier Millionen in Deutschland lebenden MuslimInnen fühlten sich als Teil Deutschlands und

---

<sup>66</sup> Vgl. Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, [https://www3.spd.de/spd\\_organisationen/akms/materialien](https://www3.spd.de/spd_organisationen/akms/materialien), Zugriff am 06.11.16.

<sup>67</sup> Vgl. Huffingtonpost, [http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime\\_b\\_9819518.html](http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime_b_9819518.html), Zugriff am 06.11.16

orientierten sich an den Grundwerten der Bundesrepublik, wie etwa Demokratie und Pluralität. Griese, die in ihrer Funktion als Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften auch Ansprechpartnerin für MuslimInnen ist, erklärt, dass sie in ihrer Position in regelmäßigem Austausch mit muslimischen Verbänden stehe. Sie setzt sich dafür ein, dass das Staatskirchenrecht im Sinne eines Religionsverfassungsrechts weiterentwickelt wird. Dabei betont sie eine "grundgesetzliche Offenheit für alle Religionsgemeinschaften" sowie deren gesellschaftliche Gleichbehandlung. Außerdem erwähnt sie, dass die SPD mit Aydan Özoğuz die erste muslimische Staatsministerin in der Bundesregierung stelle. Özoğuz sei ebenfalls eine "wichtige Ansprechpartnerin für die Muslime in Deutschland".<sup>68</sup>

Für das grundlegende Interesse der SPD seit Gründung der Bundesrepublik an religionspolitischen Fragen spricht, dass in allen drei Grundsatzprogrammen der Thematik „Religion und Kirche“ jeweils ein eigenes Kapitel vorzufinden ist.

### **3.2.4 Religionspolitisches Profil der Partei DIE LINKE**

Linke bzw. sozialistische Positionen zur Religionspolitik verfolgten bisher immer die strikte Trennung von Staat und Kirche bzw. Politik und Religion.<sup>69</sup> Die Partei DIE LINKE setzt sich in ihren programmatischen Dokumenten ebenfalls für ein säkulares Trennungsmodell ein, sie ist die einzige Partei, die den Laizismusbegriff im Grundsatzprogramm aufführt und im Wahlprogramm 2013 das Prinzip befürwortet. Sie ist daher auch für eine Änderung des Kooperationsmodells. Ein Ausschluss der Religion aus dem öffentlichen Bereich wird bisher im Grundsatzprogramm nicht gefordert.

---

<sup>68</sup> Huffingtonpost, [http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime\\_b\\_9819518.html](http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime_b_9819518.html), Zugriff am 06.11.16

<sup>69</sup> Vgl. Klünemann, Clemens: Entweltlichung – oder die Trennung von Staat und Kirche, in: Christ in der Gegenwart, 3/2012, Freiburg, 2012, S. 34.

Zur Veranschaulichung der programmatischen Umsetzung des Verhältnisses zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE dient nachstehende Tabelle 4:

<b>Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm DIE LINKE 2011</b>		
Rang	Thema	Anzahl
1	Religion in Verbindung mit –gemeinschaft, -freiheit, -unterricht	12
2	Kirche, Kirchen	5
3	Islam, islamisch, Islamismus, islamistisch, Muslime	0

Tabelle 4: Religionen, Kirche und Muslime als Begriffe im aktuellen Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE.<sup>70</sup>

Christine Buchholz ist seit 2013 religionspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Ansprechpartnerin für muslimische Gemeinden und Verbände. Buchholz sieht mit Sorge einen wachsenden antimuslimischen Rassismus in Deutschland:

"Seit den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 und dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan, Irak und jetzt in Syrien, werden von Politikern und Medien Vorurteile gegen Muslime geschürt und generell Terrorunterstützung verdächtigt - auch um die Kriege zu rechtfertigen.“<sup>71</sup>

Thilo Sarrazins Buch sei ein "Dambruch für antimuslimischen Rassismus" gewesen. Sarrazin habe MuslimInnen zu Sündenböcken abgestempelt. Er unterstelle ihnen wahlweise Gewalttätigkeit, Rückständigkeit, Frauenfeindlichkeit und die Bildung von Parallelgesellschaften. Die Partei DIE LINKE habe "diese rassistischen Behauptungen" in der viel beachteten Broschüre "Thilo Sarrazins Rassismus und die Krise. Linke Argumente gegen rechte Hetze" widerlegt.<sup>72</sup> Buchholz erklärt, dass rechte Bewegungen und Parteien wie Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida), Alternative für

<sup>70</sup> Grundsatzprogramm DIE LINKE 2011, <https://www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke>, Zugriff am 06.11.16.

<sup>71</sup> Vgl. Huffingtonpost, [http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime\\_b\\_9819518.html](http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime_b_9819518.html), Zugriff am 06.11.16.

<sup>72</sup> Vgl. Huffingtonpost, [http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime\\_b\\_9819518.html](http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime_b_9819518.html), Zugriff am 06.11.16.

Deutschland (AfD), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und andere den Rassismus gegen MuslimInnen verwenden, um ihre Organisationen aufzubauen. Der antimuslimische Rassismus diene dabei als "Brücke" in die Mitte der Gesellschaft.<sup>73</sup>

Auf ihrem Parteitag am 15./16.05.2010 in Rostock wurde folgender Beschluss unter dem Titel "Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus" gefasst:

"[...] DIE LINKE tritt für Religionsfreiheit und gleiche Rechte für alle Religionen ein.

[...] DIE LINKE tritt gegen die Stilisierung des Feindbildes ‚Islam‘ ein und verteidigt das Recht auf freie Religionsausübung von MuslimInnen. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eigene Gebetshäuser, ob Synagogen, Moscheen oder Kirchen.

Wir stellen Muslime und ihre Gemeinden nicht unter Generalverdacht. Wir arbeiten mit ihnen wie mit allen Bündnispartnern bei politischen Kampagnen zusammen, bei denen wir übereinstimmen. In Bündnissen geben wir die Eigenständigkeit als Partei DIE LINKE nicht auf.

DIE LINKE ist eine Partei, in der alle Menschen Platz haben, die die Programmatik teilen - unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. In der LINKEN organisieren sich Atheistinnen und Atheisten und Anhängerinnen und Anhänger unterschiedlicher Religionen gemeinsam. [...]"<sup>74</sup>

Vertreter der Partei DIE LINKE haben sich an den bundesweiten Protesten gegen Moscheeangriffe im September 2014 beteiligt und Diskussionen zum "Feindbild Islam" veranstaltet. Buchholz verweist zudem auf eine Broschüre der Partei DIE LINKE zum Thema "Feindbild Islam, der neue Rassismus?"<sup>75</sup>, die anlässlich einer Podiumsdiskussion beim Kirchentag 2010 erschien. Die Publikation dokumentiere unter anderem die Positionen zum Feindbild Islam von Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, und Stephan Kramer, dem ehemaligen Generalsekretär des Zentralrats der Juden.

Buchholz räumt ein, dass auch Mitglieder ihrer eigenen Partei nicht frei von Vorurteilen gegenüber MuslimInnen seien. "Deshalb ist es wichtig, vor Ort aktiv Gemeinsamkeiten und

---

73 Ebd.

74 Vgl. DIE LINKE-Parteitagsbeschluss 16.05.2010, <https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/rostocker-parteitag-2010/beschluesse/fuer-solidaritaet-und-gegen-antimuslimischen-rassismus>, Zugriff am 06.11.16.

75 DIE LINKE-Parteibroschüre "Feindbild Islam, der neue Rassismus?", <https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/rostocker-parteitag-2010/beschluesse/fuer-solidaritaet-und-gegen-antimuslimischen-rassismus>, Zugriff am 10.11.16.

Anknüpfungspunkte zu suchen und aufeinander zuzugehen." Besonders wichtig sei ihr heute, dass "wir gemeinsame breite Bündnisse aufbauen gegen rechte Parteien, die Flüchtlinge und Muslime stigmatisieren und das demokratische Zusammenleben bedrohen".<sup>76</sup> Die NPD und auch die AfD wollten unter dem Deckmantel des Nationalkonservatismus zu einer neuen Sammelbewegung für Neonazis werden. "Das müssen wir gemeinsam verhindern", verlangt die Bundestagsabgeordnete.<sup>77</sup>

Das religionspolitische Profil der Partei DIE LINKE ist als konstant zu bezeichnen. Bereits die Vorgängerpartei „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ hatte 1990 die Bedeutung der Kirchen erkannt. Die Textstellen im letzten Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE zu den Begriffen „Religion“ und „Kirche“ sind so häufig, dass ein Interesse der Partei an religionspolitischen Fragen erkennbar ist. Auch im Wahlprogramm 2013 der Partei gibt es ein eigenes Kapitel zum Thema Religionsgemeinschaften.

Eine Änderung des Kooperationsmodells durch die Partei wurde konkret angestrebt am 02.04.2011 mit dem Antrag an den Bundestag zur Änderung des kirchlichen Arbeitsrechts „Grundrechte der Beschäftigten von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen stärken.“<sup>78</sup> Die Bundesregierung wurde aufgefordert, in einem Gesetzentwurf den generellen Ausschluss der Religionsgemeinschaften und ihrer karitativen und erzieherischen Einrichtungen von der Anwendbarkeit der einzelgesetzlichen Regelungen zum kollektiven Arbeitsrecht aufzuheben. Auch das Streikrecht müsse für diese Beschäftigten gesichert werden.

---

<sup>76</sup> Vgl. Huffingtonpost, [http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime\\_b\\_9819518.html](http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime_b_9819518.html), Zugriff am 06.11.16.

<sup>77</sup> Vgl. Huffingtonpost, [http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime\\_b\\_9819518.html](http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime_b_9819518.html), Zugriff am 06.11.16.

<sup>78</sup> Vgl. DIE LINKE, Antrag an den Bundestag „Grundrechte der Beschäftigten von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen stärken.“, BT Drs. 17/5523 2011.

### 3.2.5 Religionspolitisches Profil der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aufgrund der ursprünglich ökologisch-grünen Orientierung der Partei erlangten religionspolitische Themen erst Bedeutung im Laufe der programmatischen Weiterentwicklung der Partei. Dabei ist ein Spektrum zu verzeichnen von der Ablehnung der bestehenden staatskirchenrechtlichen Ordnung bis zur Interpretation des Kooperationsmodells auf Basis der Anerkennung religiöser Vielfalt. Nach der Wiedervereinigung strebt die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Neuordnung des Staatskirchenrechts an, Mitglieder aus dem Osten Deutschlands wollten den Kirchen ihre Unabhängigkeit garantieren, Mitglieder aus dem Westen Deutschlands wollten den Einfluss der Kirchen auf staatliches Handeln ausschließen. Der Wandel zur positiven Einstellung gegenüber dem Kooperationsmodell ist zum einen Koalitionsfragen in der Regierungszeit geschuldet, zum anderen auch dem Ziel, kirchennahe Wähler zu gewinnen.

Zur Veranschaulichung der programmatischen Umsetzung des Verhältnisses zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die Zukunft ist grün“ soll die untenstehende Tabelle 5 dienen:

<b>Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die Zukunft ist grün“, 2002</b>		
Rang	Thema	Anzahl
1	Religion in Verbindung mit –gemeinschaft, -freiheit, -unterricht	10
2	Kirche, Kirchen	7
3	Islam, islamisch, Islamismus, islamistisch, Muslime	2

Tabelle 5: Religionen, Kirche und Muslime als Begriffe im aktuellen Grundsatzprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<sup>79</sup>

<sup>79</sup> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN–Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist grün“, 2002, [https://www.google.de/search?q=%22Grundsatzprogramm+B%C3%BCndnis90&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe\\_rd=cr&ei=12YfWOyfGsKv8wfa7YuQCQ](https://www.google.de/search?q=%22Grundsatzprogramm+B%C3%BCndnis90&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=12YfWOyfGsKv8wfa7YuQCQ), Zugriff am 06.11.16.

Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist in besonderem Maße interessiert an der Integration muslimischer Bürger.<sup>80</sup> In dem im Juli 2012 unter dem Titel "Grüne Roadmap zur Gleichstellung und rechtlichen Integration des Islam" veröffentlichten und nach wie vor aktuellen Beschluss der Fraktion wird folgendes festgehalten:

"Die vier Millionen in Deutschland lebenden Menschen muslimischer Herkunft stellen fünf Prozent der Bevölkerung dar. Sie sind selbstverständlich Teil dieses Landes, seiner Kultur und Gesellschaft. Muslimas und Muslime möchten gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilhaben und sich aktiv einbringen: im karitativen und seelsorgerischen Bereich, in den Medien und in den Schulen. Daher unterstützen wir das Anliegen der Musliminnen und Muslime, Religionsgemeinschaft(en) im Sinne und nach den Regeln des Grundgesetzes zu bilden."<sup>81</sup>

Glaubensgemeinschaften, die eine Anerkennung im Rahmen der vom Religionsverfassungsrecht bereitgestellten Kooperationsformen mit dem Staat anstreben, müssten eine klare Position zur Achtung der Grundrechte, zu Fragen wie dem Austritt aus der Religionsgemeinschaft, zur Selbstbestimmung der Frau oder zur Nichtdiskriminierung von Homosexuellen aufweisen.<sup>82</sup>

Als religionspolitischer Sprecher der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war Volker Beck bis Anfang März 2016 Ansprechpartner seiner Partei für alle Religionsgemeinschaften in Deutschland. Er koordinierte die fraktionsinterne Projektgruppe „Gleichstellung und Rechtliche Integration des Islam“. Beck erklärte, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im engen Austausch mit den muslimischen Verbänden und Organisationen in Deutschland stünden.

Im November 2015 legten Cem Özdemir (Bundesvorsitzender der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Volker Beck das Positionspapier zur Religionspolitik in Deutschland vor: „Den Islam und anderen Religionen der Einwanderer ins deutsche Religionsverfassungsrecht integrieren – Gleiche Rechte für Muslime, Aleviten und Jeziden!“<sup>83</sup> In dem Papier positionieren sich beide äußerst kritisch gegenüber den konservativ-orthodoxen Islamverbänden.

---

<sup>80</sup> Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktionsbeschluss vom 26.06.2012 „Grüne Roadmap zur Gleichstellung und rechtlichen Integration des Islam in Deutschland“, [https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/.../Islam.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/.../Islam.pdf), Zugriff am 11.11.16.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Ebd.

<sup>83</sup> Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE-Positionspapier „Den Islam und anderen Religionen der Einwanderer ins deutsche Religionsverfassungsrecht integrieren – Gleiche Rechte für Muslime, Aleviten und Jeziden!“,

Medial wird der Inhalt des Papiers bereits als Abkehr von der bisherigen grünen Islampolitik und als eine Beendigung einer kritiklosen Unterstützung der Interessen der konservativen-orthodoxen Islamverbände bewertet. Eine Neuorientierung grüner Islampolitik habe begonnen, schreibt der „Humanistische Pressedienst“,<sup>84</sup> und die „Süddeutsche Zeitung“ erwähnt, dass Özdemir und Beck sich die Kritik vor allem liberaler Islamvereinigungen und der Aleviten zu eigen machten: „Vor allem liberal orientierte Muslime fürchten, dass die theologisch eher konservativen Verbandsvertreter den muslimischen Religionsunterricht und die Lehre an den Unis prägen, wenn sie erst einmal als Religionsgemeinschaft anerkannt sind.“<sup>85</sup>

Der bundesweite Arbeitskreis „Säkulare Grüne“ hatte bereits im Erfurter Beschluss vom 28.02.2015 betont, dass die meisten muslimischen Verbände gegenwärtig nicht die institutionellen Voraussetzungen als Religionsgemeinschaften und für die Anerkennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts besitzen. In einem Beschluss mit dem Titel „Selbstbestimmung statt Gruppenzwang“ heißt es:

„Es ist nicht Aufgabe des Staates, religiöse Traditionen um ihrer selbst willen zu konservieren. Er soll vielmehr den Rahmen gewährleisten, in dem sich Menschen selbstbestimmt in religiösen und weltanschaulichen Fragen orientieren und organisieren können. Die Garantie dieser Selbstbestimmung enthält auch die Garantie der Freiheit, sich von seiner Herkunftstradition zu distanzieren, sich gleichgültig zu ihr zu verhalten oder diese kritisieren zu können. Grundsätzlich verfehlt ist es, religiös-kulturelle Identitäten zu stärken, die die individuelle Emanzipation und das verträgliche Zusammenleben der Menschen eher behindern als fördern.“<sup>86</sup>

Es sieht danach aus, dass diese säkularen Positionen weit in die Partei hinein konsensfähig sind.

2006 gründeten Mitglieder mit muslimischen Wurzeln in der Partei einen Arbeitskreis "Ak grüne MuslimInnen". Der Arbeitskreis ist schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen tätig, Sprecherinnen und Sprecher sind Hasret Karaçuban und Ali Baş. Der Arbeitskreis will sich mit

---

November 2015, [http://www.saekulare-gruene.de/wp-content/uploads/2015/11/Özdemir\\_Beck\\_Islam-Papier.pdf](http://www.saekulare-gruene.de/wp-content/uploads/2015/11/Özdemir_Beck_Islam-Papier.pdf), Zugriff am 26.10.2016.

<sup>84</sup> Vgl. Humanistischer Pressedienst, Ausgabe 18.11.2015, <http://hpd.de/artikel/12440>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>85</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 17.11.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/islamverbaende-partner-des-staates-gesucht-1.2741188>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>86</sup> Vgl. Säkulare Grüne, Erfurter Beschluss vom 28.02.2015, <http://www.saekulare-gruene.de/gruene-islam-politik>, Zugriff am 10.11.16.

allen Fragen um das Thema Muslime befassen. Er erhebt den Anspruch, der Politik Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme anbieten zu können.

Religionspolitik gehört nicht zu den programmatischen Schwerpunktthemen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, findet aber zunehmend Interesse, was sich auch im Aufgreifen religionspolitischer Themen im Wahlprogramm 2013 widerspiegelt.<sup>87</sup>

### **3.2.6 Zusammenfassung**

Die untersuchten politischen Parteien in Deutschland vertreten offizielle Positionen in Bezug auf den Islam und die Muslime in Deutschland. Auf der operativen Ebene zeigt sich die Bedeutung und Bezug darin, dass alle untersuchten Parteien einen direkten Ansprechpartner oder einen Beauftragten für Religionsgemeinschaften haben. Das Themenfeld findet außer in den Grundsatzprogrammen auch Erwähnung in Parteitags- und Programmbeschlüssen. Des Weiteren engagieren sich muslimische Parteimitglieder und Mandatsträger in speziellen Plattformen und Arbeitsgemeinschaften in ihren jeweiligen Parteien. Kontakte und Kooperationen mit islamischen Organisationen oder muslimischen Multiplikatoren sind ebenfalls, wenn auch meist nur sporadisch, vorhanden.

Die untersuchten Parteien haben im Kalkül, dass sie mit Hilfe der Wahlstimmen von deutschen MuslimInnen Urnengänge für sich entscheiden, Koalitionen eingehen oder etwa die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde von rechtsgerichteten Neugründungen von Parteien evtl. verhindern könnten. Im Fall der AfD gelang dies bei den Wahlen zum Europaparlament 2014 und zu verschiedenen Landesparlamenten in 2014 und 2015 nicht.

Die nachfolgende Abbildung 5 zeigt die Wahlergebnisse der AfD bei den letzten Wahlen im Detail.

---

<sup>87</sup> Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Grünes Wahlprogramm 2013, <https://www.gruene.de/partei/gruenes-wahlprogramm-2013.html>, Zugriff am 06.11.16.

Wahl	Datum	Prozentualer Anteil		Stimmenanzahl	
		Anteil	Gewinn Verlust	Stimmen	Gewinn Verlust
<b>Bundestag</b>	22.09.2013	4,7%	+4,7%	2.056.985	+2.056.985
<b>Hessen</b>	22.09.2013	4,1%	+4,1%	126.906	+126.906
<b>Europäisches Parlament</b>	25.05.2014	7,1%	+7,1%	2.070.014	+2.070.014
<b>Sachsen</b>	31.08.2014	9,7%	+9,7%	159.611	+159.611
<b>Brandenburg</b>	14.09.2014	12,2%	+12,2%	120.077	+120.077
<b>Thüringen</b>	14.09.2014	10,6%	+10,6%	99.545	+99.545
<b>Hamburg<sup>1</sup></b>	15.02.2015	6,1%	+6,1%	214.833	+214.833
<b>Bremen<sup>2</sup></b>	10.05.2015	5,5%	+5,5%	64.368	+64.368

Abb.: Wahlergebnisse der AfD bei den letzten Wahlen zu Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament<sup>88</sup>

Seit 1990 trat mit dem Fall des Ostblocks eine Lücke auf für Feindbilder der extremen Rechten. Bei rechtsextremen Gruppierungen war eine Verlagerung von generell rassistischen Aussagen auf islamfeindliche Positionen festzustellen.

Die Partei AfD nutzt das „Feindbild Islam“ als Funktion für die Inszenierung und Konstruktion eines bedrohten Abendlands, wenn sie z. B. auf die Belagerung Wiens durch das Osmanische Reich im 16. Und 17. Jahrhundert erinnert.

Die für den europäischen Kontext bedeutsame Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh 2004 und die Anschläge des 11. Septembers 2001 in New York haben Verschwörungstheorien von einem angeblich bedrohten Abendland dynamisiert.

Die Feindschaft gegen den Islam ermöglicht es rechten Parteien, einen transnationalen Lernprozess zu formulieren, z. B. mit der Frage, wie man Kampagnen gegen Moscheebauten initiiert. An diesen Kampagnen lässt sich das Feindbild Islam konkretisieren.

Muslimische Formationen von Parteien auf Bundesebene haben in Deutschland zur Zeit noch wenig Chancen, was auch darin begründet sein kann, dass Politiker mit islamischer Identität einen Platz in einer der großen Parteien finden können. Ob diese Situation langfristig bestehen bleibt, wird auch davon abhängig sein, wie sich die deutschen Parteien in Zukunft gegenüber dem Islam und den MuslimInnen in Deutschland positionieren. Menschen mit islamischer Identität können nach Ansicht der Verfasserin dabei behilflich sein, den Horizont und das

<sup>88</sup> Quelle: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/211108/afd>, Zugriff am 06.11.16

Wissen um den Islam und von den MuslimInnen in den Parteien mitzugestalten und zu erweitern. Die deutsche Politik braucht noch mehr engagierte Muslime, die unser Land mitformen und verbessern.

### **3.3 Interessenvertretungen der MuslimInnen in Deutschland**

Bereits seit den 1920er Jahren gibt es in Deutschland einen sogenannten „organisierten Islam“, anfangs nicht als politische Interessenvertretung, sondern mit dem Wunsch nach Gesellschaft von Gleichgesinnten. Muslime wollten ein „ganz normales“ Vereinsleben und eine Moschee für das Gebet.<sup>89</sup>

Auf die politische Agenda kamen die Interessen eines „organisierten Islams“ in Deutschland ab Mitte der 1990er Jahre, als muslimische Verbände ihre Anerkennung und Gleichstellung mit den etablierten Kirchen einforderten. Ein wichtiges Thema ist nach wie vor beispielsweise die Legalisierung religiöser Traditionen. In den letzten Jahren konnten Ausnahmen vom Tierschutzgesetz erreicht werden, um das rituelle Schächten von Tieren zu erlauben. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Institutionalisierung islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen, was zur Frage der staatlichen Lehrerausbildung führt, die auf Länderebene geregelt wird. Die deutliche Unterprivilegierung der MuslimInnen in Deutschland zeigt sich insbesondere bei der Bildungsbeteiligung, beim Berufsstatus und bei den Einkommensindikatoren.

Der Islam hat nach Einschätzung Dirk Halms noch keine stabile gesellschaftliche Verankerung in Deutschland:

„Ich denke, dass der Islam sich in einer etwas paradoxen Situation befindet, nämlich zwischen einer selbstverständlichen Herkunftslandorientierung, die in vielen Gemeinden vorherrscht, und der Tatsache, dass die bestehenden Verbände unabdingbar sind für muslimisches Leben in Deutschland wie auch die meisten traditionell orientierten Moscheegemeinden, weil sie einfach Infrastruktur vorhalten, zu der es keine Alternativen gibt. Ich sehe aber auch, dass diese Organisationen unter Nachwuchsproblemen leiden, die man nicht wegdiskutieren kann. Und es scheint mir in der Tat so zu sein, als würden innermuslimische Konflikte aufbrechen, die den Islam wiederum schwächen – zwischen denjenigen,

---

<sup>89</sup> Lemmen, Thomas: Islamische Organisationen in Deutschland, Bonn, 2000, S. 18.

die sich in erster Linie als europäische Muslime sehen, und diejenigen, die sich noch als Muslime mit bestimmten Bindungen in bestimmte Herkunftsländer definieren“.<sup>90</sup>

MuslimInnen in Deutschland sind keine Gruppe mit einem ausgeprägt „islamischen“ Gruppenbewusstsein, sie stehen in familiären oder nachbarschaftlichen Assoziationszusammenhängen nebeneinander. Es gibt z. B. keinen einheitlichen Migrationshintergrund, sie sind aus unterschiedlichen sprachlichen und ethnischen Gruppen. MuslimInnen in Deutschland haben keinen zentralen Repräsentanten. In Deutschland existieren keine zuverlässigen Daten zur Mitgliedschaft der MuslimInnen in islamischen Vereinen und Verbänden, was die Frage der Repräsentation durch und Legitimität von Verbänden aufwirft.

Die islamischen Verbände sind als eingetragene Vereine nach deutschem Recht anerkannt und verpflichten sich dadurch auf demokratische Prozeduren der Willensbildung, wodurch sie auch für andere in anerkannter Weise einen gemeinsamen politischen Willen herstellen. Allerdings gibt es über die verbandsinternen Willensbildungen in muslimischen Organisationen kaum Erkenntnisse. Die Interessenvertreter müssen oft um Anerkennung sowohl von Seiten der politischen Entscheidungsträger als auch von ihrer Basis kämpfen. Im Bild der Öffentlichkeit sind sie Repräsentanten des „Islams“. In den Medien werden sie häufig darum gebeten, islamistische Selbstmordattentate zu erklären, sie stehen damit unter dem öffentlichen Druck, sich selbst zu rechtfertigen und sich von einem radikalen Islam zu distanzieren. Hierin wird ein Aspekt von Stellvertretung deutlich. „Durch Stellvertretung werden Menschen für Taten verantwortlich, die sie gar nicht begangen haben.“<sup>91</sup>

Für die gesellschaftspolitische Wirksamkeit als AkteurInnen der Islamintegration in Deutschland ist bedeutend, für wen die einzelnen Verbände sprechen. Mitgliederzahlen sagen nur wenig über die tatsächliche Reichweite eines Verbandes aus. Der bisherige Kenntnisstand zeigt, dass die großen Verbände die Organisation der MuslimInnen weder vollständig dominieren noch als unbedeutender Faktor einzuschätzen sind. Für die Repräsentanten der islamischen Verbände ergeben sich doppelte Loyalitäten. Einerseits sind sie Repräsentanten der Interessen und Bedürfnisse ihrer Mitglieder. Um diese Interessen zu wahren, müssen sie sich

---

<sup>90</sup> Halm, Dirk: Eine andere Art Agendasetting. Interview mit Dr. Dirk Halm über den deutschen Islam-Diskurs, in: Islamische Zeitung, Ausgabe 24.10.2008, IZ Medien, Berlin.

<sup>91</sup> Sofsky, Wolfgang/Paris, Rainer: Figurationen sozialer Macht: Autorität, Stellvertretung, Koalition, Suhrkamp, Frankfurt, 1994, S. 161.

im Diskurs mit der Politik positionieren und versuchen, die politischen Debatten im Sinne ihrer Mitglieder zu beeinflussen. Andererseits erwarten Politiker von ihnen, dass sie sich an ihre Rolle als Ansprechpartner der Politik anpassen.

Die islamischen Verbände werden sich auch der Frage nach den Folgen des Wandels von der 1. Generation der EinwandererInnen zur 4. Generation deutscher MuslimInnen stellen müssen. Mit dem Heranwachsen der Nachfolgegenerationen werden sich die Erwartungen an die Verbände und ihre Repräsentanten verändern.

Um die Bandbreite der Interessenvertretung aufzuzeigen, sind drei der in der aktuellen DIK vertretenen Dach- und Spitzenverbände nachfolgend (in alphabetischer Reihenfolge) kurz dargestellt:

### **Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. (AABF)**

Von den circa 500.000 Aleviten in Deutschland, die rund 13 Prozent der hier lebenden Muslime ausmachen, sind etwa 10 Prozent in religiösen Vereinen organisiert. Zudem bezeichnen sich zwei Drittel der Aleviten in Deutschland selbst als Muslime.<sup>92</sup> Die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. (AABF) tritt als Dachverband von 120 alevitischen Ortsgemeinden in Deutschland auf. Der in Köln ansässige Verband wurde 1989 gegründet. Vorstandsvorsitzender ist Hüseyin Mat. In Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ist die AABF bereits als Religionsgemeinschaft anerkannt. Anträge zur Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts hat die AABF in Berlin und Nordrhein-Westfalen gestellt. Überdies hat der Hamburger Senat 2012, neben DITIB und VIKZ, einen Vertrag mit der AABF zur Anerkennung als Religionsgemeinschaft nach Art. 140 GG unterzeichnet. Aufgrund dieses Vertrages sind die Alevitischen Gemeinden Partner des Senats unter anderem in religiösen Angelegenheiten wie z.B. für den „Religionsunterricht für alle“ (Rufa) oder die „Religiöse Betreuung in besonderen Einrichtungen“.<sup>93</sup> In Bremen und Niedersachsen werden ähnliche Verträge angestrebt. Die AABF setzt sich u. a. für die Einführung alevitischen Religionsunterrichts an Schulen und die Etablierung der alevitischen Glaubenslehre an deutschen Hochschulen ein. An der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg wurde im Wintersemester 2015/16 zum ersten Mal in Deutschland der neue Studiengang „Alevitische Religion für das Lehramtsstudium“ begonnen. Ein weiteres Ziel ist die Förderung des interreligiösen Dialogs. Die AABF setzt sich

---

<sup>92</sup> Vgl. Studie der DIK „Muslimisches Leben in Deutschland“, 2009, [https://www.bmi.bund.de/cae/.../vollversion\\_studie\\_muslim\\_leben\\_deutschland\\_.pdf](https://www.bmi.bund.de/cae/.../vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf), Zugriff am 11.11.16.

<sup>93</sup> Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V., [www.hamburg.de/contentblob/3551366/data/download-alevitische-gemeinde.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/3551366/data/download-alevitische-gemeinde.pdf), Zugriff am 10.11.16

für einen „grundlegenden und weitreichenden Wandel [...] hin zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland“ ein, die es „in Anerkennung der Gleichheit und Verschiedenheit der Menschen erst gar nicht zur Ausgrenzung kommen lässt.“<sup>94</sup>

Religionspolitisch positioniert sich die AABF wie folgt:

„Religionsfreiheit beinhaltet auch die Freiheit des Werbens für die eigene Religion, aber auch die des Religionswechsels. Die Alevitische Gemeinde Deutschlands hat sich in einem Grundsatzpapier eindeutig und ohne wenn und aber für die freie Konversion ausgesprochen, hier in Deutschland, aber auch in der Türkei. [...] Die Aleviten verstehen sich in diesem Sinne auch das aus freier Entscheidung erfolgte Aufgehen in der Mehrheitskultur als Teil der individuellen Menschenrechte und erteilen damit jedem unkritischen und blinden Kulturromantizismus und Kulturchauvinismus eine Absage.“<sup>95</sup>

### **DITIB Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.**

DITIB bezeichnet sich als „heute die mitgliederstärkste Migrantenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland“ und vertritt nach eigenen Angaben „70% der in Deutschland lebenden Muslime.“<sup>96</sup> Sie hat etwa 900 Ortsgemeinden. Vorsitzender ist seit August 2014 Nevzat Yaşar Aşıkoğlu. DITIB, die ihren Geschäftssitz in Köln hat, wurde 1984 auf Initiative des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı, kurz Diyanet) gegründet. Die DITIB entsendet aus der Türkei hauptamtliche Hodschas als Gemeindeleiter und Vorbeter. DITIB ist nach Satzung an Diyanet angebunden, die dem türkischen Ministerpräsidenten angegliedert ist.

DITIB will die Religion und die kulturellen Traditionen der in Deutschland lebenden Türken bewahren. Ihrem Selbstverständnis nach ist DITIB eine überparteiliche Organisation, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bekennt und mit ihrer Arbeit einen Beitrag zur Förderung von Völkerverständigung und Toleranz beiträgt.<sup>97</sup>

Auch in den DITIB-Gemeinden zeigt sich der Wandel von der ersten Generation der Einwanderer zur vierten Generation. Über die Hälfte der Gemeindevorsitzenden und Gemeindebesucher entstammen der zweiten und dritten in Deutschland lebenden Generation

---

<sup>94</sup> Vgl. AABF, <http://www.alevi.com/de/wir-ueber-uns/selbstdarstellung>, Zugriff am 07.11.16.

<sup>95</sup> AABF, <http://alevi.com/de/die-rede-von-pd-dr-aguicenoglu-anlaesslich-der-eroeffnungsfeier-an-der-ph-weingarten>, Zugriff am 07.11.16.

<sup>96</sup> DITIB, <http://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=8&lang=de>, Zugriff am 07.11.16.

<sup>97</sup> Vgl. DITIB, <http://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=9&lang=de>, Zugriff am 07.11.16

Die DITIB verfügt über ein breites Tätigkeitsspektrum, sie ist Trägerin von Integrationskursen und bietet zahlreiche Bildungs-, Sport- und Kulturangebote an. Die Länder Hamburg und Bremen haben 2012 bzw 2013 Verträge mit DITIB-Landesverbänden, der Schura und dem Verband der islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ) geschlossen.<sup>98</sup> In Hessen wurde der DITIB-Landesverband als Religionsgemeinschaft anerkannt. Auch in anderen Bundesländern laufen Verhandlungen zu vergleichbaren Verträgen mit DITIB- Landesverbänden.

### **Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD)**

1994 wurde der Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD) gegründet. Unter dem Vorsitz von Aiman Mazyek zählt der in Köln ansässige Dachverband heute etwa 300 Moscheengemeinden, circa 15.000 - 20.000 Mitglieder und 24 Mitgliedsorganisationen. In Nordrhein-Westfalen wird zurzeit geprüft, ob der ZMD die Voraussetzungen für eine Religionsgemeinschaft erfüllt. Die im ZMD gebündelten Organisationen sind besonders heterogen, unter anderem finden sich hier Organisationen von Konvertiten, frankophone Muslime und Organisationen mit Bezug zu arabischen und nordafrikanischen Ländern.

Nach Selbstdarstellung des ZMD ist die wichtigste Aufgabe „das muslimische Leben und die islamische Spiritualität in Deutschland zu fördern und den MuslimInnen die Ausübung ihrer Religion zu ermöglichen und zu erleichtern.“<sup>99</sup>

### **3.4 Deutsche Islam Konferenz (DIK)**

Der mangelnden parlamentarischen Repräsentation von MuslimInnen wurde versucht entgegenzuwirken durch Einrichtung der DIK im September 2006 auf außerparlamentarischer Ebene. Die DIK wird federführend vom Bundesministerium des Innern (BMI) betreut, das für die Beziehungen zu den religiösen Gemeinschaften in Deutschland auf der Ebene des Bundes verantwortlich ist.

Die DIK hatte bei Gründung zwei Leitmotive:

- Verbesserung der religionsrechtlichen Integration der MuslimInnen in Deutschland,
- Verbesserung der gesellschaftlichen Integration der MuslimInnen in Deutschland auf der Grundlage des Grundgesetzes und seiner Werteordnung.

---

<sup>98</sup> Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB-Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren, [www.hamburg.de/contentblob/3551370/data/download-muslim-verbaende.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/data/download-muslim-verbaende.pdf), Zugriff am 10.11.16.

<sup>99</sup> Vgl. ZMD, <http://zentralrat.de/2594.php>, Zugriff am 07.11.16

Zuvor hatte am 14.06.2006 auf Einladung der Bundeskanzlerin der „Nationale Integrationsgipfel“ stattgefunden. Während dieser sich mit den alle ZuwanderInnen betreffenden Fragen der Integration beschäftigen sollte, war die Idee zur DIK, ein besonderes Forum zu schaffen für die Erörterung der spezifischen Fragen für MuslimInnen. Die zeitliche parallele Einberufung der beiden Gremien „Nationaler Integrationsgipfel“ und DIK zeigt, dass die Bundesregierung eine thematische Trennung zwischen Migrations- und Integrationspolitik auf der einen und Islampolitik auf der anderen Seite initiieren wollte. Der damalige Bundesinnenminister Schäuble nahm hierzu am 28.09.2006 wie folgt Stellung:

„Aufgabe dieser Deutschen Islamkonferenz soll es sein, eine Lösung der Probleme des Zusammenlebens gemeinsam und im Dialog mit den in Deutschland lebenden Muslimen zu suchen. Es ist viel darüber diskutiert worden, was der Unterschied zwischen der **Deutschen Islamkonferenz** und dem **Integrationsgipfel** sei und ob man sie nicht verbinden könne. Natürlich gibt es eine enge Verbindung zwischen der Integration der Muslime und dem Dialog mit den Muslimen; beides hat viel miteinander zu tun. Trotzdem stehen beim Integrationsgipfel und dem entsprechenden Prozess die Fragen aller in Deutschland lebenden Menschen, die aus vielerlei Gründen nach Deutschland gekommen sind, im Vordergrund, während wir uns in der Deutschen Islamkonferenz ausschließlich mit dem Islam und mit den Muslimen beschäftigen.

Im Übrigen unterhält unser Staat geregelte Beziehungen zu den Kirchen. Viele Muslime erwarten zu Recht, dass so ähnlich, wie der Staat Beziehungen zu den christlichen Kirchen und zur jüdischen Gemeinschaft unterhält, er auch Beziehungen zu den Muslimen entwickelt - was insofern komplizierter ist, als die Muslime nicht so verfasst sind wie die christlichen Kirchen. Einen Anstoß zu geben, miteinander zu diskutieren, ist einer der wesentlichen Beweggründe für die Islamkonferenz und einer der Gründe, warum wir uns entschlossen haben, dafür einen eigenen Prozess ins Leben zu rufen.“<sup>100</sup>

---

<sup>100</sup> Regierungserklärung des damaligen Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, zur Deutschen Islam Konferenz vor dem Deutschen Bundestag am 28. September 2006 in Berlin, <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Service/Bottom/RedenInterviews/Reden/20060928-regerkl-dik-perspektiven.html>, Zugriff am 07.11.16.

Die Leitfrage in der kritischen Auseinandersetzung mit der DIK als Repräsentationsforum lautet: „Wer spricht eigentlich für wen und wie kann gewährleistet werden, dass möglichst alle Gruppen einbezogen werden?“

Die DIK ist für die muslimischen Verbände das Forum, ihre Forderungen auf Bundesebene zu artikulieren. Die Einrichtung der DIK steht auch im Zusammenhang und als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die damit verbundenen sicherheitspolitischen Aspekte. Im Hinblick auf die teilnehmenden Personen verfolgte die erste DIK einen „inkluisiven Ansatz“<sup>101</sup> mit dem Ziel, „die verschiedensten Facetten der muslimischen Lebenswirklichkeit in unserem Land“<sup>102</sup> abzubilden.

„Aufgabe dieser Deutschen Islamkonferenz soll es sein, eine Lösung der Probleme des Zusammenlebens gemeinsam und im Dialog mit den in Deutschland lebenden MuslimInnen zu suchen. Diskussionswürdig ist die Frage, was der Unterschied zwischen der Deutschen Islamkonferenz und dem Integrationsgipfel ist und ob man sie verbinden sollte. Beim Integrationsgipfel stehen Fragen aller in Deutschland lebenden Menschen, die aus vielerlei Gründen nach Deutschland gekommen sind, im Vordergrund, während man sich in der Deutschen Islamkonferenz ausschließlich mit dem Islam und mit den Muslimen beschäftigt.“<sup>103</sup>

Demzufolge wollte man in der Zusammensetzung der muslimischen TeilnehmerInnen die Bandbreite des Islams und der MuslimInnen in Deutschland widerspiegeln. Für den „organisierten Islam“ wurden Vertreter folgender Verbände eingeladen: DITIB, ZMD, VIKZ, Islamrat, AABF, später auch der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM) beteiligt, der 2007 neu entstanden war. Zusätzlich wurden zehn Einzelpersonen als VertreterInnen der nicht-organisierten Muslime eingeladen. Bei der DIK II (2009 – 2013) wurde der Islamrat ausgeschlossen aufgrund strafrechtlicher Ermittlungen gegen einzelne Mitglieder. Als Reaktion hierauf blieb auch der ZMD den Sitzungen fern. Neue Teilnehmer waren der Zentralrat der Marokkaner in Deutschland (ZMaD), die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken (IGBD) und die Türkische Gemeinde Deutschland (TKD).

---

<sup>101</sup> Vgl. Busch, Reinhard/Goltz, Gabriel: Die Deutsche Islam Konferenz – Ein Übergangsformat für die Kommunikation zwischen Staat und MuslimInnen in Deutschland, in: Politik und Islam, 2011, Wiesbaden, S. 32.

<sup>102</sup> Schäuble, Wolfgang: Deutsche Islam Konferenz – Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft. Regierungserklärung zur Deutschen Islam Konferenz vor dem Deutschen Bundestag am 28. September 2006, Berlin, <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Service/Bottom/RedenInterviews/Reden/20060928-regerkl-dik-perspektiven.html>, Zugriff am 20.10.2016

<sup>103</sup> Ebd.

Bundesinnenminister Schäuble hatte im Jahr 2006 die DIK ins Leben gerufen. Mit den Worten „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft“ klang das für einen Unions-Innenminister äußerst progressiv und die Erwartungen waren groß, sie konnten nicht erfüllt werden.

In der zweiten Phase seit 2009 erlebt die DIK eine Abwertung, die von vom damaligen Bundesinnenminister Friedrich selbst vorangetrieben wurde. Dieser sprach dem Islam ab, ein Teil Deutschlands zu sein. Doch wer die Aussage Schäubles in Frage stellt, düpiert nicht nur den früheren Bundesinnenminister sowie den früheren Bundespräsident Wulff, der diese Aussagen am 3. Oktober 2010 sinngemäß wiederholte, er bricht damit den Gründungskonsens der DIK auf. In diese Richtung können die Äußerungen des früheren Bundesinnenministers Friedrich verstanden werden, aus der Historie lasse sich nirgends belegen, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Eine Ausflucht in die Geschichte vorzunehmen, um die multireligiöse Realität und die Anliegen der MuslimInnen nicht wahrnehmen zu müssen, zeugt von Dialogverweigerung und disqualifizierte Friedrich als Gastgeber der DIK.

In der dritten Phase seit 2014 wurde zur DIK III auch die Ahmadiyya-Gemeinde und die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland e.V. (IGS) eingeladen, muslimische Einzelpersonen dagegen nicht mehr. Stattdessen werden ExpertInnen und PraktikerInnen in Abstimmung mit allen Beteiligten eingeladen. Sie sollen ihren Standpunkt zu den jeweils zu behandelnden Themen einfließen lassen und damit einen Beitrag dazu leisten, möglichst praxisnahe Ergebnisse zu erzielen. Als Vertreter des Staates haben sich die Verhältnisse zugunsten der VertreterInnen der Länder und Kommunen verschoben. In der ersten Phase der DIK wurde der Bund durch sechs Ministerien und zwei Beauftragte vertreten, die Länder durch vier und die Städte durch drei VertreterInnen. Seit 2010 nehmen nun sechs LändervertreterInnen teil und die kommunale Ebene wird durch VertreterInnen einzelner Städte/Landkreise repräsentiert.

Die wichtigsten Vorhaben der Deutschen Islam Konferenz für die 18. Legislaturperiode liegen auf zwei Themenkomplexen:

- Wohlfahrtspflege und gesellschaftliche Teilhabe,
- Religionsausübung und religionsrechtliche Teilhabe.

Die DIK hat eine zweigeteilte Struktur. In der ersten Phase gab es als zentrales Organ das Plenum, das einmal im Jahr einberufen wurde und in dem 15 staatliche Vertreter und 15 Vertreter der MuslimInnen in Deutschland zusammenkommen. Auf der zweiten Ebene gab es drei Arbeitsgemeinschaften und einen Gesprächskreis. In den Jahren 2009 – 2013, der zweiten Phase der DIK, wurden die Arbeitsgemeinschaften und der Gesprächskreis ersetzt durch einen „Zentralen Vorbereitungsausschuss“, der in einem Rhythmus von zwei bis drei Monaten tagte.

Das Plenum wurde durch Lenkungsausschüsse ersetzt, den Lenkungsausschüssen gehören auf staatlicher Seite VertreterInnen des Bundes, der Länder und Kommunen an. Auf muslimischer Seite sind Vertreter ihrer Dachverbände und Migrant\*innenorganisationen ständige Mitglieder. Zu Sitzungen des Lenkungsausschusses können einvernehmlich nicht-ständige Teilnehmer eingeladen werden.

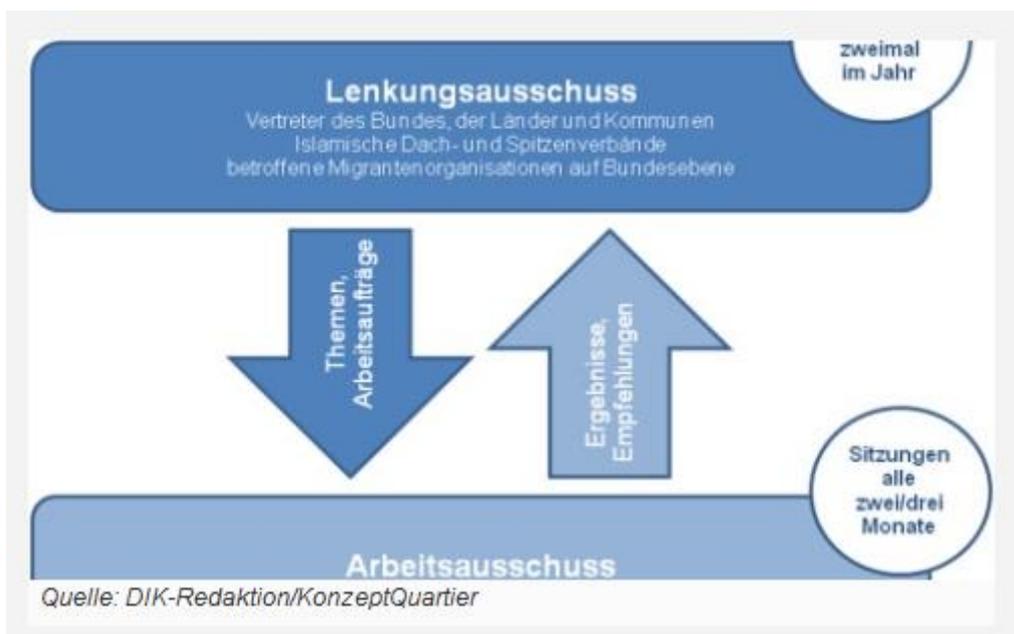


Abb.: Schematische Darstellung der Struktur der DIK III<sup>104</sup>

Die DIK als außerparlamentarisches Forum hat als Format der Repräsentation muslimischer Interessen zwei maßgebliche strukturelle Herausforderungen:

- zum einen entscheidet das Bundesinnenministerium über die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen,

<sup>104</sup> Quelle: DIK-Redaktion/KonzeptQuartier

- zum anderen beansprucht die Konferenz durch die Mitwirkung eines großen Spektrums muslimischer Verbände einen hohen Grad muslimischer Repräsentation zu erreichen.

Die DIK kann keine legislativen oder exekutiven Aufgaben übernehmen, daraus ergibt sich auch die Kritik des geringen Maßes an Verbindlichkeit ihrer Arbeit und der Mangel an der Umsetzung der Empfehlungen. Sie kann mit ihren Empfehlungen nur realpolitische Wirkung entfalten, wenn diese von Akteuren und Dritten auf Länderebene berücksichtigt und umgesetzt werden. Die Themen der Sitzungen der DIK wie religiöse Praktiken an den Schulen, Imamausbildung, Islamismus und Sicherheit fallen in die Gesetzgebungskompetenz der Länder.<sup>105</sup> Auch die Zuständigkeit für die Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts<sup>106</sup> und die Gewährung von Religionsunterricht<sup>107</sup> liegt bei den Ländern. Die DIK kann eine Anerkennung nicht selbst herbeiführen.

Die Arbeit der DIK zeigt, dass aufgrund der föderalen Ausprägung des deutschen Religionsverfassungsrechts die Länder die bedeutenden „Kooperationspartner der Religionsgemeinschaften“ sind und sich hieraus die Notwendigkeit klarer Vertretungsstrukturen der MuslimInnen auf Länderebene ergibt. Das Leitungsgremium der DIK hat keine Entscheidungskompetenzen, es kann nur Empfehlungen und Stellungnahmen abgeben. Das bedeutet für die muslimischen Verbände, dass eigenständige Landesstrukturen aufgebaut werden müssen. Eine solche strukturelle Ausrichtung auf Länderebene hatte z. B. für DITIB in Hessen den Erfolg, dass der dortige Landesverband 2013 als Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG anerkannt wurde.<sup>108</sup>

---

<sup>105</sup> Vgl. Art. 70 Abs. 1 GG; Art 73f. GG.

<sup>106</sup> Vgl. nach Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 WRV.

<sup>107</sup> Vgl. nach Maßgabe von Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG.

<sup>108</sup> Vgl. Vertrag Land Hessen mit DITIB-Landesverband Hessen e. V.,

<https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/islamischer-religionsunterricht-hessen-ist-eine-erfolgsgeschichte>, Zugriff am 10.11.16.

## 4 Deutscher Bundestag als Ort der Legitimationsgenerierung

Das Parlament ist der Ort innerhalb des politischen Systems, in dem Legitimation generiert wird. Die Öffentlichkeit der Bundestagsverhandlungen ist bis auf Ausnahmen verpflichtend.<sup>109</sup> Dem Bundestag kommt darüber hinaus Bedeutung als symbolischer Ort zu, der für Transparenz und Rückgebundenheit des demokratischen Systems an den Wählerwillen steht. Parlamentarier sind zudem persönlich und im Namen ihrer Partei daran interessiert, Zustimmung für ihre politischen Projekte zu generieren und aufrechtzuerhalten. In dieser Arbeit soll am Beispiel des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten, anhand der zuvor dargestellten Theorien, die konkrete Umsetzung von Repräsentation von Muslimen untersucht werden. Dabei hat der Deutsche Bundestag auch die Funktion der politischen Kommunikation, die Wichtigkeit parlamentarischer Debatten ergibt sich aus ihrer Symbolkraft, Debatten stehen für demokratische Diskussion, Entscheidungsfindung und Macht.

Die Etablierung eines Bildes des „Anderen“, hier der MuslimInnen, im Bewusstsein der politischen AkteurInnen erfolgt auch durch den institutionalisierten Diskurs im Bundestag. Die einzelnen diskursiven Praktiken liefern die „Wahrnehmungsprinzipien [...], Brillen, mit denen die Menschen die Welt aufgrund bestimmter Einteilungen sehen.“<sup>110</sup> Durch die einzelnen Diskurse wird die Wahrnehmung des Anderen, hier der MuslimInnen, nicht nur zum Ausdruck gebracht, sie wird modifiziert, befestigt und geändert. Durch diese Verschärfung des Bildes im politischen Diskurs werden die Chancen der politischen Teilhabe beeinflusst.

Betrachtet man die Zusammensetzung des Bundestages in der 18. Legislaturperiode ist auffällig, dass die Bundestagsabgeordneten in ihrer sozialen Zusammensetzung kein Spiegelbild der Bevölkerung darstellen und damit Vorstellungen einer deskriptiven Repräsentation widersprechen. Zum Beispiel waren und sind Frauen und ArbeiterInnen unterrepräsentiert, wohingegen BeamtenInnen besonders häufig vertreten sind. Wie die nachfolgende Abbildung zeigt, sind MuslimInnen stark unterrepräsentiert, auch diese Repräsentationslücke wird als schwerwiegendes Demokratiedefizit eingeordnet.<sup>111</sup>

---

<sup>109</sup> Vgl. Art. 42 GG.

<sup>110</sup> Bordieu, Pierre: Über das Fernsehen, Frankfurt a. M., 1998, S. 29.

<sup>111</sup> Vgl. Hunger, Uwe/Candan, Menderes: Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg, Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, 2009, Münster, S. 8.

Bereits heute ist aufgrund der jüngeren Alterskohorten absehbar, dass der Anteil der Erwachsenen in Deutschland, die sich zum Islam bekennen, weiter steigen wird. Damit wird die skizzierte Repräsentationslücke in Zukunft mit den heranwachsenden Generationen wahrscheinlich größer und an gesellschaftlicher Brisanz gewinnen.

Abbildung 11 zeigt die von Abgeordneten des Deutschen Bundestags angegebenen religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse, Stand September 2015.

### Religion, Statistik - MdB

Frauen	evangelisch	katholisch	Islam	konfessionslos	Atheist	ohne Angaben
CDU/CSU	25	45	1	-	-	5
SPD	23	15	-	3	-	41
DIE LINKE.	1	1	-	7	2	24
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7	1	1	2	-	23
<b>Frauen insgesamt</b>	<b>56</b>	<b>62</b>	<b>2</b>	<b>12</b>	<b>2</b>	<b>93</b>

Männer	evangelisch	katholisch	Islam	konfessionslos	Atheist	ohne Angaben
CDU/CSU	99	120	-	1	-	14
SPD	41	19	-	1	-	50
DIE LINKE.	2	-	-	8	1	18
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4	4	1	1	-	19
<b>Männer insgesamt</b>	<b>146</b>	<b>143</b>	<b>1</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>101</b>

<b>Bundestag gesamt 630</b>	<b>202</b>	<b>205</b>	<b>3</b>	<b>23</b>	<b>3</b>	<b>194</b>
-----------------------------	------------	------------	----------	-----------	----------	------------

Stand: September 2015

Abb.: Religiöse und weltanschauliche Bekenntnisse der Abgeordneten<sup>112</sup>

Nur drei Abgeordnete geben den Islam als Religion an. Die CDU hat mit Cemile Giousouf erstmals eine muslimische Abgeordnete in ihren Reihen. Im Kanzleramt wirkt seit 2013 mit Aydan Özoguz (SPD) erstmals eine Muslimin als Integrationsbeauftragte. In den Verhandlungen im Bundestag in den Jahren 2014 und 2015 zu Islam und MuslimInnen wird deutlich, dass nur wenige Abgeordnete durch Sozialisation ihre politischen Einstellungen zum Islam und MuslimInnen festigen konnten und einen Wissensvorrat über Alltag, Denkrichtungen und religiöse Praxen von MuslimInnen in Deutschland besitzen.

<sup>112</sup> Quelle: Deutscher Bundestag, Statistik MdB, Stand September 2015

Die Gründe für die Missverteilung liegen in der Mitgliederstruktur der Parteien, die wiederum von der jeweiligen Bereitschaft der Berufsgruppen bestimmt ist, sich für ein Mandat zu bewerben. Parteien sind in ihrer Vermittlerfunktion bei der Aufstellung von Kandidaten die zentralen „gate keeper“, sie haben eine Repräsentanz von MuslimInnen als KandidatInnen und möglicherweise spätere Abgeordnete im Deutschen Bundestag selbst in der Hand, wenn der politische Wille dazu besteht. Dominierend sind in den Parteien häufig noch „informal male-dominated networks“,<sup>113</sup> die auch aus Eigeninteresse erfolgversprechende Kandidaturen unter sich aufteilen und neue Konkurrenz in wichtigen Positionen unterbinden. Zudem wird ein langjähriges starkes innerparteiliches Engagement erwartet, um für ein Bundestagsmandat normiert zu werden, was häufig als „Ochsentour“ beschrieben wird.

Aus den Debattenbeiträgen in den Jahren 2014 und 2015 wird ersichtlich, dass Abgeordnete durch ihre Arbeit auf kommunaler Ebene, durch Bürgergespräche oder bei öffentlichen Auftritten eigene Erfahrungen sammeln, die sie im Bundestag als Begründungswissen einbringen. Insgesamt besteht ein Mangel an Wissen über muslimisches Leben in Deutschland, der sich auch in der Nichtexistenz amtlich gesicherter Daten über die Zahl der MuslimInnen in Deutschland zeigt. Janbernd Oebbecke konstatiert, dass eine „institutionalisierte Religionspolitik [...] in Deutschland praktisch bis heute nicht existiert.“<sup>114</sup> Es sind nur wenige Muslime in der Administration auf allen Ebenen beschäftigt, so dass Bundesregierung und Verwaltung intern wenig gesichertes Wissen über Strömungen und Aufbau, über Alltagsprobleme und Wünsche der muslimisch geprägten Bevölkerung in Deutschland besitzen. Subjektives Wissen und Einschätzungen der Parlamentarier werden aufgewertet.

Aus normativer Sicht der Politikwissenschaften ist eine Steigerung der Repräsentanz von MuslimInnen im Deutschen Bundestag aus folgenden Gründen zu fordern:

- Andere Sichtweisen auf politische Probleme und Interessen von MuslimInnen können stärker in parlamentarischen Diskussionen und Entscheidungen berücksichtigt und effektivere Problemlösungen erreicht werden.
- Höhere Repräsentanz fördert das politische Interesse und die Partizipation von MuslimInnen, so dass eine stärkere politische Integration möglich ist.

---

<sup>113</sup> Vgl. McKay, Joanna: German Politics, Ausgabe 13/2004, Routledge, Philadelphia, Pennsylvania. S. 77.

<sup>114</sup> Oebbecke, Janbernd: Deutsche Religionsverfassung und Islam, in: Meyer, Lidwina (Hrsg.): Recht, Religion, Politik. Auf dem Weg zu einer Anerkennung des Islam in Deutschland, 2005, Loccumer Protokolle 17/2005, S. 271.

- Der Kontakt zu den Abgeordneten verbessert sich und die Responsivität der Parlamentarier kann sich durch diese intensivere Kommunikation erhöhen.<sup>115</sup>

Die bisherige Repräsentationslücke deutet darauf hin, dass MuslimInnen nicht die gleichen Zugangschancen zur politischen Elite haben wie andere politisch Interessierte. Dieses politische Ungleichgewicht kann zu Akzeptanzproblemen des politischen Systems bei einer zunehmend wachsenden Bevölkerungsgruppe führen.

„Berliner Stunde“ wird die Gesamtdauer der gemäß Abgeordnetenanteilen begrenzten Redezeiten im Deutschen Bundestag bei Plenarsitzungen genannt. Die Verteilung der Redezeit wird zwischen den Fraktionen im Bundestag einvernehmlich vereinbart. In der 18. Legislaturperiode galt folgende Verteilung:

- 27 Minuten für CDU/CSU,
- 17 Minuten für die SPD,
- 8 Minuten für DIE LINKE und
- 8 Minuten für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.<sup>116</sup>

Ein prägendes Merkmal der Debatten ist die Konkurrenzsituation zwischen den Sprechern, die um Aufmerksamkeit des Publikums ringen. Dies begünstigt eine Polarisierung der Standpunkte. In der öffentlichen Debatte im Bundestag geht es nur in zweiter Linie um die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, dessen Position oft schon feststeht. Die Rede richtet sich in erster Linie an die Öffentlichkeit, die es gilt, rhetorisch wie inhaltlich zu überzeugen,<sup>117</sup> was durch die Heterogenität des Publikums erschwert wird.

Die RednerInnen wollen sich einerseits inhaltlich positionieren, gleichzeitig soll ihr Beitrag integrierend wirken, was eine stimmige Argumentation erfordert. Daneben wird auf einen Konsens in Punkten eingegangen, die große Zustimmung versprechen. Dies ist ein Mittel zur Integration der Wählerschaft, auch wenn auf eine klare Abgrenzung vom politischen Gegenüber verzichtet wird. Die Redner stellen Zusammenhänge stark vereinfacht dar, um ihren Aussagen Plakativität bzw. „Schlagzeilen-Wirkung“ zu verleihen.

---

<sup>115</sup> Vgl. Banducci, Susan/Donavan, Todd/Karp, Jeffrey: Minority representation, empowerment and participation, in: Journal of Politics, Ausgabe 02/2004, S. 539.

<sup>116</sup> Vgl. „Berliner Stunde“, [https://www.bundestag.de/.../kapitel\\_07\\_11\\_regelungen\\_zur\\_debattendauer-data.pdf](https://www.bundestag.de/.../kapitel_07_11_regelungen_zur_debattendauer-data.pdf).

<sup>117</sup> Vgl. Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 7. Aufl., 2006, Wiesbaden, S.277.

## **4.1 Parlamentsdebatten 2014 und 2015 mit Bezug zum Islam und zu Muslimen**

Der vorliegende Beitrag ist die erste Analyse aller Bundestagsdebatten in den Jahren 2014 und 2015 der 18. Legislaturperiode mit Bezug zum Islam und MuslimInnen. Es wird der bundespolitische Diskurs aller Fraktionen (CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) analysiert.

Mit dem Namen „Kabinett Merkel III“ wird die seit dem 17. Dezember 2013, dem Tag ihrer Vereidigung, amtierende deutsche Bundesregierung in der 18. Legislaturperiode bezeichnet. Das Kabinett setzt sich aus der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD zusammen. Es ist das 23. Kabinett der Bundesrepublik Deutschland. Der Koalitionsvertrag trägt den Titel „Deutschlands Zukunft gestalten.“

Im Regierungsprogramm der CDU/CSU "Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 - 2017" gibt es vier Bezüge zu Islam und Islamismus. Bei der Thematisierung des Begriffs „islamistischer Terrorismus“ geht es um innere Sicherheit. Islamischer Religionsunterricht wird befürwortet. Islamischen Sondergerichten als Ausdruck der Missachtung der Rechtsordnung wird entgegengetreten. Den muslimischen Verbänden wird für ihren Beitrag zum Gemeinwesen gedankt, die Deutsche Islam Konferenz soll fortgesetzt werden.<sup>118</sup>

Im Regierungsprogramm der SPD für 2013 – 2017 „Das Wir entscheidet“ gibt es nur eine Erwähnung mit Bezug zum Islamismus. „Der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone ist eine ernst zu nehmende Bedrohung für Deutschland und Europa.“ Die Religion des Islam oder Muslime in Deutschland finden keine Erwähnung.<sup>119</sup>

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“<sup>120</sup>, der 185 Seiten umfasst, wird dreimal Bezug zu Islam, Muslimen, Islamisten und islamische Welt Bezug genommen. Unter der Rubrik Kirchen und Religionsgemeinschaften wurde der Passus zu muslimischen Vereinen und Verbänden aus dem Regierungsprogramm der CDU unverändert übernommen: „Den vielfältigen Beiträgen muslimischer Vereine und Verbände zu

---

<sup>118</sup> Vgl. CDU/CSU "Gemeinsam erfolgreich für Deutschland." Regierungsprogramm 2013 - 2017", <https://www.cdu.de/regierungsprogramm>, Zugriff am 20.10.2016.

<sup>119</sup> Vgl. Regierungsprogramm der SPD für 2013 – 2017 „Das Wir entscheidet“, [https://www.spd.de/linkableblob/.../20130415\\_regierungsprogramm\\_2013\\_2017.pdf](https://www.spd.de/linkableblob/.../20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf), Zugriff 20.10.2016.

<sup>120</sup> Vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“, <https://www.bundesregierung.de/Content/.../2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf>, Zugriff 20.10.2016

unserem Gemeinwesen – etwa zur Integration muslimischer Zuwanderer und ihrer Nachkommen in unsere Gesellschaft, wie auch zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen – gilt unsere Wertschätzung und Unterstützung. In diesem Sinne wollen wir die Deutsche Islam Konferenz fortsetzen.“<sup>121</sup> Ansonsten gibt es außenpolitische Bezüge zu Syrien und den islamistischen Kräften sowie zum Dialog mit der islamischen Welt.

Im Zeitraum 01.01.2014 – 31.12.2015 fanden insgesamt 140 Parlamentsdebatten statt, in 94 wurden die Themen „Islam“, „Muslime“, „Sunniten“, „Schiiten“, „Salafisten/Salafismus“, „Islamismus“ und/oder „Religion“ angesprochen, was auf eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz der Themen hinweist. Auf „Muslime“ und den „Islam“ im engeren Sinne von Religion bzw. Religionszugehörigkeit in Deutschland gab es Beiträge in 18 von 140 Debatten. In den nachfolgenden Tabellen 6 – 9 werden die Debattenbeiträge der Abgeordneten zur Islampolitik im engeren Verständnis von Religionspolitik aufgeführt. Dabei wurde für jede im Bundestag vertretene Partei eine einzelne Tabelle erstellt.

#### Akteure der CDU/CSU

Name/Datum der Debatte	Funktion	Thema
Dr. Norbert Lammert/ 15.01.15  24.11.15	Bundestagspräsident	Gegner ist nicht der Islam, sondern der Fanatismus, nicht Religion, sondern Fundamentalismus. Forderung nach eindeutigen Stellungnahmen muslimischer Verbände.  Verweis auf Navid Kermani, der alle Muslime aufgerufen habe, die Fratze abzureißen, die das Gesicht der Religion des Islam entstellt.
Dr. Angela Merkel/ 15.01.15	Bundeskanzlerin	Garantie, dass der Glaube des Islam in Deutschland im Rahmen der Verfassung und der Gesetze frei ausgeübt werden kann. Schutz vor Generalverdacht gegen Muslime.
Volker Kauder/15.01.15  18.06.15	Vorsitzender der Bundestagsfraktion	Muslime haben das Recht, in Deutschland Moscheen zu bauen. Muslime dürfen natürlich ihre Moscheen in Deutschland bauen.

<sup>121</sup> A.a.O., S. 113.

Dr. Franz Josef Jung 18.06.2015	Stellv. Fraktions- vorsitzender/Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften	Scharia hat keinen Platz in unserer Werteordnung, denn sie hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun.
Erika Steinbach 11.09.2014  01.10.2015	Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe	Verweis auf Scharia-Polizei in Wuppertal, die eine Scharia- kontrollierte Zone für Muslime propagierte und strenge Einhaltung von muslimischen Verhaltensregeln einfordere. Dies sei eine Vorstufe dessen, was im Irak passiere.  Hat in Frankfurt gesehen, dass eine Muslima drei Schritte hinter ihrem Mann lief. Dies widerspreche dem Menschen- rechtsstatus der Gleichberechti- gung von Mann und Frau.
Cemile Giousouf 02.10.15	Integrationsbeauftragte	Deutsche Ausbildung in islamischer Theologie als Integrationsmaßnahme.
Dr. Volker Ullrich 09.09.2014	Abgeordneter	Hinweis auf Scharia-Polizei

Tabelle 6: Akteure der CDU<sup>122</sup>

### Akteure der SPD

Name/Datum der Debatte	Funktion	Thema
Thomas Oppermann 15.01.2015  25.11.2015	Vorsitzender der Bundestagsfraktion	Glaube des Islam wird durch tägliche Berichterstattung über Kriege im Nahen Osten in der hässlichen Fratze des Dschihadismus dargestellt und wahrgenommen. Friedfertige Muslime in Deutschland nicht in einen Topf damit werfen.  Verweis auf Navid Kermanis Forderung, Muslime müssen sich zur Wehr setzen, dass Terroristen im Namen der Religion des Islams handeln. Das würden die meisten gemäßigten Muslime in Deutschland auch tun.

<sup>122</sup> Quelle Protokolle der Plenardebatten des Deutschen Bundestags, Jahre 2014 und 2015,  
<https://dipbt.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments.do;jsessionid=C6911D5D183BBDD1DE87F2487EC7AC8C.dip21>.

Dietmar Nietan 18.06.2015	Bundesschatzmeister	Keine Verdrängung des Religiösen aus dem öffentlichen Raum: Moscheen dürfen auch städtebaulich prägend gebaut werden.
Dr. Eva Högl 05.06.2014  24.11.2015	Stellv. Fraktionsvorsitzende	Hinweis auf Rede von Navid Kermani zum 65. Geburtstag des Grundgesetzes, Deutscher und Muslim. Dies sei eine starke Geste.  Verbindung herstellen zwischen Terrorismus, Flüchtlingen, Islam oder in Deutschland lebenden Muslimen ist verantwortungsloses Handeln.
Dr. Heiko Maas 24.11.2015	Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz	Es gibt keinen Krieg zwischen Christentum und dem Islam, Terroristen morden überall und töten Muslime genauso wie Christen und Juden.
Susann Rüterich 11.09.2014	Abgeordnete	Hinweis darauf, dass mehrere Moscheen angegriffen wurden. Hinweis, darauf, dass alle Menschen in Deutschland ein Recht auf ein sicheres und angstfreies Leben haben.
Aydan Özoğuz 10.09.2014	Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flücht- linge und Integration	Hinweis auf Brandanschläge an Moscheen, Nichtduldung der „Scharia-Polizisten“ in Wuppertal.
Gabriele Fograscher 09.09.2014	Mitglied des Vorstands der Bundestagsfraktion	Keinen Generalverdacht schüren gegen die große Mehrheit der Muslime, die friedlich in Deutschland leben.

Tabelle 7: Akteure der SPD<sup>123</sup>

<sup>123</sup> Quelle Protokolle der Plenardebatten des Deutschen Bundestags, Jahre 2014 und 2015, <https://dipbt.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments.do;jsessionid=C6911D5D183BBDD1DE87F2487EC7A C8C.dip21>.

## Akteure von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter/Datum der Debatte	Funktion	Thema
Katja Dörner 16.01.15	Stellv. Vorsitzende Bundestagsfraktion	Islamischer Religionsunterricht als Beitrag zum Zusammenhalt in der Gesellschaft
Dr. Anton Hofreiter 15.01.15	Vorsitzender der Bundestagsfraktion (zusammen mit K. Göring-Eckardt)	Gewalt im Namen der Religion kein singuläres Problem des Islams. Forderung nach kritischem Diskurs innerhalb des Islams.
Volker Beck 09.09.2014  19.03.2015  18.06.2015	Religionspolitischer Sprecher	Scharia-Polizei in Wuppertal, keine Anmaßung von Hoheitsgewalt durch Privatpersonen.  Pegida-Demonstranten als islamophobe Veranstaltungen, die sich gegen Muslime wegen ihrer Religion richten.  Hinweis auf Proteste gegen den Bau von Moscheen mit Minaretten als Infragestellung der Religionsfreiheit der Muslime.
Katrin Göring-Eckardt 10.09.2014  01.10.2015	Vorsitzende der Bundestagsfraktion (zusammen mit Dr. A. Hofreiter)	Forderung nach Islamunterricht in Schulen.  Keine pauschale Verurteilung von Muslimen. Hinweis auf Interview mit Julia Klöckner, dass ein Imam ihr nicht die Hand gegeben habe.

Tabelle 8: Akteure von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<sup>124</sup>

## Akteure der Partei DIE LINKE

Name/Datum der Debatte	Funktion	Thema
Herbert Behrens 26.02.15	Abgeordneter	Pegida-Anhänger haben rassistischen Unterton in ihrer Argumentation, das

<sup>124</sup> Quelle Protokolle der Plenardebatten des Deutschen Bundestags, Jahre 2014 und 2015, <https://dipbt.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments.do;jsessionid=C6911D5D183BBDD1DE87F2487EC7AC8C.dip21>.

		Abendland müsse vor islamischen Tendenzen gerettet werden
Annette Groth 18.06.15	Menschenrechts- politische Sprecherin	Hinweis auf Protest gegen den Bau von Moscheen als Zeichen des Rassismus.
Jan Korte 09.09.2014	Stellvertreter der Fraktionsvorsitzenden	Aufforderung an Politiker, mehr Wertschätzung für die vielen Tausend Muslime in Deutschland zu organisieren.

Tabelle 9: Akteure DIE LINKE<sup>125</sup>

## 4.2 Politische Ereignisse in den Jahren 2014 und 2015

In den Zeitraum der Analyse fallen unterschiedliche politische Themen, die in den Bundestagsdebatten aufgegriffen wurden und zu Verschränkungen mit dem Thema Islam und Islamismus in den Debatten führten:

- Kriege in Syrien und im Irak,
- Flüchtlingsandrang,
- Balkanstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsländer“,
- Demonstrationen von Salafisten,
- Auftauchen einer selbsternannten „Scharia-Polizei“ in NRW,
- Anschlag im Schnellzug Thalys,
- Anschlag auf Konzerthalle "Bataclan"/Paris,
- Überfall zweier Islamisten auf das Pariser Satiremagazin "Charlie Hebdo",
- Länderspiel Frankreich-Deutschland: Drei Attentäter sprengen sich in die Luft,
- Aussetzung des sogenannten „Dublin-Verfahrens“ für syrische Flüchtlinge.

Vor allem die Kriege in Syrien und im Irak trieben Millionen Menschen in die Flucht, viele von ihnen kamen auch nach Deutschland. Viele Städte fühlten sich überfordert mit dem Ansturm der Menschen. Die Bundesregierung reagiert auf den Flüchtlingsandrang und erklärt die Balkanstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu „sicheren

<sup>125</sup> Quelle Plenardebatten des Deutschen Bundestags, Jahre 2014 und 2015, <https://dipbt.bundestag.de/dip21.web/searchDocuments.do;jsessionid=C6911D5D183BBDD1DE87F2487EC7AC8C.dip21>.

Herkunftsländern“. Der Flüchtlingsstrom, die Demonstrationen von Salafisten, das Auftauchen einer selbst ernannten „Scharia-Polizei“ in NRW, die Burka-Debatte sowie widersprüchliche Gerichtsurteile über das Anrecht von EU-Zuwanderern auf Sozialleistungen in Deutschland erzeugen bei vielen Bürgern Sorgen und Unsicherheit. Diese Grundstimmung nehmen unterschiedliche Gruppen auf, um sie für ihre Zwecke zu nutzen. So versammeln sich am 26.10.2014 in Köln rund 4000 Menschen zu einer Demonstration unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten“. Es kommt zu Ausschreitungen.

Die AfD geht mit fremdenfeindlichen Tönen auf Wählerfang. In Dresden formiert sich mit montäglichen Schweigemärschen ein Bündnis, das trotz des sperrigen Namens „Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz Pegida genannt, binnen weniger Wochen auf 20 000 Teilnehmer an den Schweigemärschen anwächst. Die Politik war in der Frage, wie sie darauf reagieren soll, gespalten. Während aus der SPD scharfe Töne zu hören sind wie „Nazis in Nadelstreifen“ oder „Schande für Deutschland“, gibt es aus der Partei der CDU und vor allem CSU mahnende Stimmen, man dürfe die Demonstranten, von denen viele aus der Mitte der Gesellschaft kämen, nicht pauschal verteufeln, sondern müsse die Sorgen der Menschen vor einer angeblichen Überfremdung ernstnehmen.

Am 07.01.2015 überfallen zwei Islamisten das Pariser Satiremagazin "Charlie Hebdo" und ermorden zwölf Menschen. In den nächsten beiden Tagen erschießt ein weiterer Terrorist im Raum Paris eine Polizistin und vier Besucher eines jüdischen Supermarkts. Am 21.08.15 scheitert ein Anschlag im Schnellzug Thalys auf dem Weg von Amsterdam nach Paris. Vier Reisende überwältigen den Terroristen, der mit einem Sturmgewehr um sich geschossen hatte. Am 13.11.2015, bei einer Anschlagserie in Paris, ermorden Kommandos der Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staats“ 130 Menschen. Es sterben auch sieben Terroristen. In der Konzerthalle "Bataclan" richten sie ein Massaker an, Bars und Restaurant werden beschossen. Am Nationalstadion „Stade de France“ sprengen sich während des Länderspiels Frankreich-Deutschland drei Attentäter in die Luft. Präsident François Hollande ruft am 14.11.2015 den Ausnahmezustand aus. Der sogenannte „Islamische Staat“ baut 2015 seine Schreckensherrschaft aus, veröffentlicht Videos von Enthauptungen seiner Geiseln und zerstört unaufhaltsam antike Stätten.

Am 25.08.2015 setzt Deutschland das sogenannte „Dublin-Verfahren“ aus. Danach werden syrische Flüchtlinge nicht mehr in andere Transitländer der Europäischen Union

zurückgeschickt. Am 27.08.2015 werden an der österreichischen Autobahn bei Parndorf in einem Lastwagen von Schleusern 71 tote Flüchtlinge entdeckt. Nur wenige Tage später erschüttert das Bild (siehe untere Abb.) des auf der Flucht nach Griechenland ertrunkenen dreijährigen Syrers Aylan die Welt.



Abb.: Foto: Der dreijährige Aylan aus Syrien an der Küste in Bodrum<sup>126</sup>

Bundeskanzlerin Merkel nennt die Bewältigung des Flüchtlingsansturms eine "große nationale Aufgabe" und beteuert: "Wir schaffen das."<sup>127</sup> Gegen viele Bedenken entscheidet sie, dass Tausende Flüchtlinge aus Ungarn über Österreich nach Deutschland einreisen dürfen. Beharrlich weigert sie sich in der Folgezeit, eine Obergrenze für Flüchtlinge einzuführen. In der Union kommt es daraufhin zu Widersprüchen. Im November will Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) strengere Regeln für syrische Flüchtlinge einführen. Der Vorstoß ohne Wissen des Kanzleramtes sorgt für Irritationen. CSU-Chef Horst Seehofer kanzelt die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Merkel auf dem CSU-Parteitag wie ein Schulmädchen ab. In den Medien geht es bereits um die Frage, ob Merkels "Willkommenskultur" sie das Amt als Kanzlerin kosten wird. Erst auf dem Parteitag in Karlsruhe im Dezember 2015 einigt sich die CDU auf den Kompromiss, "den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen durch

---

<sup>126</sup> Quelle: dpa, erschienen in der Abendzeitung München, Ausgabe 03.09.2015.

<sup>127</sup> „Wir schaffen das!“ ist ein Ausspruch, den Bundeskanzlerin Merkel in der Bundespressekonferenz am 31.08.2015 im Hinblick auf die Flüchtlingskrise in Europa ab 2015 und die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland geäußert hatte und der seitdem in den Medien und in der politischen Auseinandersetzung weitreichenden Widerhall gefunden hat. Er gilt als Kern-Slogan der „neuen Willkommenskultur“. Sie wiederholte den später vielfach kritisierten Satz mehrmals, unter anderem beim CDU-Bundesparteitag am 14.12.2015.

wirksame Maßnahmen spürbar zu verringern".<sup>128</sup> Doch die CDU-Vorsitzende Merkel bleibt zugleich dabei: „[...] Abschottung im 21. Jahrhundert ist keine vernünftige Option. Deutschland müsse ein weltoffenes und vielfältiges Land bleiben.“<sup>129</sup><sup>130</sup>

### **4.3 Auswertung der Parlamentsdebatten 2014 und 2015**

Die vorliegende Auswertung islam- und muslimbezogener Parlamentsdebatten aus den Jahren 2014 und 2015 zeigt, dass die Themen Islam und Muslime verstärkt diskutiert wurde. Es dominiert deutlich das Thema „Islamismus und Terror im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika“ an erster Stelle in der Häufigkeit der thematisierten Nennungen. An zweiter Stelle folgen „Salafismus und Salafisten in Deutschland“, die, wenn sie radikalisiert sind, als gewaltbereit und damit als Bedrohung wahrgenommen werden.

Anzumerken ist, dass im innenpolitischen Diskurs Islamismus als Gefahr überwiegend gleichgesetzt wird mit Rechtsextremismus und Linksextremismus. Zu diesen drei Gefahren werden von den Abgeordneten Präventionsprogramme gefordert. Die Bedeutung des Islamischen Religionsunterrichts in den Schulen wird angesprochen, aber auch darauf verwiesen, dass dies in der Zuständigkeit der Länder liege.

Häufig vertreten die Abgeordneten des Bundestags die These, dass Extremismus nicht im Islam selbst wurzelt, sondern die Religion des Islam, aber auch andere Religionen, als Legitimation für Machtausübung und Abgrenzung missbraucht wird. „Politischer Islam“ und „Demokratisierung bzw. Menschenrechte“ werden als Konzepte gegenübergestellt, wobei Regierungsmitglieder wie Bundeskanzlerin Merkel mit Blick auf das Ausland einen differenzierten Kurs verfolgen. Sie lehnen eine Reduzierung der außenpolitischen Konflikte auf Konflikte von Religionen ab.

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nutzen das Thema „Islam“ aus der Position der Opposition. Sie legen den Widerspruch der Gleichsetzung von Islamismus mit Linksextremismus und Rechtsextremismus offen.

---

<sup>128</sup> CDU-Parteitag am 13.12.2015, <https://www.tagesschau.de/inland/cdu-fluechtlinge-101.html>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>129</sup> CDU-Parteitag am 13.12.2015, <https://www.tagesschau.de/inland/cdu-fluechtlinge-101.html>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>130</sup> Vgl. [www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/196640/zeitleiste-rueckblick-2014](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/196640/zeitleiste-rueckblick-2014), [www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/196640/zeitleiste-rueckblick-2015](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/196640/zeitleiste-rueckblick-2015)

Abgeordnete der Partei DIE LINKE gehen am wenigsten auf die Wortfamilie „Islam und Muslime“ ein, außenpolitisch sprechen sie auch nicht von Islamismus, sondern verweisen auf die Zusammenhänge von Waffenexporten und Konflikten im Nahen Osten. Sie üben aber Kritik an der Islamfeindlichkeit.

In den Debatten lässt sich nachzeichnen, dass die Zustimmung zur Scharia mit autoritären Einstellungen gleichgesetzt wird. Diese Reduktion kann auf die viel beachtete kriminologische Studie von Wetzels und Brettfeld<sup>131</sup> zurückzuführen sein.

Die Abgeordneten appellieren intensiv an die muslimischen Verbände in Deutschland, Stellung gegen Fundamentalismus, Gewalt und „im Namen des Islam“ verübte Attentate zu beziehen. Hier wurde Rechtfertigungsdruck auf die Verbände ausgeübt, indem sie Stellung beziehen sollen aus ihrer eigenen Zugehörigkeit zum Islam zu außerhalb Deutschlands stattfindenden Konflikten.

Abgeordnete weisen in den Debatten darauf hin, dass Muslime häufig Opfer islamistischer Gewalt sind genauso wie Christen, Jeziden oder andere Gläubige und Nichtgläubige. In Deutschland wird auf die zunehmende Zahl von Brandanschlägen auf Moscheen hingewiesen.

Eine Selbstkritik der Abgeordneten hinsichtlich eventueller eigener Versäumnisse bei der Islamintegrationspolitik findet selten statt. Es wird betont, dass die meisten Muslime friedliebend seien und nicht zum Terrorismus neigen. Im Großen und Ganzen verbleibt die wachsende Bedrohungswahrnehmung des Islams im Kontext der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Zugleich ist festzustellen, dass in den Debatten eine Auseinandersetzung um das Zusammenleben mit MuslimInnen in Deutschland fast ausschließlich über Fragen der Prävention von Gewalt und Radikalisierung stattfand. Fragen der politischen Teilhabe und Repräsentation wurden nicht diskutiert, Islampolitik wird in den Debatten reduziert auf sicherheitspolitische Fragen. Es deutet sich aus den vorgestellten Ergebnissen die Gefahr an, dass in dem Maße, in dem Kritik am Islam und an den MuslimInnen wächst, die Selbstkritik in den Debatten des Deutschen Bundestags hinsichtlich der Versäumnisse in der Islampolitik abnimmt.

---

<sup>131</sup> Vgl. Wetzels, Peter /Brettfeld, Karin: Studie „Muslime in Deutschland“, 2007, im Auftrag des BMI.

Die Aufschlüsselung, welche Themen von den Abgeordneten angesprochen wurden, muss nicht Auskunft über die Standpunkte der Parteien geben. Parlamentarische Repräsentation der Bürger durch die Abgeordneten soll gesellschaftliche Konflikte auf die politische Bühne des Parlaments bringen, um sie für die Gesamtheit der Bürger sichtbar und beurteilbar zu machen.

#### **4.3.1 Kategorie „Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus“**

Aufgrund der politischen Ereignisse in den Jahren 2014 und 2015 war das Thema „Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus“ als politischer Faktor in der Außenpolitik von zentraler Bedeutung in den Bundestagsdebatten in 2014 und 2015.

Die Verbindung von Islamismus und Terror rangiert quantitativ deutlich an erster Stelle der Debattenbeiträge, jedoch mit der außenpolitischen Perspektive. Die Bekämpfung wird als die außen- und sicherheitspolitische Herausforderung, kurz-, mittel- und langfristig, verstanden, westlichen Demokratien wird hierbei eine Schlüsselrolle zuerkannt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen warnten bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2013<sup>132</sup> vor der Gefahr durch Syrien-Rückkehrer. Als Bekämpfungs- und Präventionsmaßnahmen wurden auch Gesetzesänderungen vollzogen, die Grenze zwischen „äußerer“ und „innerer“ Sicherheit verwischte. Debattenbeiträge zur Terrorismus- und Islamismus-Bekämpfung waren emotional aufgeladen, inhaltlich vielschichtig, bedeutende politische Konsequenzen wurden prognostiziert. Da diese Debattenbeiträge keine Beiträge zur Islampolitik als Unterthema der Religionspolitik sind, werden sie in dieser Arbeit nicht weiter untersucht oder kategorisiert.

#### **4.3.2 Kategorie „Ordnungsmodelle von Staat zum Islam“**

Unter Ordnungsmodellen sind Leitbilder zu verstehen, die ein institutionell-rechtliches oder praktisches Verhältnis zwischen der staatlichen und der religiösen Sphäre bestimmen. Das selektive Ordnungsmodell weist besonders den christlichen Kirchen und auch den jüdischen Gemeinden eine öffentliche Funktion und einen privilegierten Zugang zu staatlichen Institutionen zu. Die Vorrangstellung christlicher Kirchen in ihrer Relation zum Staat kommt auch im Regierungsprogramm der CDU 2013 – 2017 zum Ausdruck:

„CDU und CSU bekennen sich ausdrücklich zur christlichen Prägung unseres Landes wie auch zum Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung. Die christliche

---

<sup>132</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2013, <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2013.pdf>, Zugriff am 10.11.16.

Prägung zeigt sich auch in der herausragenden Rolle, die die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände in vielen Bereichen unserer Gesellschaft spielen.“<sup>133</sup>

Nach den Anschlägen von Paris hat Bundeskanzlerin Merkel sich ausdrücklich vor die MuslimInnen in Deutschland gestellt. Bei einem Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu am 12.02.2015 sagte sie in Erinnerung an eine Äußerung des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU): "Der Islam gehört zu Deutschland – und das ist so, dieser Meinung bin ich auch."<sup>134</sup> Innerhalb der Union stieß diese Aussage auf Widerstand, insbesondere durch den Fraktions-Vorsitzenden Volker Kauder. Am 18.01.2015 widersprach er der CDU-Vorsitzenden im „Tagesspiegel“: Er halte es mit Bundespräsident Joachim Gauck, erklärte Kauder: "Mir sind die Menschen wichtig. Die Muslime gehören zu Deutschland."<sup>135</sup> Kauder hatte bereits 2012 gesagt, dass der Islam in seinen Augen nicht zu Deutschland gehöre. Auf die Frage, ob er seine Auffassung nun geändert habe, sagte Kauder: "Nein."<sup>136</sup> Zuvor hatte bereits der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach im Interview mit der Saarbrücker Zeitung gesagt, er teile die Auffassung Merkels "in dieser Pauschalität nicht". "Welcher Islam ist gemeint? Gilt das auch für seine islamistischen und salafistischen Strömungen?" Auch die Scharia gehöre ganz gewiss nicht zu Deutschland, betonte Bosbach.<sup>137</sup> Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß sagte gegenüber dem Handelsblatt (online-Ausgabe), es sei unbestritten, dass hierzulande mehrere Religionen nebeneinander friedlich bestehen könnten. "Aber die Wurzeln unseres Landes sind in erster Linie und vor allem von der christlich-jüdischen Tradition geprägt",<sup>138</sup> argumentierte Bareiß, der wie Bosbach dem konservativen Berliner Kreis in der CDU angehört.

In den vorgenannten Äußerungen wird deutlich, dass mit dem Ruf nach einer Beibehaltung der selektiven Ordnung eine naturrechtliche Argumentation verknüpft wird. Das Christentum wird als zentraler Teil der Kultur in Deutschland definiert, dessen Vorrangstellung historisch begründet wird. Damit verbunden ist in der Diskussion meist das Argument der funktionalen

---

<sup>133</sup> Vgl. Regierungsprogramm der CDU, <https://www.cdu.de/.../regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf>, Zugriff am 08.11.16.

<sup>134</sup> Vgl. [www.de.reuters.com/article/deutschland-islam-merkel-idDEKBN0KL1BX20150112](http://www.de.reuters.com/article/deutschland-islam-merkel-idDEKBN0KL1BX20150112), Zugriff am 10.11.16.

<sup>135</sup> Vgl. Tagesspiegel, Ausgabe 18.01.2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/volker-kauder-im-interview-es-gibt-keine-islamisierung-deutschlands/11244030.html>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>136</sup> Vgl. Tagesspiegel, Ausgabe 18.01.2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/volker-kauder-im-interview-es-gibt-keine-islamisierung-deutschlands/11244030.html>, Zugriff am 10.11.16.

<sup>137</sup> Vgl. [https://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/thema\\_nt/article136334632/Unions-Konservative-kritisieren-Merkels-Aeusserung-zum-Islam.html](https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article136334632/Unions-Konservative-kritisieren-Merkels-Aeusserung-zum-Islam.html), Zugriff am 10.11.16.

<sup>138</sup> Ebd.

Relevanz des Christentums für das westliche Demokratiemodell.<sup>139</sup> Die wesentlichen Pfeiler des Rechtsstaats erwachsen in dieser klassischen Vorstellung des deutschen Verfassungsdiskurses aus dem christlichen Wertefundament, das in der tagtäglichen Sozialisationsleistung der christlichen Kirchen erneuert werde. Auch MuslimInnen müssten deshalb vor Inanspruchnahme voller Rechte auf die Annahme dieses Wertekanons verpflichtet werden, so die implizite Forderung der Bundeskanzlerin Merkel in der Debatte am 15.01.2015:

„Religionsfreiheit und Toleranz meinen nicht, dass im Zweifelsfall die Scharia über dem Grundgesetz steht.“<sup>140</sup>

Der Begriff „Scharia“ steht in diesem Diskurs als Sinnbild für drakonische Strafsysteme, für Willkür und die Unterdrückung von Frauen, und besitzt eine äußerst negative Konnotation. Damit wird ein reduktionistisches Verständnis der Scharia vertreten, die vor allem als Regelwerk für Strafmaßnahmen verstanden wird. Gegenüber den muslimischen Gemeinschaften schwingt der Vorwurf mit, dass sie eine Einführung der Scharia in Deutschland anstreben.

Muslimische Gemeinschaften werden im Unterschied zu den christlichen Kirchen besonders für ihr Engagement gelobt, das auf die Befriedung und Organisation nach innen gerichtet ist. Dementsprechend wird das Verhalten der Verbände in den Debattenbeiträgen zum islamistischen Terrorismus und z. B. die nach dem islamistischen Terroranschlag auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ vom Zentralrat der Muslime und der Türkischen Gemeinde zu Berlin veranstalteten "Mahnwache für Toleranz und gegen Extremismus“ beispielhaft durch den folgenden Debattenbeitrag der Abgeordneten Gerda Hasselfeldt (CSU) gewertet:

„Am Dienstagabend nahmen Tausende von Menschen an der Mahnwache der Muslime für Toleranz und Weltoffenheit in Berlin teil. Ich danke den Organisatoren für die rasche Reaktion auf die schrecklichen Ereignisse.“<sup>141</sup>

Als die Kosten für die Mahnwache reguliert werden sollten, kam zu Tage, dass, laut „Welt am Sonntag“, die Idee zu der Mahnwache eine Mitarbeiterin im Bundeskanzleramt hatte, die für die Staatsministerin für Integration Aydan Özoguz (SPD) tätig ist. Dem Bericht zufolge sei von staatlichen Stellen Druck auf die islamischen Verbände ausgeübt worden, sich an der Aktion

---

<sup>139</sup> Vgl. Schmidt, Manfred. G: Demokratietheorien, Opladen, 2000, S. 448.

<sup>140</sup> Protokoll 18/79 der Plenarsitzung des Bundestags am 15.01.2015, S. 7477.

<sup>141</sup> Protokoll 18/79 der Plenarsitzung des Bundestags am 15.01.2015, S. 7489.

zu beteiligen.<sup>142</sup> Viele Organisationen hätten ein solches Zeichen gegen gewalttätigen Islamismus bei früheren Gelegenheiten abgelehnt, da sie eine Distanzierung nicht für nötig hielten.

Der Mehrheit der MuslimInnen wird keine Tendenz zur Selbstisolation zugeschrieben, mehrheitlich, aber doch muslimischen Minderheiten, die zur Desintegration der Gesellschaft beitragen. Eine besondere Rolle spielt hierbei der Schlüsselbegriff der Parallelgesellschaft,<sup>143</sup> der die Vorstellung ausdrückt, in muslimischen Familien und Gemeinschaften hätten andere Wertesysteme Vorrang, oder es existierten sogar rechtsfreie Räume. Der Begriff wird in den Plenardebatten von Politikern gerne aufgegriffen, um die soziale Situation zu dramatisieren. Beispielhaft zur Debatte vom 4. Dezember 2015 erklärten mehrere SPD-Abgeordnete:

„Unsere Anstrengungen zur Integration insbesondere junger Muslime müssen gesteigert werden, um Parallelgesellschaften zu verhindern.“<sup>144</sup>

Aus der vorgenannten Erklärung wird ersichtlich, dass Integrationsdefizite junger MuslimInnen auf die Religion zurückgeführt werden. Im Extremfall gelten MuslimInnen als exterritoriale Gruppe, deren eigentlicher Lebensmittelpunkt in anderen Staaten liege.

Die Aussage von Matthias Koenig, die Einführung eines konfessionell gebundenen islamischen Religionsunterrichts (IRU) werde seit 1998 von allen Parteien unterstützt,<sup>145</sup> lässt sich durch die Analyse der Bundestagsdebatten in den Jahren 2014 und 2015 bestätigen. Alle Beiträge, die sich auf die Einrichtung eines IRU in öffentlichen Schulen beziehen, stellen sich grundsätzlich positiv zu diesem Vorhaben, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Prävention von Radikalisierung.

Das Recht muslimischer Gemeinden, repräsentative Sakralbauten zu errichten, wurde in 2014 und 2015 im Parlament weitgehend konsensual diskutiert. Dies ist insofern nicht überraschend,

---

<sup>142</sup> Vgl. DIE ZEIT Online am 26. Juli 2015, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/mahnwache-cdu-spd-islamismus-muslimen>, Zugriff am 27.10.16.

<sup>143</sup> Der Begriff wurde 1996 vom Soziologen Wilhelm Heitmeyer geprägt. Der später durch die Medien aufgegriffene Begriff, der die Idee der selbst gewählten Abschottung in Verbindung mit der kulturellen Differenz versinnbildlicht, nimmt eine wichtige Stellung auch im parlamentarischen Diskurs ein. Der Begriff trägt in der öffentlichen Auseinandersetzung dazu bei, die Situation zu dramatisieren, indem er eine Spaltung der Bevölkerung in zwei Lager suggeriert.

<sup>144</sup> Plenarprotokoll zur 144. Sitzung am 4. Dezember 2015, S. 14189.

<sup>145</sup> Vgl. Koenig, Matthias: Staatsbürgerschaft und religiöse Pluralität in post-nationalen Konstellationen, Zum institutionellen Wandel europäischer Religionspolitik am Beispiel der Inkorporation muslimischer Immigranten in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, Marburg, 2003, S. 207.

da zwar die öffentlichen Debatten zu diesem Aspekt islamischer Glaubenspraxis häufig äußerst emotional geführt werden, sich hauptamtliche PolitikerInnen in der Vergangenheit aber mehrheitlich hinter muslimische Interessen in diesen Bereichen stellten.<sup>146</sup> Konsensual verurteilt wurden Anschläge auf Moscheen.

In einer kooperativen Beziehung von Politik und Religionsgemeinschaften wird die Autonomie der Religionsgemeinschaften anerkannt und eine Nichteinmischung der Politik in theologische Fragen als geboten gesehen. Den Religionsgemeinschaften kommen in diesem Sinne Funktionen im Bereich der Zivilgesellschaft zu. In den Debattenbeiträgen in 2014 und 2015 wurde in allen Fällen die staatliche Neutralität zu den Religionsgemeinschaften betont. In allen hier untersuchten Beiträgen wird hervorgehoben, dass Politik lediglich dazu aufgefordert sei, die Bedingungen für die Verwirklichung einer umfassenden kollektiven und individuellen Religionsfreiheit zu schaffen, während die Ausgestaltung der Glaubensinhalte allein Sache der Religionsgemeinschaften bleiben müsse. Dies wird meist mit der grundgesetzlich festgelegten Trennung von Staat und Kirche begründet.

Aus einer Binnenperspektive bemühte sich besonders Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) deutlich zu machen, dass die Einhaltung der Distanz zur religiösen Sphäre gerade dem Schutz von Minderheiten im Islam und säkularen Muslimen diene. Dies machte er im November 2015 im Positionspapier mit dem Titel: "Den Islam und andere Religionen der Einwanderer ins deutsche Religionsverfassungsrecht integrieren – Gleiche Rechte für Muslime, Aleviten und Jeziden!" gemeinsam mit Volker Beck deutlich.<sup>147</sup> Die Notwendigkeit einer staatlichen Neutralität gegenüber den Glaubensinhalten des Islam blieb in den Jahren 2014 und 2015 im Parlament unbestritten.

Zusammenfassend zeigt die Auswertung der hier untersuchten Kategorie, dass weder für die aktuelle Regierung der Großen Koalition noch für die Abgeordneten der Oppositionsparteien die rechtliche Gleichstellung der muslimischen Gemeinschaften, also die Verleihung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, nicht im Fokus ist. Eine Ausdifferenzierung muslimischer Bildungsangebote unter staatlicher Verantwortung in staatliche Institutionen wie Islamischer Religionsunterricht und Islamische Theologie sowie die Einbeziehung in die

---

<sup>146</sup> Vgl. Leggewie, Claus: Warum es Moscheebaukonflikte gibt und wie man sie bearbeiten kann, in: Bärbel Beinhauer-Köhler/Claus Leggewie (Hrsg.): Moscheen in Deutschland, München, 2009, S. 117-201.

<sup>147</sup> Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Positionspapier: "Den Islam und andere Religionen der Einwanderer ins deutsche Religionsverfassungsrecht integrieren – Gleiche Rechte für Muslime, Aleviten und Jeziden!", [www.saekulare-gruene.de/wp-content/uploads/2015/11/Ozdemir\\_Beck\\_Islam-Papier.pdf](http://www.saekulare-gruene.de/wp-content/uploads/2015/11/Ozdemir_Beck_Islam-Papier.pdf), Zugriff am 10.11.16.

Wohlfahrtspflege und in die Präventionsprogramme zur Radikalisierung stehen im Zentrum der Debatten.

### **4.3.3 Kategorien „Salafismus“ oder „Salafisten“**

Die Kategorien „Salafismus“ oder „Salafisten“ wurden in den Beiträgen entweder außenpolitisch oder in Bezug auf sicherheits- und gesellschaftspolitische Ängste vor „islamistischem Terrorismus“ und der Verbreitung von anti-demokratischen und anti-emanzipatorischen Gedankengut genutzt. Die Debattenbeiträge waren überwiegend von sicherheitspolitischen Aspekten und Präventionsaspekten geprägt.

Dabei blieb unberücksichtigt, dass die salafistische Glaubenslehre mitunter auch in politische Ideologien übersetzt wird, die in der Regel ein gewaltloses und eben seltener ein gewaltsames Handeln anleiten. Die Fokussierung auf das Thema Sicherheit lässt wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen zu wenig Bedeutung zukommen.

Aus Sicht der Abgeordneten bleibt die Gefahrenlage durch Salafisten akut. Dies legten auch die Anschläge von Paris am 13.11.2015 nahe. Der Blick richtete sich beispielsweise auf Dschihadisten aus Deutschland, die sich Al-Qaida-nahen Gruppen angeschlossen haben oder für die Organisation des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien und dem Irak kämpften und zurückkehrten. Radikalisiert hatte sich das Gros dieser Personen im Umfeld der deutschen Szene politischer Salafisten. Daraus lässt sich zwar nicht ableiten, dass notwendigerweise Salafismus der Treiber ihrer Radikalisierung war.

Eine sicherheitspolitische Perspektive auf Teile der Bewegung erschien notwendig. Das salafistische Gedankengut ist für eine kleine Minderheit von Jugendlichen und Erwachsenen attraktiv. Islamkritiker und rechtsextremistische Akteure nutzen den salafistischen Aktivismus als Beleg für ihre Behauptung einer „Islamisierung“ der Gesellschaft. Diese komplementären Entwicklungen erhöhen den Druck auf die Abgeordneten, diesen Entwicklungen sicherheits- als auch gesellschaftspolitisch zu begegnen. Die heterogene salafistische Bewegung in Deutschland wird in den Debattenbeiträgen als homogen beschrieben. Die Bereitschaft zur Legitimierung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der Glaubenslehre ist im „dschihadistischen Salafismus“, auch „Dschihadismus“ genannt, vertreten, eine kleine und öffentlichkeitswirksame Minderheit der salafistischen Bewegung. Die Mehrheit der Salafisten in Deutschland lehnt ihre Militanz ab. Die Heterogenität der salafistischen Organisations- und Rekrutierungsformen wird nicht erwähnt, was der losen Netzwerkstruktur und den unterschiedlichen Organisationstypen geschuldet sein kann. Die Vielfalt an Organisationstypen

zieht auch eine Vielzahl an Rekrutierungsformen nach sich. Für die Deradikalisierungsarbeit und Präventionsarbeit bedeutet dies, dass die Behörden entsprechend breit ansetzen müssen. Für die Mehrheitsgesellschaft stellt sich die Frage, warum sich Menschen aus unterschiedlichen Hintergründen den Normen und Werten der Gesellschaft den Rücken kehren. Diese Frage wurde in den Debatten in 2014 und 2015 nicht diskutiert.

#### **4.3.4 Öffnungsmuster Religionsfreiheit**

Durch die Maximen der Religionsfreiheit und Gerechtigkeit kann die islampolitische Debatte geöffnet werden, mit der Forderung nach Religionsfreiheit wurden in den meisten Fällen muslimische Interessen unterstützt. Religionsfreiheit als Legitimationsmuster erhält Plausibilität, da es ein verfassungsmäßig verbürgtes Grundrecht ist. Darüber hinaus wird das Prinzip der Religionsfreiheit als Mittel gegen den Fundamentalismus gesetzt. Hierzu beispielhaft Tom Königs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in der Debatte am 3. Dezember 2015:

„Religionsfreiheit – der ganze Orient kämpft um Religionsfreiheit. Viele Flüchtlinge kommen zu uns, weil wir die Religionsfreiheit umsetzen.“<sup>148</sup>

#### **4.3.5 Schließungsmuster „Frauenrechte“**

Spezifisches Beispiel zur Schließung der Debatte um Beteiligungsrechte für Muslime ist das Thema „Frauenrechte“, das an die Integration muslimischer Gemeinschaften geknüpft wird. Die Situation der Frauen in Einwandererfamilien wird im öffentlichen, vor allem im medialen Diskurs, mit dem Einfluss islamischer Traditionen in Verbindung gebracht. Als Kronzeugen für die Deutung, dass Gewalt und Unterdrückung der Frauen sich aus der Religion des Islam erklären, werden Frauenrechtlerinnen aus dem muslimischen Kulturkreis benannt und sind häufig in Medien präsent. Besonders konservative Abgeordnete greifen dieses Deutungsmuster des Zusammenhangs von Geschlechterverhältnissen und Islam auf, um gegen die Duldung religiöser Differenzen zu argumentieren. In den Debatten wurde diese Sichtweise z. B. am Redebeitrag von Ursula Groden-Kranich (CDU) am 6. November 2015 deutlich:

„Hier müssen wir dann auch ehrlicherweise zugeben, dass wir vor einem politischen und gesellschaftlichen Dilemma stehen. Wollen wir die kulturelle Selbstbestimmung um jeden Preis, oder wollen wir, dass unsere Vorstellungen von einer modernen Frau und Arbeitnehmerin für alle Frauen in Deutschland gelten?“<sup>149</sup>

---

<sup>148</sup> Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag, 143. Sitzung, Berlin, 3. Dezember 2015, S. 13974.

<sup>149</sup> Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 134. Sitzung, 6. November 2015, S. 13107.

Diese Sichtweise wird auch von den Kirchen unterstützt. Die Handreichung der evangelischen Kirche „Klarheit und gute Nachbarschaft“ benennt die „scharia-rechtlich definierten Frauenrechte“ als eine der größten Reibungspunkte der muslimischen Lehre zu „westlichen Auffassungen“.<sup>150</sup> Leggewie hat für die Haltung, die das Thema Frauenrechte gegen die Präsenz des Islams in der Öffentlichkeit anführt, den Begriff des „Islamkritischen Feminismus“ geprägt.<sup>151</sup>

Es liegt die Vermutung nahe, dass über das Formulieren von Forderungen zur männlich-autoritativen Kultur an die muslimischen Gemeinschaften versucht wird, die Debatte um ihre Beteiligungsrechte einzugrenzen.

#### **4.3.6 Zusammenfassung**

Debattenbeiträge im Parlament finden in einem strukturierten Umfeld statt. Die Abgeordneten gehen auch in den Jahren 2014 und 2015 von einem voraussetzungsvollen Staatskirchenrecht aus, das den Muslimen in Deutschland als Anwärtler auf rechtliche Gleichstellung mit den Kirchen hohe Hürden stellt.

Darüber hinaus nehmen die Medien eine wichtige Rolle ein, sie positionieren Persönlichkeiten in der öffentlichen Debatte, auf die sich die Abgeordneten beziehen, um ihre politische Position zu untermauern. Die sehr geringe Präsenz von muslimischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag, die auch in der staatlichen Verwaltung vorzufinden ist, unterstützt das Wissensdefizit im Deutschen Bundestag über Denkrichtungen, Bedürfnisse und Organisationsstrukturen religiöser Muslime. Abgeordnete plausibilisieren ihre Aussagen durch Berufung auf durch Medien geschaffene Persönlichkeiten aus dem islamischen Kulturkreis, um ihren Aussagen vermeintliche Authentizität zu verleihen.

Die Feststellung von innerislamischen Differenzen und vermeintlichen Feindschaften, die in Fragen der Außenpolitik diskutiert werden, führte in 2014 und 2015 nicht dazu, dass von Seiten der Abgeordneten der Aufbau separater Beziehungen mit den jeweiligen muslimischen Glaubensrichtungen in Erwägung gezogen wurde. Roderich Kiesewetter (CDU) äußerte sich zu Fluchtursachen in der Debatte am 17.12.2015 wie folgt:

---

<sup>150</sup> Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“, Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland, 2006, S. 36.

<sup>151</sup> Beinhauer-Köhler, Bärbel/Leggewie, Claus: Moscheen in Deutschland, München, 2009, S. 118.

„Zweitens nenne ich die zunehmende Intensivierung von Religionskriegen, beispielhaft hier der Streit zwischen Schiiten und Sunniten, der blutig ausgetragen wird, auch in Stellvertreterkriegen. Das ist etwas, was unbedingt in den Regionen vor Ort gelöst werden muss; trotzdem sind wir unmittelbar davon betroffen.“<sup>152</sup>

In den Debatten 2014 und 2015 stand nicht die institutionelle Frage der Beteiligungsrechte von Muslimen im Vordergrund, sondern die Auseinandersetzung um das „Wie“ der Pluralisierung in der Praxis. Dabei werden die islamischen Verbände in die Pflicht genommen für z. B. die Förderung von Präventionsmaßnahmen zur Radikalisierung von jungen Muslimen. Die Abgeordneten formulierten in der parlamentarischen Auseinandersetzung, gerade im Nachgang zu den Attentaten in Paris, Forderungen an islamische Autoritäten, die auch theologische Implikationen enthielten. Daraus lässt sich ableiten, dass vom Status einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Politik wie bei den christlichen Kirchen nicht gesprochen werden kann.

Die Debattenbeiträge zum Islam standen dominant unter dem Vorzeichen der „Gefahrenabwehr“. Islamintegration als gesamtstaatliche Aufgabe muss dringend von den Abgeordneten des Bundestags auf die politische Agenda gesetzt werden.

---

<sup>152</sup> Protokoll der Plenarsitzung des Deutschen Bundestags am 17.12.2015, 146. Sitzung, S. 14380.

## 5. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Analyse der Debattenbeiträge im Vergleich zu den Grundsatzprogrammen der Parteien zeigt, dass in den Grundsatzprogrammen das Verhältnis zum Islam und zu Muslimen als Unterthema der Religionspolitik behandelt wird. Die Analyse der Debattenbeiträge der AkteurInnen der Parteien im Bundestag zeigt dagegen, dass die Abgeordneten religionspolitische Aspekte des Islam und von Muslimen fast ausschließlich im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen und Integrations-Fragen verbinden.

Eine deutliche Ansprache von MuslimInnen als Angehörige einer Religion ist dringend erforderlich als politische Befassung mit dem Islam als eine den etablierten Kirchen nicht gleichgestellte Religion. Akteure der drei Regierungsparteien CDU/CSU, SPD sowie der Oppositionsparteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Bundestag nehmen, mit graduellen Unterschieden, in den Jahren 2014 und 2015 für MuslimInnen weitgehend eine Zuschauerrolle in der Islampolitik ein.

Auch auf außerparlamentarischer Ebene, in der Deutschen Islam Konferenz (DIK), fällt weder den Abgeordneten noch den untersuchten Parteien bei der konzeptionellen Vorbereitung eine Rolle zu. Eine parlamentarische Begleitung dieses Dialogprozesses zwischen deutschem Staat und muslimischen Repräsentanten gibt es nicht. Die Repräsentanz der Islampolitik im engeren Sinn als Religionspolitik stellt in den Jahren 2014 und 2015 eine Domäne der Regierung und einzelner Exekutivakteure wie des Bundesinnenministers dar.

Gründe dafür liegen in Deutschland auch im politischen System, in der föderalen Struktur Deutschlands. Aus der föderalen Struktur ergibt sich die Kompetenzverteilung. Die Länder sind für kulturelle Angelegenheiten und Bildung zuständig und setzen diese unterschiedlich um. Sie sind also insbesondere zuständig für Fragen des Schul- und Hochschulwesens, Rundfunk und Fernsehen und die Kunst. Dies betrifft Fragen der Anerkennung von muslimischen Verbänden als Körperschaften des öffentlichen Rechts, damit verbunden ist auch die Frage der Einführung islamischen Religionsunterrichts. Religionsgemeinschaften, die eine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts anstreben, müssen u. a. eine dem föderalen Staatsaufbau

Deutschlands entsprechende Verfasstheit und Struktur vorweisen können.<sup>153</sup> Der Bund hat hierzu keine Kompetenzen.

Die Parteien und ihre AkteurInnen im Bundestag haben die Bedeutung der Länderebene im Prozess der Islamintegration im Untersuchungszeitraum 2014 und 2015 nicht hinreichend wahrgenommen. Aufgrund der Kulturhoheit der Länder haben die Länder die entscheidende Bedeutung für die institutionelle Öffnung des Islams in Deutschland.

Überwiegend waren im Untersuchungszeitraum 2014 und 2015 die Debattenbeiträge der Abgeordneten im Bundestag zur Islampolitik geprägt von Sicherheitsfragen, aufgrund der gewählten Verknüpfung von Integrations- und Sicherheitsfragen mit dem Islam und der außenpolitischen Lage.

Die Debatten um Obergrenzen und Kontingente bei Flüchtlingen oder um die Willkommenskultur und das politische Ringen um Asylrechtsverschärfungen waren auch Ausdruck von Aushandlungsprozessen über zentrale Leitbilder, Wertvorstellungen und Selbstverständnisse der Einwanderungsgesellschaft. Darüber hinaus etablierte sich in 2014 und 2015 ein zivilgesellschaftliches „refugeeswelcome“, und die Einschätzung, dass "Humanität und Weltoffenheit" besser zu "uns" passen, bekam ein deutliches Gewicht in der zivilgesellschaftlichen Diskussion.

In den Debatten des Bundestags wurde deutlich, dass von den Abgeordneten argumentativ auch die Frage der nationalen Zugehörigkeit, des „deutschen Wir“, und seiner inneren und äußeren Grenzen mitverhandelt wurde und damit auch die Frage, was Nationalismus und Patriotismus, und was der Bezug zur Nation bedeutet. Auch die Ablehnung von Pegida drehte sich um die Frage der Bedeutung von „Nation“. Exemplarisch sei hier der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Oppermann, erwähnt, der erklärte, dass diese selbsternannten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" seien "keine Patrioten, sondern Nationalisten."<sup>154</sup> Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Armin Laschet, sprach anlässlich grölender Flüchtlingsgegner von der gescheiterten "Integration mancher Deutscher".<sup>155</sup>

---

<sup>153</sup> Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts BVerfG, 2 BvR 1500/97, 19.12.2000 und des Bundesverwaltungsgerichts BVerwG 6 C 2.04, 23.02.2005.

<sup>154</sup> FAZ, Ausgabe 18.12.2014, <http://www.faz.net/-13329032.html>, Zugriff am 06.11.16.

<sup>155</sup> Die Welt, Ausgabe 21.02.2016, <http://www.welt.de/152472882>, Zugriff am 06.11.16.

Abgeordnete des Bundestags sollten sich ihrer Repräsentanzpflicht auch für Minderheiten bewusst sein und sicherheitspolitische Fragen nicht mit der Wahrnehmung der Religion des Islams und von Muslimen miteinander verknüpfen. Eine konstruktive Debattenkultur würde die freundliche Seite des Islams zeigen und deutlich machen, dass die Religion des Islam und die Moderne keine Gegensätze sind. Es ist Aufgabe der Abgeordneten als Repräsentanten dazu beizutragen, dass auf Seiten der Bevölkerung das Verständnis für die berechtigten Ansprüche von religiösen Minderheiten wie nichtreligiösen Mehrheiten und Minderheiten entsteht, aber auch die Fähigkeit wächst, über die Berechtigung solcher Ansprüche informiert zu streiten. Das aber erfordert eine öffentliche Debatte über die Religionspolitik, in diesem Fall der Islampolitik.

Mit der Einrichtung der DIK wollte das BMI eine Plattform speziell zum Islam in Deutschland einrichten, auch als Signal an die Mehrheitsgesellschaft, dass der Islam und Muslime feste Bestandteile der Gesellschaft sind. Abgeordnete des Deutschen Bundestags sind in die DIK nicht eingebunden, es ist ein Forum der Bundesregierung, also der Exekutive.

Damit sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestags weitgehend ausgeschlossen, der Dialogprozess ist nicht parlamentarisch untermauert, was die Verfasserin als Schwäche wertet, da die mangelnde Einbeziehung des Deutschen Bundestags als legislatives Verfassungsorgan den Anspruch der DIK mindert, eine Dialogplattform von Muslimen und deutscher Gesamtgesellschaft zu sein.

Da die DIK auf Bundesebene eingerichtet wurde, wirft dies auch Fragen der Zuständigkeit auf, insbesondere der Zuständigkeit des Bundes. Staatliche Akteure bestimmen in der DIK die Agenda des Prozesses gesellschaftlicher Interessenvermittlung und Verständigung mit den Muslimen durch einen top-down-Ansatz. Aufgrund der föderalen Struktur und der damit verbundenen Zuständigkeiten bleibt somit die Steuerungsmöglichkeit zur Islampolitik durch die DIK begrenzt. Die DIK als bundespolitisches Gremium gibt Empfehlungen zur Islampolitik in beratender Funktion und kann nur Impulse in Form von Empfehlungen geben.

Fragen des Zusammenlebens werden auf der Länder- und Kommunalebene geklärt. Einige Bundesländer haben bereits Konsequenzen aus diesem grundlegenden Strukturproblem gezogen: Hamburg, Bremen und Niedersachsen haben Staatsverträge mit muslimischen

Landesverbänden geschlossen.<sup>156</sup> Vorbereitende Gespräche finden in weiteren Bundesländern statt. Geregelt wird beispielsweise, wie die Partnerschaft in Bezug auf den islamischen Religionsunterricht aussehen sollte, wie Feiertagsregelungen gestaltet werden und welche Rahmenbedingungen für islamische Friedhöfe geschaffen werden können. Ein weiteres aktuelles Themenfeld ist die Trägerschaft muslimischer Vereine für Wohlfahrtsinstitutionen: Seniorenwohnheime, muslimische Seelsorge in Gefängnissen, Militärseelsorge oder muslimische Pflegeeinrichtungen.

Da bei der derzeitigen Konstruktion der DIK, Empfehlungen zu aktuellen materiellen Veränderungen für die Muslime in Deutschland und Verantwortung für die Umsetzung auseinanderfallen, rät die Verfasserin zu einer Aufspaltung der Konferenz in Bundes- und Länderebenen.

Dabei sollte vom top-down-Ansatz übergegangen werden zum bottom-up-Ansatz. Die Vorgehensweise könnte wie folgt sein: Die Länderkonferenzen verfolgen Projekte und erarbeiten Modelle, die durch wissenschaftliche Evaluationen in ihrem Erfolg messbar gemacht werden. Durch die Vorstellung unterschiedlicher Ansätze in der anschließenden Bundeskonferenz könnten erfolgreiche Modelle überregionale Wirkung erzielen. Daraus können im „Good-Practice-Ansatz“ sowohl theoretisch fundierte Kriterien für gute Praxis als auch konkrete Praxisbeispiele zur Umsetzung in der muslimischen Wohlfahrtspflege, beim islamischen Religionsunterricht, in der Präventionsarbeit etc. erfolgreich eingeführt werden. Durch die Zweigleisigkeit von Theorie und Praxis sowie Bundes- und Länderebenen kann effizient aufgezeigt werden, welche Aspekte bedeutsam sind. Damit könnte auch eine systematische Befassung der Islampolitik auf Länderebene erfolgen, die es bisher nicht gibt.

Die „neue DIK“ auf Bundesebene könnte ein neues Forum für Partizipation werden, dessen Agendasetzung durch die Länder-Islamkonferenzen erfolgt. Der bisher in der DIK gewählte Top-Down-Ansatz in der Agendasetzung birgt nach Auffassung der Verfasserin die Gefahr, dass die erarbeiteten Empfehlungen auf Länderebene nicht durch entsprechende Maßnahmen unterstützt werden. Der Wandel von top-down zu bottom-up wäre eine mentale Wende, die Agendasetzungen und Lösungsstrategien neu fasst.

---

<sup>156</sup> Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V. [www.hamburg.de/contentblob/3551366/data/download-alevitische-gemeinde.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/3551366/data/download-alevitische-gemeinde.pdf), Zugriff am 10.11.16

Die untersuchten Parteien sollten die Frage nach einer „integrierten Religionspolitik“ kurzfristig auf ihre Agenda setzen. Politiker tragen durch die langjährige und anhaltende Vernachlässigung der Religionspolitik ein erhebliches Maß an Verantwortung für den gegenwärtigen Problemdruck. Lange Zeit wurde Deutschland von Teilen der politischen Elite nicht als Einwanderungsland betrachtet, was demgemäß aus Sicht der Politiker auch keine Reformen der religionspolitischen Ordnung nötig machte.

Gonul Tol vertritt die These, dass aufgrund der Nichtanerkennung des Islams als Religionsgemeinschaft durch den deutschen Staat in den 1970er und 1980er Jahren, der türkische Staat über seinen Einfluss auf den Verband DITIB die Funktion des Verwalters des Islams in Deutschland übernommen habe. Die Zuständigkeit wurde durch das damalige Bundesinnenministerium sozusagen „outgesourct“.<sup>157</sup>

Auch für problematische Wahrnehmungen der Herausforderungen religiöser Pluralität in der Bevölkerung tragen Politiker Verantwortung. Religionspolitik in Deutschland war traditionell ein Gestaltungsfeld von politischen Eliten und Gerichten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Politiker versäumt haben, Fragen des Umgangs mit der gewachsenen religiösen Pluralität wie zum Beispiel mit dem Islam zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen.

Debatten zur Reform der religionspolitischen Ordnung werden in der Gesellschaft zu schwierigen Abwägungsprozessen zwischen positiver und negativer Religionsfreiheit, den Interessen religiöser Mehrheiten und Minderheiten sowie den wechselseitigen Ansprüchen auf Anerkennung führen. Die Herausforderungen, lassen sich besonders deutlich am Umgang mit dem Islam aufzeigen. Der Politikwissenschaftler Ulrich Willems argumentiert, die Bevölkerung sei auf das Problem nicht vorbereitet. „Es gab nie eine Debatte zur Religionspolitik. Sie blieb Sache der Gerichte und politischen Eliten. Hier besteht viel Nachholbedarf.“<sup>158</sup> Wenn heute rechtliche Ausnahmen für religiöse Minderheiten gemacht würden wie zum Schächten, zur Jungen-Beschneidung oder zum Ruf des Muezzins, nähmen die Menschen dies

---

<sup>157</sup> Vgl. Tol, Gonul: Institutionalism of Islam in Germany and the Netherlands: Beyond EU Jurisdiction, Paper presented at the European Diversity and Integration Conference, Miami, 1./2. April 2008.

<sup>158</sup> Vgl. Interview Viola van Melis/Hanno Schiffer mit Prof. Dr. Ulrich Willems der WWU Münster 2012, [https://www.uni-muenster.de/Religion-und Politik/interviews/2012/Interview\\_Vielfalt\\_der\\_Religionen\\_ist](https://www.uni-muenster.de/Religion-und%20Politik/interviews/2012/Interview_Vielfalt_der_Religionen_ist), Zugriff am 04.11.16.

fälschlicherweise so wahr, als müssten sie sich neu Hinzugekommenen anpassen. "Hier fehlt es an Aufklärung."<sup>159</sup>

Diese Konflikte haben ihre Ursache auch in den wechselseitigen Wahrnehmungen von religiösen und nichtreligiösen Mehrheiten und Minderheiten. Von der christlichen und konfessionslosen Bevölkerungsmehrheit werden die Forderungen religiöser Minderheiten nach gleicher Religionsfreiheit vielfach als Durchsetzung spezifischer Interessen, als Ausdruck mangelnden Respekts vor den mehrheits-kulturellen Traditionen, als Gefährdung der Säkularität des Staates oder als Bedrohung zentraler Werte wie etwa des Prinzips der Gleichheit der Geschlechter wahrgenommen. Das hat sich zuletzt deutlich in der übergroßen Ablehnung einer gesetzlichen Zulassung der Beschneidung von Jungen gezeigt. Von den nicht-christlichen Minderheiten werden diese Einstellungen und Haltungen vielfach als Verweigerung ihrer Anerkennung als gleiche Bürger mit gleichen Rechten betrachtet. Aufgabe zukünftiger integrierter Religionspolitik wird sein, vernünftige Regeln für Gläubige in allen Lebensbereichen zu finden.

Gesellschaften in Europa, Kanada, USA und Indien haben durch ihre moralische und religiöse Vielfalt kein einheitliches moralisches Weltbild mehr, das von allen geteilt wird, weder religiös noch politisch. Die Grenzlinie verläuft zwischen jenen, die im Sinne eines erweiterten Religionsbegriffs und säkular moralischen Überzeugungen einer Verpflichtung folgen und denen, die ihre persönlichen Präferenzen zur Maxime ihres Handelns machen. Das Bewusstsein des Wandels vom „Konzept der moralischen Einheit“ zum Einfordern der Zustimmung zu den konstitutiven Werten der Verfassung als Grundlage politischen Handelns wird auch in Deutschland ein schwieriger Prozess sein. Die AfD und rechtsgerichtete Organisationen wie Pegida versuchen, diesen Prozess aufzuhalten, indem sie einen vergötterten Volksbegriff huldigen und ein „geteiltes Weltbild“ propagieren, in dem sich Licht und Dunkelheit, Wahrheit und Lüge in einem unerbittlichen Kampf gegenüberstehen. Damit verweigern sie den demokratischen Diskurs.

Als Handlungsempfehlung aus den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit formuliert die Verfasserin die Aufforderung an politische AkteurInnen, besonders im Kontext gesellschaftlich vorhandener Ressentiments gegenüber Muslimen mehr Sensibilität und Verantwortung im

---

<sup>159</sup> Vgl. Interview Viola van Melis/Hanno Schiffer mit Prof. Dr. Ulrich Willems der WWU Münster 2012, [https://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/interviews/2012/Interview\\_Vielfalt\\_der\\_Religionen\\_ist](https://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/interviews/2012/Interview_Vielfalt_der_Religionen_ist), Zugriff am 04.11.16.

Umgang zu zeigen. Debattenbeiträge, die Muslime überwiegend als Sicherheitsgefahr für Deutschland konstruieren, führen zu nachweisbarer Unsicherheit in der Bevölkerung und zu einer gesteigerten Ablehnung von Muslimen. Die religionspolitische Positionierung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), die Entwicklungen der Organisation Pegida sowie die steigende Zahl von Angriffen auf Moscheen in Deutschland unterstreichen die Notwendigkeit von Sachlichkeit und Deeskalation auch in den Debattenbeiträgen im Bundestag.

## Literaturverzeichnis

- Adamson, F. B./Triadafilopoulos, T./ Zolberg, A. R. (2011): The Limits of the Liberal State: Migration, Identity and Belonging in Europe, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Volume 36/2011, pp. 843 – 859.
- Adenauer, Konrad (1965): *Erinnerungen 1945 – 1953*, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, S. 53.
- Banducci, Susan/Donavan, Todd/Karp, Jeffrey (2004): Minority representation, empowerment and participation, in: *Journal of Politics*, Vol. 02/2004, p. 539.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1991): *Recht, Staat, Freiheit*. Erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1991, S. 112.
- Bordieu, Pierre (1998): *Über das Fernsehen*, Frankfurt a. M., S. 29.
- Bosse, Daniel/Vior, Eduardo (2005): Politische Partizipation von Migranten mit muslimischen Hintergrund in Deutschland: Entwicklung und Probleme, Magdeburg, Institut für Politikwissenschaften, S. 4.
- Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (2002): Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen, S. 12.
- Budde, David (2013): Formen der Repräsentation und ihre Legitimation. Die voraussetzungsvolle Anerkennung von Repräsentanten in der Politik, Working Paper, Freie Universität Berlin, S. 28.
- Burkhardt, A. (2003): *Das Parlament und seine Sprache*. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation, Tübingen.
- Busch, Reinhard/Goltz, Gabriel (2011): Die Deutsche Islam Konferenz – Ein Übergangsformat für die Kommunikation zwischen Staat und Muslimen in Deutschland, in: *Politik und Islam*, Wiesbaden, S. 32.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2014): *Die stabilisierte Mitte*. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig, S. 32.
- Fiebig, Udo (1983): Die Rolle der Großkirchen in der Bundesrepublik Deutschland in sozialdemokratischer Sicht, in: *Albertz: Die Rolle der Großkirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Neu-Isenburg, S. 197 – 199.
- Grebing, Helga (2000): *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Essen, S. 1110.
- Habermas, Jürgen (1996): *Die Einbeziehung des Anderen*. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a.M., S. 20.
- Habermas, Jürgen (2001): Dankesrede. Glauben und Wissen, Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Frankfurt am Main, S. 13.
- Halm, Dirk (2008): Eine andere Art Agendasetting. Interview mit Dr. Dirk Halm über den deutschen Islam-Diskurs, in: *Islamische Zeitung*, Ausgabe 24.10.2008, IZ Medien, Berlin
- Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja (2009): *Muslimisches Leben in Deutschland*. Forschungsbericht 6, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, S. 80 – 83.

- Hunger, Uwe/Candan, Menderes (2009): Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg, Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Münster, S. 8.
- Kleinert, Hubert (2007): Abstieg der Parteiendemokratie, in: *APuZ* B35/36 2007, S. 3 – 11.
- Klünemann, Clemens (2012): Entweltlichung – oder die Trennung von Staat und Kirche, in: *Christ in der Gegenwart*, 3/2012, Freiburg, S. 34.
- Koenig, Matthias (2003): Staatsbürgerschaft und religiöse Pluralität in post-nationalen Konstellationen, Zum institutionellen Wandel europäischer Religionspolitik am Beispiel der Inkorporation muslimischer Immigranten in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, Marburg, S. 207.
- Kremser, Holger/Leisner, Anna (1999): Verfassungsrecht III, Staatsorganisationsrecht, München, Beck-Verlag, S. 157.
- Leggewie, Claus (2009): Warum es Moscheebaukonflikte gibt und wie man sie bearbeiten kann, in: Beinhauer-Köhler, Bärbel/Leggewie, Claus (Hrsg.): *Moscheen in Deutschland*, München, S. 117-201.
- Lehmbruch, Gerhard (1987): Administrative Interessenvermittlung, in: *Verwaltung und ihre Umwelt. Festschrift für Thomas Ellwein zum 60. Geburtstag*, Opladen, S. 11 – 43
- Lemmen, Thomas (2000): *Islamische Organisationen in Deutschland*, Bonn, S. 18.
- Lipset, Seymour Martin/Rokan, Stein (1967): *Party Systems and Voter Alignments, Cross-National Perspectives*, Introduction, New York/London, S. 8.
- Lösche, Peter (2006): Geschichte und Entwicklung in Deutschland, in: *Informationen zur politischen Bildung* 292, bpb, 3. Quartal 2006, Parteiensysteme der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 24.
- Lucardie, Paul/Wasner, Barbara (2008): *Parteien am Rande des Parteiensystems: Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden*, S. 2.
- Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung*, Beltz Verlag, 2002, Weinheim und Basel, S. 46 – 49.
- Mayring, Philipp (2008): *Qualitative Inhaltsanalyse*, 10. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim und Basel, S. 16.
- McKay, Joanna (2004): *German Politics*, Ausgabe 13/2004, Routledge, Philadelphia, Pennsylvania. S. 77.
- Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich (2002): Neuere Entwicklungen im Verhältnis von Politik und Religion im Spiegel politikwissenschaftlicher Debatten, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen*, Heft B 42 43/2002, S. 6 – 14.
- Oebbeke, Janbernd (2005): Deutsche Religionsverfassung und Islam, in: Meyer, Lidwina (Hrsg.): *Recht, Religion, Politik. Auf dem Weg zu einer Anerkennung des Islam in Deutschland*, Loccumer Protokolle 17/2005, S. 271.
- Pickel, Gert (2013): Die Situation der Religion in Deutschland – Rückkehr des Religiösen oder voranschreitende Säkularisierung? in: Pickel, Gert/Hidalgo, Oliver (Hrsg.): *Religion und Politik im vereinigten Deutschland*, Wiesbaden, S. 97.

- Pitkin, Hanna (1967): *The concept of representation*, University of California Press, Berkeley, S. 3.
- Rudzio, Wolfgang (2006): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 7. Aufl., Wiesbaden, S.277.
- Schlemmer, Thomas (2007): *Bis an den Rand der Spaltung – Die Flügelkämpfe in der CSU 1945 – 1949*, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): *Politik aus christlicher Verantwortung*, Wiesbaden, S. 60 – 72.
- Schmidt, Manfred. G. (2000): *Demokratietheorien*, Opladen, S. 448.
- Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 41.
- Sebaldt, Martin (2013): *Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)*, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, 2. Aufl., Bonn, S. 222-232.
- Sofsky, Wolfgang/Paris, Rainer (1994): *Figurationen sozialer Macht: Autorität, Stellvertretung, Koalition*, Suhrkamp, Frankfurt, S. 161.
- Thierse, Wolfgang (2011), zitiert nach Hering, Rainer: *Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht? Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20.Jahrhunderts*, Bremen, S. 258.
- Tol, Gonul (2008): *Institutionalism of Islam in Germany and the Netherlands: Beyond EU Jurisdiction*, Paper presented at the European Diversity and Integration Conference, Miami, 1./2. April 2008.
- van Dijk, T. A. (1997): *What is Political Discourse Analysis?* in: *Belgian Journal of Linguistics*, Vol. 11/1997, pp. 11 – 52.
- Wiesendahl, Elmar (2006): *Parteien*, Frankfurt a. M., S. 10 – 13.
- Willems, Ulrich (2001): *Religionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1999*, in: *Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1945 – 1999*, Opladen, S. 137.
- Wüst, Andreas (2006): *Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten*, in: *Zuwanderung und Integration*, Wiesbaden, S. 232.
- Wunn, Ina/Mitzkat, Brigitte (2007): *Bruderschaften und Sufiorden*, in: Wunn, Ina: *Muslimische Gruppierungen in Deutschland. Ein Handbuch*, Stuttgart, S. 123.

## Internetbeiträge

- Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten,  
[https://www3.spd.de/spd\\_organisationen/akms/materialien](https://www3.spd.de/spd_organisationen/akms/materialien), Zugriff am 06.11.16.
- Bayernkurier, Ausgabe 14.10.2015, <https://www.bayernkurier.de/inland/6650-grenzen-setzen>,  
Zugriff am 11.11.16.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktionsbeschluss vom 26.06.2012 „Grüne Roadmap zur  
Gleichstellung und rechtlichen Integration des Islam in Deutschland“, [https://www.gruene-  
bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/ .../Islam.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/.../Islam.pdf), Zugriff am 11.11.16.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Grünes Wahlprogramm 2013, [https://www.gruene.de/  
parteigruenes-wahlprogramm-2013.html](https://www.gruene.de/partei/gruenes-wahlprogramm-2013.html), Zugriff am 06.11.16.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN–Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist grün“ 2002,  
[https://www.google.de/search?q=%22Grundsatzprogramm+B%  
C3%BCndnis90&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe\\_rd=cr&ei=12YfWOyfGsKv8wfa7YuQCQ](https://www.google.de/search?q=%22Grundsatzprogramm+B%C3%BCndnis90&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=12YfWOyfGsKv8wfa7YuQCQ), Zugriff am  
06.11.16.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Positionspapier „Den Islam und anderen Religionen der  
Einwanderer ins deutsche Religionsverfassungsrecht integrieren – Gleiche Rechte für  
Muslime, Aleviten und Jeziden!“, November 2015, [http://www.saekulare-gruene.de/wp-  
content/uploads/2015/11/Özdemir\\_Beck\\_Islam-Papier.pdf](http://www.saekulare-gruene.de/wp-content/uploads/2015/11/Özdemir_Beck_Islam-Papier.pdf), Zugriff am 26.10.2016.
- Buchholz, Günter, Frankfurter Erklärung, [http://www.frankfurter-erklaerung.de/  
2016/05/22034](http://www.frankfurter-erklaerung.de/2016/05/22034), Zugriff am 08.11.16.
- Bundeszentrale für Politische Bildung, [http://www.bpb.de/politik/grundfragen/  
parteien-in-deutschland/138661/entwicklung-des-parteiensystems](http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/138661/entwicklung-des-parteiensystems), Zugriff am 06.11.16.
- CDU-Grundsatzprogramm „Freiheit und Sicherheit“ 2007,  
<https://www.cdu.de/grundsatzprogramm>, Zugriff am 08.11.16.
- CDU-Parteitagbeschluss Dezember 2015, [https://www.cdu.de/system/tdf/media/  
dokumente/beschluss-kommission-gesellschaft\\_0.pdf?file=1](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/beschluss-kommission-gesellschaft_0.pdf?file=1), Zugriff am 16.05.2016.
- CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013 - 2017, [https://www.cdu.de/.../regierungsprogramm-  
2013-2017-langfassung-20130911.pdf](https://www.cdu.de/.../regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf), Zugriff am 08.11.16.
- CSU-Grundsatzprogramm „Freiheit für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam  
Zukunft gestalten.“, 2007, S. 179, [https://www.Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-  
8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe\\_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA](https://www.Grundsatzprogramm+CSU+2007&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=7gQfWNeHPMyv8weZnaRA), Zugriff am  
06.11.16.
- CSU-Parteiprogramm 2007, [www.csu.de/common/\\_migrated/csucontent/  
grundsatzprogramm.pdf](http://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/grundsatzprogramm.pdf), Zugriff am 08.11.16.
- Das Parlament, Ausgabe 10.04.2015, [http://www.bundestag.de/dokumente/  
textarchiv/2015/kw16\\_interview\\_cemile\\_giousouf/368018](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw16_interview_cemile_giousouf/368018), Zugriff am 06.11.16.
- Deutscher Bundestag, Erläuterungen zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags,  
[http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/  
go\\_erl/gescho12](http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/go_erl/gescho12), Zugriff am  
04.11.16.

DER SPIEGEL, Ausgabe 09.05.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-gabriel-drueckt-migrantenquote-durch-a-761572.html>, Zugriff am 08.11.16.

DIE LINKE-Grundsatzprogramm 2011, <https://www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke>, Zugriff am 06.11.16.

DIE LINKE-Parteibroschüre "Feindbild Islam, der neue Rassismus?",  
 „[https://www.DIE+LINKE+%22Feindbild+Islam%22+Kirchentag+2010&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe\\_rd=cr&ei=JFgkWPfpOvGP8Qe5yoPwCA](https://www.DIE+LINKE+%22Feindbild+Islam%22+Kirchentag+2010&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&ei=JFgkWPfpOvGP8Qe5yoPwCA), Zugriff am 10.11.16.

DIE LINKE-Parteitagbeschluss 16.05.2010, <https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/rostocker-parteitag-2010/beschluesse/fuer-solidaritaet-und-gegen-antimuslimischen-rassismus>, Zugriff am 06.11.16.

Die Welt, Ausgabe 21.02.2016, <http://www.welt.de/152472882>, Zugriff am 06.11.16.

DIE ZEIT; <http://www.zeit.de/1991/46/was-heisst-hier-multi-kulti>, Zugriff am 05.11.16.

DIE ZEIT Online am 26. Juli 2015, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/mahnwache-cdu-spd-islamismus-muslime>, Zugriff am 27.10.16.

DIK, <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Magazin/MedienPolitik/Klausen-EU/engagement-node.html>, Zugriff am 13.05.2016.

FAZ, Ausgabe 18.12.2014, <http://www.faz.net/-13329032.html>, Zugriff am 06.11.16.

Humanistischer Pressedienst, Ausgabe 18.11.2015, <http://hpd.de/artikel/12440>, Zugriff am 10.11.16.

Huffingtonpost, Parteien zu Islam und Muslimen, [http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime\\_b\\_9819518.html](http://www.huffingtonpost.de/yasin-bas/parteien-islam-muslime_b_9819518.html), Zugriff am 08.11.16.

MidU, <http://www.muslimeinderunion.de>, Zugriff am 06.11.16.

Regierungserklärung des Bundesministers des Innern a. D., Dr. Wolfgang Schäuble, zur Deutschen Islam Konferenz vor dem Deutschen Bundestag am 28. September 2006 in Berlin, <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Service/Bottom/RedenInterviews/Reden/20060928-regerkl-dik-perspektiven.html>, Zugriff am 07.11.16.

reuters Nachrichtenagentur, <http://de.reuters.com/article/deutschland-islam-merkel-idDEKBN0KL1BX20150112>, Zugriff am 13.05.2016.

Säkulare Grüne, Erfurter Beschluss vom 28.02.2015, <http://www.saekulare-gruene.de/gruene-islam-politik>, Zugriff am 10.11.16.

SPD „Erfurter Programm“, <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>, Zugriff am 26.06.16.

SPD „Godesberger Programm“, [https://www3.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger\\_programm.pdf](https://www3.spd.de/linkableblob/1816/data/godesberger_programm.pdf), Zugriff am 26.06.16.

SPD-Grundsatzprogramm „Hamburger Programm“ 2007, <https://www.Grundsatzprogramm+SPD+Hamburger+Programm&ie=utf-8&oe=utf-8&>, Zugriff am 06.11.16.

SPD- Regierungsprogramm für 2013 – 2017 „Das Wir entscheidet“, [https://www.spd.de/linkableblob/.../20130415\\_regierungsprogramm\\_2013\\_2017.pdf](https://www.spd.de/linkableblob/.../20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf), Zugriff 20.10.2016.

Statistisches Bundesamt, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/  
GesellschaftStaat/Bevoelkerung](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung), Zugriff am 08.11.16.

Studie des BIM „Deutschland postmigrantisch I“, <https://www.bim.hu-berlin.de/de/publikationen/2014/deutschland-postmigrantisch%C2%A0i-gesellschaft,-religion,-identitaet>, Zugriff am 07.11.16.

Studie der DIK „Muslimisches Leben in Deutschland“, 2009, [https://www.bmi.bund.de/cae/.../vollversion\\_studie\\_muslim\\_leben\\_deutschland\\_.pdf](https://www.bmi.bund.de/cae/.../vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf), Zugriff am 11.11.16.

Studie „ZuGleich (Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit)“ der Universität Bielefeld, November 2013 – Januar 2014, <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich.html>, Zugriff am 10.11.16.

Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 17.11.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/islamverbaende-partner-des-staates-gesucht-1.2741188>, Zugriff am 10.11.16.

Tagesschau, <https://www.tagesschau.de/inland/tillich-islam-101.htm>, Sendung am 25.01.2015, Zugriff am 08.11.16.

Tagesspiegel, Ausgabe 18.01.2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/volker-kauder-im-interview-es-gibt-keine-islamisierung-deutschlands/11244030.html>, Zugriff am 10.11.16.

taz, Ausgabe vom 03.07.2016, <http://www.taz.de/!5315424>, Zugriff am 06.11.16.

Verfassungsschutzbericht 2013, Bundesamt für Verfassungsschutz, <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2013.pdf>, Zugriff am 10.11.16.

Willems, Ulrich: Interview mit Viola van Melis/Hanno Schiffer, WWU Münster 2012, [https://www.uni-muenster.de/Religion-und Politik/interviews/2012/  
Interview\\_Vielfalt\\_der\\_Religionen\\_ist](https://www.uni-muenster.de/Religion-und Politik/interviews/2012/Interview_Vielfalt_der_Religionen_ist), Zugriff am 04.11.16.

# **Anhang**

## **Methodik der empirischen Untersuchung**

Diese Arbeit ist eine empirisch angelegte Politikfeldanalyse zur Islamintegration in Deutschland, die die aufgeworfenen Fragestellungen mit Hilfe von qualitativen Methoden bearbeitet. Politikfeldanalyse beschäftigt sich im Speziellen mit der empirischen Betrachtung materieller Politik. Qualitative Studien untersuchen vor allem Phänomene, die „typischerweise durch eine Reihe von unabhängigen Variablen“ bedingt sind und sich in nur wenigen Fällen eindeutig voneinander isolieren lassen. Das Thema der vorliegenden Arbeit lässt sich vor diesem Hintergrund mit einem qualitativen Untersuchungsdesign bearbeiten.

Die Verfasserin strebt mit dieser Arbeit zum Islam- und Muslimbild der Debatten des Deutschen Bundestages (2014 und 2015) sowie in den Grundsatzprogrammen der deutschen Parteien im Bundestag eine Gegenwartsdiagnose an. Der Analyse Kern soll möglicherweise Muster herauszuarbeiten, mit denen Islam und/oder Muslime als Kategorien in den Debatten verhandelt werden. Wie beziehen sich Debatten auf den Islam und die Muslime in den Parlamentsdebatten des Bundestages? Welche Islambilder werden dabei konstruiert? Dabei soll der Parlamentsdiskurs nicht losgelöst von äußeren Einflüssen, sondern in Wechselwirkung mit den politischen Ereignissen und mit den Parteiprogrammen analysiert werden. Das Datenkorpus setzt sich aus den Materialien aller Plenarprotokolle aus den Jahren 2014 und 2015 sowie den Grundsatzprogrammen der Parteien zusammen.

In einem ersten Schritt werden religionspolitische Vorstellungen der Bundestagsparteien in Kapitel 5 ausgearbeitet, die für die Bestimmung von Handlungsorientierungen der Abgeordneten im Bundestag von Relevanz sein können. In Kapitel 8 wird das Politikfeld Islamintegration im Spiegel der Debattenbeiträge der Akteure der Parteien, also der Abgeordneten analysiert.

### **- Studiendesign und Datengrundlage**

Für die Betrachtung und Analyse von gesellschaftlichen Prozessen stehen wissenschaftstheoretische Konzeptionen zur Verfügung, denen jeweils verschiedene Methoden und analytische Rahmen zugeordnet werden können. Für diese Arbeit ist vor allem die empirisch-analytische Denkschule von Bedeutung, da ihr Forschungsinteresse in einer wissenschaftlichen Erfassung der Realität besteht. Sie stellt eine Reihe von Forschungsmethoden zur Verfügung, die entweder ein quantitatives oder ein qualitatives

Untersuchungsdesign aufweisen können.<sup>160</sup> Die Qualitative Inhaltsanalyse, eine Methodik, die besonders von Philipp Mayring ausgearbeitet wurde, versteht sich als Antwort auf Kritiken an qualitativen Methoden sozialwissenschaftlicher Forschung als subjektive, nicht verallgemeinerbare, unkontrollierte Vorgehensweise.<sup>161</sup> Sie hat sich mittlerweile zu einem klassischen Auswertungsverfahren entwickelt, da sie eine Brücke zwischen qualitativen und quantitativen Ansätzen schlägt. Es wird grundlegend verstehend vorgegangen. Im Anschluss an die Strukturierung des Materials nach qualitativen Kriterien können quantitative Analyseschritte eingebaut werden. Das Kernstück der Inhaltsanalyse ist die Ausarbeitung eines Kategoriensystems, das zunächst anhand von theoretischen Vorüberlegungen gebildet wird. Es bezeichnet diejenigen Elemente, die später analysiert werden sollen. Das Kategoriensystem soll während des Codiervorgangs flexibel gehalten werden. Das qualitative Verfahren erlaubt es so, Sinnstrukturen aus dem sprachlichen Material, im vorliegenden Fall aus Protokollen von Parlamentsdebatten zu filtern. Die Qualitative Inhaltsanalyse macht keine Vorgaben über die Art der Sinnstrukturen, die im Kategoriensystem zusammengefasst werden und lässt deshalb für eine große Bandbreite an Fragestellungen offen. Zusammenfassend erscheint die Qualitative Inhaltsanalyse als geeigneter Zugang, um Deutungs-, Alltags-, Spezial- und Begründungswissen im islampolitischen Diskurs zu erfassen.

### **- Dokumentenanalyse als primäre Informationsquelle**

Die vorliegende Arbeit ist als Dokumentenanalyse angelegt. Der Grundgedanke der Dokumentenanalyse ist, Material zu erschließen, das nicht erst vom Forscher selbst durch eigene Datenerhebung erhoben werden muss. Ein Vorteil ist, dass die zu untersuchenden Daten bereits vorliegen und nicht selbst angefertigt, erfragt oder getestet werden müssen. Mit Blick auf den potentiellen Erkenntniswert von Dokumenten nennt Mayring<sup>162</sup> die entscheidenden Auswahlkriterien:

- die Art des Dokuments (Urkunden oder Akten werden in der Regel als gesicherter angesehen als etwa Zeitungsberichte),

---

<sup>160</sup> Schneider, Volker/Janning, Frank: Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 41.

<sup>161</sup> Vgl. Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse, 10. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim und Basel, 2008, S. 16.

<sup>162</sup> Vgl. Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Beltz Verlag, 2002, Weinheim und Basel, S. 46 – 49.

- die äußeren und inneren Merkmale,
  - die Intendiertheit
  - die Nähe zum Gegenstand,
  - die Herkunft des Dokuments.
- Unter Berücksichtigung der aufgeführten Kriterien finden in der vorliegenden Arbeit Berücksichtigung auch wesentliche Primär- und Sekundärliteratur zu den Themengebieten empirische Sozialforschung, Politikfeldanalyse, Islam und Muslime, Parteienforschung sowie Regierungslehre. Flankierend werden auch relevante Partei- und Fraktionspapiere sowie empirische Studien zur muslimischen Gemeinschaft, dem öffentlichen Islambild und zu gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber dem Islam und den Muslimen einbezogen und ausgewertet.
  - Vorwiegend erfolgt die Dokumentenanalyse auf Basis aller offiziellen stenographischen Protokolle der Bundestagsdebatten in 2014 und 2015, im Fokus steht der Diskussionsprozess zur Religion des Islams und zu Muslimen in Deutschland. Die Protokolle werden vor Veröffentlichung den Abgeordneten übermittelt, die diese überprüfen und Korrekturen vornehmen können, die aber den Sinn der Debattenbeiträge „weder insgesamt noch in Einzelheiten“<sup>163</sup> verändern dürfen. Für die Analyse ist entscheidend, dass der Sinngehalt der Debattenbeiträge unverändert bleibt, um Sinnzusammenhänge der Reden erfassen zu können. Über den für alle Bürger möglichen Zugang zum Dokumentenserver des Bundestags (DIP) ist das untersuchte Datenmaterial für Außenstehende nachvollziehbar und für Überprüfungen stabil. Die vorgenommene Materialauswahl fördert die Reliabilität der Analyse.<sup>164</sup>

- 

#### **- Induktive Kategorienbildung**

- Die Dokumentenanalyse dieser Arbeit folgt die Auswertung des von Mayring als einen entscheidenden genannten Auswertungsaspekt, der Nähe am Material, dem Ansatz der induktiven Kategorienbildung. Der Verlauf ist im unteren Kreisdiagramm sichtbar

---

<sup>163</sup> Vgl. Erläuterungen zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags, [www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/go\\_erl/gescho12](http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/go_erl/gescho12), Zugriff am 04.11.16

<sup>164</sup> Reliabilität ist eine zentrale Anforderung an empirische Forschung, Messmethode und Messbedingungen sollen möglichst konstant gehalten werden, damit die Analyse von anderen in derselben Art und Weise wiederholt werden kann.

gemacht. Im Rahmen dieses Ansatzes ist es wichtig, die Auswertungsaspekte aus dem Material heraus zu entwickeln.

- Es wird ein Überblick über die Kategorien zum Islam und Muslimen gegeben sowie die Rolle der Kategorie im Verlauf herausgestellt. Das Spannungsverhältnis und die Paradoxien für die Demokratie anhand einer Bewegung zwischen Exklusion und Inklusion der Minderheit der Muslime soll untersucht werden, also Ausgrenzung gegenüber Einbindung.

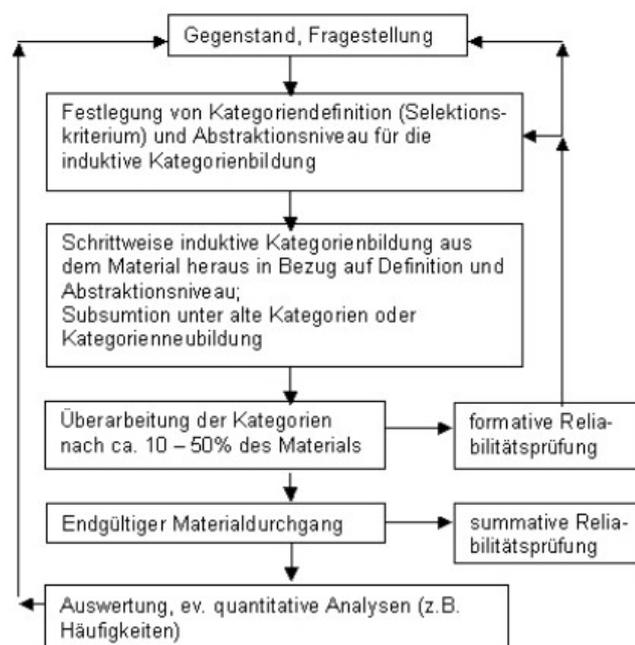


Abb.: Induktive Kategorienbildung nach Mayring<sup>165</sup>

<sup>165</sup> in Anlehnung an Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim, 2000.

Indikatoren sollen den Diskurs über den Islam und über Muslime in den Debatten des Deutschen Bundestags in den Jahren 2014 und 2015 identifizieren. Die Auswertung der Parlamentsdebatten sowie der Parteiprogramme erfolgte durch IT-gestützte Suche nach folgenden Schlüsselbegriffen<sup>166</sup>, die die relevanten Textstellen extrahiert.

- Islam,
- Islamist(en/in),
- Islamismus,
- Muslim, Muslimin, Muslima, muslimisch(e/er), Moslem(s),
- Religion, religiös(e),
- Salafismus, Salafisten,
- Sunniten,
- Schiiten.

### **- Grundlagen des Verständnisses von MuslimInnen**

In dieser Arbeit soll auf die Religion des Islam und auf MuslimInnen in Deutschland und die Frage ihrer Repräsentation durch die Abgeordneten im Deutschen Bundestag sowie ihrer Interessen in den Parteien analysiert werden. Dazu bedarf es einer Klärung des Verständnisses von MuslimInnen in Deutschland. Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ zeigt, dass Muslime in Deutschland keine homogene Gemeinschaft sind, sondern „eine in sich sehr vielseitige Gruppe darstellen.“<sup>167</sup> 55% der Muslime haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, 45 % die deutsche. Die Motive und Zeiträume der Migration nach Deutschland unterscheiden sich je nach Herkunftsregion. Iraner sind vordringlich in Folge der Iranischen Revolution 1979 nach Deutschland migriert, sie waren meist politisch Verfolgte und Studenten mit guten Bildungsvoraussetzungen. Ein großer Teil der Migranten mit türkischem Hintergrund kamen im Rahmen des Anwerbeabkommens 1961 nach Deutschland, sie wurden für niedrig qualifizierte Arbeiten angeworben und hatten ein relativ niedriges Bildungsniveau.

---

<sup>166</sup> Verwendete Schlüsselbegriffe: Islam, Islamist(en/in), Islamismus, Muslim, Muslimin, Muslima, muslimisch(e/er), Moslem(s), Religion, religiös(e), Salafismus, Salafisten, Sunniten, Schiiten.

<sup>167</sup> Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ bezieht sich auf deutsche Muslime mit Migrationshintergrund und ausländische Muslime, nicht auf deutsche Konvertiten ohne Migrationshintergrund.

Die im Werk beschriebene Vielfalt der Muslime macht deutlich, dass eine alleinige Zuschreibung über das Merkmal „Religion“ den mehrdimensionalen Identitäten und Lebenswelten nicht gerecht wird. Der Fokus dieser Arbeit ist aber vordringlich die Perspektive der politischen Wahrnehmung der Muslime als Anhänger einer Minderheitenreligion im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Fragen mit islamspezifischen Inhalten wie islamischer Religionsunterricht, muslimische Wohlfahrtspflege und die Beschneidung von Jungen, die als religiöse Bedürfnisse ausgehandelt werden müssen.

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CDU	
Tabelle 2: Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der CSU	
Tabelle 3: Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm der SPD	
Tabelle 4: Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	
Tabelle 5: Rangliste der Items zur Religionspolitik im Grundsatzprogramm DIE LINKE .....	
Tabelle 6: Akteure der CDU.....	
Tabelle 7: Akteure der SPD.....	
Tabelle 8: Akteure der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .....	
Tabelle 9: Akteure DIE LINKE .....	
Tabelle 10: .....	